

Organisation, Krieg und Kritik

by: Laufenberg, Heinrich; Wolffheim, Fritz;

Herz, Carl

Hamburg; 1915

Nutzungsbedingungen zu den Digitalisierten Beständen der SUB Hamburg

Die Digitalisierten Bestände der Staats- und Universitätsbibliothek werden unter den Bedingungen der Creative Commons Lizenz BY-SA 4.0 gebührenfrei angeboten. Sowohl die kommerzielle als auch die nicht-kommerzielle Nutzung ist erlaubt und gewünscht, solange die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg namentlich als Quelle genannt ist, sowie die Lizenz erwähnt und verlinkt ist: Creative Commons Lizenz Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0 [<https://creativecommons.org/licences/by-sa/4.0/deed.de>]). Die digitalisierten Medien in der zum Download verfügbaren Form sind ebenso unter der Creative Commons Lizenz BY-SA 4.0 lizenziert. Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben. Im Falle einer Veröffentlichung lassen Sie uns bitte zur Information ein Belegexemplar der Publikation zukommen oder schicken Sie uns die bibliographischen Angaben der Publikation. Digitalisate, die auf Nutzerwunsch angefertigt wurden, werden anschließend in die Digitalisierten Bestände der SUB eingespielt. Sie sind somit für jedermann frei zugänglich und langfristig verfügbar.

Quellenangabe

Institution + PURL (Persistent Uniform Resource Locator) des Images/Titels

Beispiel:

Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg,

<http://resolver.sub.uni-hamburg.de/goobi/PPN670034223> (CC BY-SA 4.0 [<https://creativecommons.org/licences/by-sa/4.0/deed.de>])

Handschriften und unikale Bestände bitte wie folgt zitieren:

Institution + Signatur + PURL des Images/Titels

Beispiel:

Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, DA: Br: BKB I: Bl. 10–13,

<http://resolver.sub.uni-hamburg.de/goobi/HANSb21933> (CC BY-SA 4.0 [<https://creativecommons.org/licences/by-sa/4.0/deed.de>])

Kontakt:

Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg

Carl von Ossietzky

Von-Melle-Park 3

20146 Hamburg

Email: auskunft@sub.uni-hamburg.de

Web: <http://www.sub.uni-hamburg.de>

Organisation, Krieg und Kritik

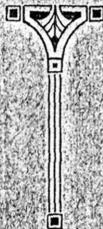
Dokumente zu den Hamburger
Parteidebatten.



Von
Dr. Heinrich Laufenberg,
Fritz Wölfheim
und
Dr. Carl Herz



Zur Abgabe nur an Parteimitglieder
gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches



Druck und Verlag von Dr. Heinrich Laufenberg, Hamburg.

THE HISTORY OF THE

ROYAL SOCIETY OF LONDON

AS KEPT BY THE SOCIETY OF ANTIQVARIANS
IN THE CITY OF LONDON

FROM THE YEAR 1660 TO 1700

BY JOHN HENRY BURNETT

ESQ. OF THE SOCIETY OF ANTIQVARIANS

LONDON: PRINTED BY RICHARD CLAY AND COMPANY, LTD.

1928

THE SOCIETY OF ANTIQVARIANS

10, BEDFORD SQUARE, LONDON, W.1.

A
245596

Organisation, Krieg und Kritik

Dokumente zu den Hamburger
Parteidebatten



Von
Dr. Heinrich Laufenberg,
Fritz Wolffheim
und
Dr. Carl Herz



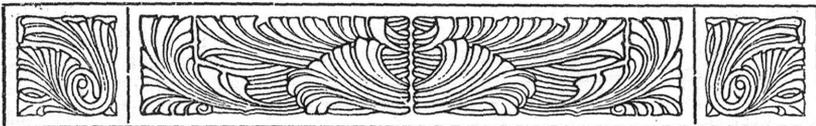
Zur Abgabe nur an Parteimitglieder
gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches



[9915]

9
(Erech-Ex.)





I.

Die Internationale und der Krieg.

Wie alle internationalen Sozialistenkongresse sich gegen den Krieg ausgesprochen haben, so stand gegenüber dem durch den Imperialismus drohenden Weltbrande der Kongreß zu Basel vom 24. und 25. November 1912 ausschließlich im Zeichen der proletarischen Friedensbewegung. Veranlaßt durch die Balkankriege, die die europäische Türkei zertrümmerten, die asiatische Türkei der Auflösung nahe brachten und den österreichisch-serbischen Konflikt ungemein verschärften, hatte er die Aufgabe, dem internationalen Proletariat feste Richtlinien zu geben, wie es sich gegenüber der von den herrschenden Klassen aller Länder betriebenen Kriegspolitik zu verhalten habe. Die Auffassung des Kongresses wurde niedergelegt in einer von Laurès im Auftrage des Internationalen Bureaus eingebrachten und vom Kongreß einstimmig angenommenen Resolution. Sie erinnerte nachdrücklich an die Entschliehungen der internationalen Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen, in denen es heißt:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassentampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Indem die Baseler Resolution im einzelnen die Aufgaben der Friedensaktion des Proletariats in den verschiedenen Ländern würdigte, kam sie hinsichtlich Deutschlands, Englands und Frankreichs zu folgenden Schlüssen:

„Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu. Im Augenblicke ist es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie sowohl Oesterreich-Ungarn als auch Rußland jede Unterstützung verweigern, sich jeder Einnengung in die Balkanwirren enthalten und unbedingte Neutralität bewahren. Ein Krieg zwischen den

Vgl.
Mypol
Streck
S. 245/246

drei großen führenden Kulturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Hafestreites wäre verbrecherischer Wahnsinn. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs können nicht anerkennen, daß irgend eine durch geheime Verträge herbeigeführte Verpflichtung besteht, in den Balkankonflikt einzugreifen.

Sollte aber in weiterer Folge der militärische Zusammenbruch der Türkei zur Erschütterung der osmanischen Herrschaft in Vorderasien führen, dann ist es die Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, sich mit aller Kraft der Eroberungspolitik in Vorderasien zu widersetzen, die geraden Weges zum Weltkriege führen müßte. Als die größte Gefahr für den Frieden Europas betrachtet der Kongreß die künstlich genährte Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich. Der Kongreß begrüßt daher die Bemühungen der Arbeiterklasse der beiden Länder, diesen Gegensatz zu überbrücken. Er betrachtet als das beste Mittel zu diesem Zwecke die Abschließung eines Uebereinkommens zwischen Deutschland und England über die Einstellung der Flottenrüstungen und über die Abschaffung des Seebeuterechtes. Der Kongreß fordert die Sozialisten Englands und Deutschlands auf, ihre Agitation für ein solches Uebereinkommen fortzusetzen.

Die Ueberwindung des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der anderen Seite, würde die größte Gefahr für den Weltfrieden beseitigen, die Machtstellung des Zarismus, der diesen Gegensatz ausbeutet, erschüttern, einen Ueberfall Oesterreich-Ungarns auf Serbien unmöglich machen und der Welt den Frieden sichern. Auf dieses Ziel vor allem sind daher die Bemühungen der Internationale zu richten.

Der Kongreß stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale über diese Grundsätze der auswärtigen Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzustellen. . . . Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen, zum Vortheile des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien oder zu höherer Ehre diplomatischer Geheimverträge.“

Mit dieser Resolution steht vollkommen im Einklang die Entschließung, die wenige Monate zuvor der deutsche Parteitag in Chemnitz annahm. In dieser heißt es:

„Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Heer und Marine. Die Sozialdemokratie bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nirgends feindselige Gefühle gegen ein anderes Volk hegt.

Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern.

Der Parteitag bekundet den entschlossenen Willen, alles aufzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu hüten.

Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Wettrüsten ein Ende gemacht wird, das den Frieden bedroht, und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegenreibt.

Der Parteitag fordert an Stelle heutigetägiger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und die Beseitigung des nur der Bereicherung von Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzern dienenden Schutzzollsystems.“

Als nach dem Attentat von Serajewo die österreichischen und deutschen Kriegsheker ihr jahrelang geübtes Spiel — diesmal mit furchtbarem Erfolge wieder aufnahmen und als Oesterreich an Serbien sein verbrecherisches, nach Form und Inhalt in der Weltgeschichte unerhörtes Ultimatum richtete, erließ der deutsche Parteivorstand im Einklang mit den wiedergegebenen Resolutionen den folgenden Aufruf:

Noch dampfen die Aecker auf dem Balkan von dem Blute der nach Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaisete Kinder durchs Land, und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen.

Verurteilen wir auch das Treiben der groß-serbischen Nationalisten, so fordert doch die frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren.

Das klassenbewusste Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegsheker. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.

Parteigenossen, wir fordern euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerhörlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgend eine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonensfutter mißbrauchen. Ueberall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen:

Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege!

Hoch die internationale Völkerverbrüderung!

Berlin, den 25. Juli 1914.

Der Parteivorstand.

II.

Die Organisationen nach Kriegsausbruch.

Mit den wiedergegebenen Resolutionen des Internationalen Kongresses und des deutschen Parteitages, sowie mit dem Aufruf des deutschen Parteivorstandes ist das Wesen des jetzigen Krieges gekennzeichnet. Der Krieg ist in seinem allgemeinen Charakter ein imperialistischer Eroberungszug und im besonderen hervorgegangen aus dem Siege der Kriegsparteien in Deutsch-

land und Oesterreich, während Rußland, Frankreich und England, in Konsequenz der von der Sozialdemokratie verworfenen imperialistischen Bündnis- und Interessenpolitik auf die Kriegspolitik der beiden Zentralmächte so reagierten, wie diese erwarten mußten.

1
6
Nachdem der Krieg, entgegen allen Bemühungen, ihn zu verhindern, ausgebrochen war, sahen sich die Proletarier der davon betroffenen Länder gezwungen, sich militärisch dem Befehl der gegebenen Armeeführungen zu unterstellen, um die heimische Wirtschaft zu schützen. Nicht gezwungen jedoch waren sie, ihr politisches Urteil zu revidieren, den vorher richtig erkannten Charakter des Krieges nachträglich gröblich zu verkennen, sich den Auffassungen ihrer Regierungen zu unterwerfen und in der Darstellung und Erläuterung der Ereignisse die sozialistischen Grundsätze preiszugeben. Je mehr der Kriegszustand in Deutschland die freie Meinungsäußerung in der Presse durch die Etablierung des Burgfriedens unterdrückte, um so brennender war im Gegenteil das Interesse der Organisationen der sozialdemokratischen Partei, das Wesen dieses Krieges, seine Ursachen und Ziele nicht verdunkeln zu lassen, nicht nur selber Klarheit über die imperialistische Natur dieses Krieges zu gewinnen, sondern diese Klarheit auch in den Kreisen des Proletariats zu verbreiten. Wo es ein sozialdemokratisches Parteiblatt, statt sich an den durch die Militärzensur verhängten Beschränkungen genügen zu lassen, für angemessen hielt, das Proletariat im Sinne der imperialistischen Politik seiner Landesregierung zu beeinflussen, war es nicht nur das Recht, sondern auch die unabwiesliche Pflicht der Mitgliedschaft, die Auffassung des Gesamtproletariats geltend zu machen, wie sie in den Beschlüssen der Internationale und der deutschen Parteitage niedergelegt ist. Die freie Meinungsäußerung im Rahmen der Organisation, das Grundrecht der Mitgliedschaft, war mehr als je die Voraussetzung für die politische Orientierung, für die Erhaltung der Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Organisation.

Bei der schwierigen Lage der Partei und der Verwirrung, die mancherorts, gefördert durch die Haltung eines Teiles der Parteipresse, hereinbrach, hat das wissenschaftliche Organ der Partei Veranlassung genommen, diesen Gedanken nachdrücklich zu betonen und das Recht der freien Meinungsäußerung innerhalb der Partei entschieden zu wahren.

Genosse Gustav Eckstein führt in einem Artikel, dessen Auffassung wir vollinhaltlich teilen, in Nr. 14 der „Neuen Zeit“ vom 8. Januar 1915 das Folgende aus:

„Sicherlich muß jeder von uns danach streben, sich in einer Frage, die unsere Lebensinteressen so entscheidend berührt, ein eigenes Urteil zu bilden, und vielen ist das gewiß nach schwereren oder leichteren inneren Kämpfen gelungen. Sie haben nun nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, für ihre Ueberzeugung einzustehen und sie nach Kräften in der Partei zur Geltung zu bringen. Wird doch diese Ueberzeugung nicht durch die Rücksicht auf die eigene Person diktiert, sondern, sofern es eben Sozialdemokraten sind, durch das Interesse der Partei, d. h. das Interesse der proletarischen Gesamtbewegung. Wollen sie diesem dienen, dann müssen sie bestrebt sein, die Masse der Parteigenossen von der Richtigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen. Das kann und darf aber nicht dadurch geschehen, daß man den Verfechter anderer Auffassungen innerhalb der Partei mundtot macht. Gewiß liegt es gerade in so schwierigen Zeiten nicht im Interesse der Partei, daß alle Meinungsverschiedenheiten vor der breitesten Öffentlichkeit ausgetragen werden, und ebenso erfordert es gerade der Ernst der Zeit, daß an der Einheitlichkeit der Aktion festgehalten werde, soweit es irgend geht. Aber das ist ja eben einer der Hauptvorurteile der straffen Organisation, auf die die deutsche Sozialdemokratie mit Recht so stolz ist, daß unseren Parteigenossen Gelegenheit geboten ist, auch in kleinem und geschlossenem Kreis zu beraten und zu besprechen, was für die Partei von Wichtigkeit ist; und diese Besprechung zu verhindern oder auch nur zu beschränken, das wäre der schwerste, der verhängnisvollste Fehler, den eine Parteileitung begehen könnte.“

Sind solche Methoden schon in ruhigen Zeiten verwerflich, so würde derjenige, der sie heute zur Anwendung bringen wollte, eine ganz ungeheuerliche Verantwortung auf sich laden. Er würde gerade in der Zeit der schwersten und verantwortungsvollsten Entschlüsse die Partei, das Proletariat entmündigen und ihnen seinen eigenen Willen, seine eigene Erkenntnis gewaltsam aufnötigen.

Nur dadurch, daß den verschiedenen Individualitäten das Recht und die Möglichkeit gewahrt bleibt, die Hilfsmittel der Orientierung nach bestem Wissen zu gebrauchen, den Weg dort zu suchen, wo sie ihn zu finden hoffen, ist erst die Wahrscheinlichkeit geboten, durch gegenseitigen Austausch der Erfahrungen und Anschauungen, durch gemeinsames Bemühen den kürzesten, den richtigsten Weg zu finden. Jede Behinderung kann da nur schädlich sein. Sobald aber einmal ein Anfang auf diesem Gebiet mit einem Versuch gemacht wird, die freie Diskussion, soweit sie heute noch überhaupt möglich ist, zu verhindern, gibt es auf dieser Bahn kein Halten mehr. Dann treibt ein Keil den anderen.

Zwar können wir sicher sein, daß das Proletariat jedenfalls endlich den Ausweg findet, ans Ziel gelangt; aber es kann und darf uns nicht gleichgültig sein, welche Zeit darüber verloren geht, welche Leiden, welche Enttäuschungen, welche Demütigungen das Proletariat durchzumachen hat, bis es hinlänglich „durch Schaden klug“ geworden ist. Zeigt sich die Partei in dieser Situation unfähig, sich von den Stimmungen des Tages loszumachen, „in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung zu vertreten“, dann wird zwar diese Bewegung deshalb noch nicht scheitern, aber sie wird über die Partei hinwegschreiten.

Es ist heute die furchtbar ernste Pflicht und Aufgabe der Partei, die Arbeiterbewegung nicht nur vor Irrtümern und Schaden zu bewahren, sondern eben dadurch auch ihre Ehre, ihre Würde rein zu erhalten.“

III.

Die Regierungsparole und das „Echo“.

Bereits in seiner Besprechung der Bluttat von Serajewo bekam es das „Echo“ trotz der in Oesterreich und Deutschland jäh aufflackernden Serben- und Russenheze fertig, die Schuld an der Ermordung des österreichischen Erzherzogs der serbischen Bevölkerung aufzubürden. „Viel, viel unheilvolle Szenen haben die Nationalitätenkämpfe in Oesterreich schon gebracht. Bis zum Wahwitz gesteigerte Strebungen der Völker und Völkerbruchteile, in anarchischem Chaos durch- und gegeneinander wirkend, haben den Staat seit langem zur Unfruchtbarkeit, zum politischen Niedergang verurteilt, haben seine wirtschaftliche, seine soziale Entwicklung gehemmt. Natürlich und künstlich geschaffener Widerstreit der verschiedenartigen unter einer Herrschaft vereinigten Nationalitäten lähmten alles, was vorwärts strebte, was europäisch sein wollte. Nur eines schien unbewegbar und sicher zu stehen in der wüsten Gärung, die Krone, die über dem Völkergewimmel schwebte und das

Prinzip der Einheit darstellte. Und nun ist die Krone, in der Person ihres künftigen Trägers, in dem Strudel versunken und verschwunden.“ Europa müsse sich darauf besinnen, daß es „gemeinsame Kulturinteressen gegen die asiatische Macht, die in Petersburg ihr Hauptquartier hat, vertreten muß“. „Es muß sich trotz der Widerstände der zünftigen Diplomatie und trotz der imperialistischen Gierden ein neuer Bund bilden, wenn das künstlich geschaffene Oesterreich zerfällt, der Bund Kultureuropas!“ (Nr. 149.) Klingt dies nicht wie eine Vorausahnung der deutschen Regierungspartole gegen den Zarismus? Und das im gleichen Augenblick, wo ganz offensichtlich die schwarzgelben und schwarz-weiß-roten Brandstifter sich ansickerten, unter Ausnutzung der Erregung über einen Fürstenmord und unter der falschen Vorpiegelung einer Strafexpedition gegen Serbien in Verfolg des imperialistischen Programms der herrschenden Klassen Deutschlands und Oesterreichs die Welt in Brand zu stecken.

Immerhin veröffentlichte noch am 29. Juli, zwei Tage vor Verhängung des Kriegszustandes, das „Echo“ einen Artikel „Chauvinismus und Imperialismus“, der nicht nur in Oesterreich den Kriegstreiber sah, der auch eine Ausnahmestellung Deutschlands und seiner regierenden Kreise in den imperialistischen Interessenkreuzungen der Großstaaten nicht gelten lassen will. Es heißt darin:

Imperialistische Gewaltpolitik bedrohe gegenwärtig von Oesterreich aus die ganze Kulturwelt mit kriegerischem Unheil. Auch in Deutschland erhebe er „wahnsinnig-troh“ das Haupt.

„Der nationale Hochmut ist eine Art Geisteskrankheit, die, wie die Geschichte lehrt, ein ganzes Volk oder große Massen erfaßen kann und dann immer nur Unheil bereitet. Zu allen Zeiten hat es Machthaber gegeben, die es verstanden, diesen Dämon ihrem Größenwahn, ihrer Ruhm- und Eroberungsjucht dienstbar zu machen. Und immer haben die Nutznießer dieser verderblichen Politik, herrschende Stände, Klassen und Parteien, spekulative Interessengruppen, Cliquen elender Schmeichler und Intriganten, nach Kräften unter der Flagge des „Patriotismus“ den Nationaldünkel geschürt und ihn für ihre Zwecke gebraucht. Und so hat dieser Faktor denn in der Weltgeschichte eine verhängnisvolle Rolle gespielt.“ . . .

„Auf was kann z. B. der Deutsche gegenüber dem Franzosen und Engländer besonders stolz sein? Sind wir Deutsche bessere, vernünftiger, gerechtere, klügere und auf irgend einem der großen Gebiete kultureller menschlicher Betätigung tüchtiger Menschen als jene? Sind unsere staatlichen und gesellschaftlichen Zustände befriedigendere? Was haben wir an nationaler Wohlfahrt anderen Völkern voraus? Nichts! Es sind überall dieselben verderblichen Mächte, gegen die das Volk, wenn es sich auf sein wahres nationales Interesse versteht, kämpfen muß.“

Die Verhängung des Kriegszustandes und die Aufrichtung der Militärdiktatur bewirkten, noch ehe der „Burgfrieden“ der sozialdemokratischen Kritik den Mund verschloß, bei der Redaktion des „Echo“ ein rasches Umlernen. Noch war der Krieg nicht erklärt, noch lagen keinerlei Beschlüsse der Fraktion oder sonstiger Instanzen der Partei vor, und schon beeilte sich das „Echo“, sich in „schimmernder Wehr“ hinter die deutsche Junkerregierung zu stellen, um der Regierung der chinesischen und afrikanischen Gewaltpolitik, die die Kriegsprovokation Oesterreichs vorbehaltslos deckte, redliche Friedensliebe zu attestieren, ihr zu bezeugen, daß sie schnöde angegriffen sei und den Weltbrand, einem großen Sündenregister zum Troß, nicht herbeigeführt haben.

„Daß das deutsche Volk den Krieg nicht will, braucht wohl nicht gesagt zu werden. Auch die deutsche Regierung, so schwierig ihre Lage durch das plötzliche Vorgehen Oesterreich-Ungarns geworden war, hat gewiß (1 Verf.) redlich darauf hingearbeitet, daß Europa das Fürchterliche eines

Krieges erspart werde. Und sie wird, so hoffen und erwarten wir, auch jetzt noch, in letzter Stunde, mit kühler Besonnenheit erwägen und jede Möglichkeit ergreifen, den Frieden zu erhalten. (Nr. 177.)*

„Wir wissen, daß wir eingekreist sind, daß Deutschland einen in der Weltgeschichte beispiellosen Anprall auszuhalten hat, daß unser friedliches Volk von drei Seiten mit Krieg überzogen wird und daß nur Oesterreichs Aufgebot zu uns steht. Aber wir sind in der Verteidigung! Was sonst verschuldet sein mag in all den Jahren, eines ist klar, daß weder Volk noch Regierung Deutschlands diesen Krieg heraufbeschworen haben, und noch vor acht Tagen bei uns niemand daran gedacht hat, daß ein deutscher Wehrmann einen Schuß abfeuern werde.“ (Nr. 181.)

„Für uns Deutsche ist es klar, um was sich der Krieg dreht. Ob und welche Fehler unsere Regierenden gemacht haben, und ihr Sündenregister ist groß, eines ist sicher: den Weltkrieg wollten sie nicht, haben ihn durch ihr Verhalten nicht absichtlich herbeigeführt, sondern haben sich alle Mühe gegeben, ihn zu verhindern. Sollten Fehler gemacht worden sein, so waren sie nicht gewollt.“ (Nr. 185.)

Bei der prinzipiellen Stellung der Internationale zum Krieg, angefihts des Aufrufs des deutschen Parteivorstandes beim österreichischen Ultimatum, bei der Rücksichtslosigkeit, womit der Kriegszustand das Volk vom gesamten Ausland absperrte und sein Urteil den Veröffentlichungen der deutschen Regierungen allein auslieferte, war für die sozialdemokratische Presse äußerste Zurückhaltung geboten. Kein Parteiblatt hatte Anlaß, sich vorbehaltlos der Regierungsparole und damit der Kriegspolitik der Regierung hinzugeben, zumal da die Zensur jede Möglichkeit einer eigenen Stellungnahme mit militäristischer Brutalität unterdrückte. Die urteilslose Aneignung der Regierungsparole hat das „Echo“ in der Folge getreulich beibehalten. Aber während es das eigene Urteil der deutschen Regierungsweltweisheit bereits unterordnete, sah es sich noch gezwungen, dem englischen und französischen Volk, sowie der englischen und französischen Regierung, dem „Hinterlistigen Gren“ und dem „eitlem Poincaré“, wie es später hieß, ihr Einwirken auf die friedliche Lösung des Konflikts zu bescheinigen. Noch nach dem deutschen Ultimatum an Frankreich und Rußland und vor der Kriegserklärung schrieb das „Echo“:

„In England will Regierung und Volk die Erhaltung des Friedens; aus Frankreich kommt die gleiche Kunde, die nicht widerlegt wird durch das Geheul einiger Preßsokalen.“ (Nr. 177.)

Und in einer in der gleichen Nummer veröffentlichten Pariser Korrespondenz vom 30. Juli hieß es:

„In der deutschen Presse werden Nachrichten verbreitet, daß die französische Regierung mobilisiere. Wir können mit vollster Sicherheit erklären, daß daran kein wahres Wort ist. Zur Stunde ist kein einziger Reservist einberufen, selbst die Grenztruppen sind nicht verstärkt worden. Wahr ist nur, daß gewisse Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden. Die strategischen Punkte, Brücken usw. sind militäristisch bewacht, die Urlauber sind in die Kasernen zurückberufen worden. Das ist alles.

Welches sind die Absichten der französischen Regierung? Wir berufen uns auf das Manifest der französischen Partei, das ausdrücklich erklärt, „daß die französische Regierung die bestimmte und aufrichtige Sorge hat, die Konfliktsgefahren zu beseitigen

*) Als Nachweis für die politische Odyssee der „Echo“-Redaktion bringen wir in jedem Falle nur eine oder wenige Belegstellen, um die Broschüre nicht zu umfangreich zu gestalten; doch können in jedem Falle die Zitate beliebig vermehrt werden. D. 5.

oder abzuschwächen“. Ueber die Absichten der französischen Regierung kann also kein Zweifel bestehen und unseres Wissens sind diese friedlichen Absichten in der gegenwärtigen Krise von niemandem bezweifelt worden. Aber eine friedliche Absicht allein genügt nicht, um die drohende Katastrophe zu beschwören. Die Handlungen müssen ihr entsprechen.“

Nun, wir können mit aller Bestimmtheit versichern, daß die französische Regierung ihren ganzen Einfluß in Petersburg geltend gemacht hat und geltend macht, um ein kriegerisches Eingreifen in dem österreichisch-serbischen Konflikt zu verhindern. Bisher ist ihr das auch gelungen. Zurzeit gibt es hier keine chauvinistischen Kundgebungen. Die Kundgebungen für den Frieden dagegen — heute finden in Paris allein 20 sozialistische Versammlungen statt — finden trotz aller polizeilichen Schikanen den größten Zulauf.“ (Nr. 177.)

Wenige Tage später hatte das „Echo“ entdeckt, daß in Frankreich und England schon seit Jahrzehnten „die Fäden gesponnen“ wurden zu einem „heillosen Knäuel“, und daß davon die biedere und ahnungslose deutsche Diplomatie nichts gemerkt hatte:

„Seit Jahrzehnten wurden die Fäden gesponnen, das Gewebe gezettelt, Gründe und Folgen, Ursachen und Wirkungen verwoben sich zu einem heillosen Knäuel. Der Kapitalismus gebar den Imperialismus, und das Getriebe der Interessen schuf die dumpfe, bedrückende Atmosphäre der letzten Jahre. Das republikanische Frankreich stellt sich an die Seite des Zarismus. Wie weit Revanchedurst, wie weit Fehler unserer Politik, wie weit die Zinjengier der französischen Geldleute das verschuldet, das zu untersuchen und festzustellen, ist heute nicht unsere Sache.“ „Das bürgerliche Frankreich ist der Verbündete und zugleich der Knecht des asiatischen Kulturschädlings, und es muß die Folgen tragen. . . .“

„Großbritannien, einst als Hort bürgerlicher Freiheit angesehen, als Asyl der Bedrängten, hat uns den Krieg erklärt. Am Dienstag abend 7 Uhr, ganz formell, wie es dem „britischen Gentleman“ ziemt! Dem Gentleman, dem der Mund überfließt von Friedensworten und der eifrig „vermittelt“, nachdem er hinterrücks sich mit dem Blutzar verschworen hat.

. . . In Wahrheit handelt es sich darum, daß der engherzige englische Krämer den Konkurrenten auf dem Weltmarkt, dem er sich mangels der Fähigkeit rascher Anpassung nicht gewachsen fühlt, mit Gewalt vernichten will, (! Verf.) und daß er sich dazu den Moment ausgesucht hat, wo aus anderen Gründen Baschkiren und Kalmüken bereit sind, Deutschland zu verwüsten. Die Vernichtung der deutschen Industrie durch Barbaren wäre dem „Kulturbringer“ gerade recht, und so hilft er den Barbaren. Zivilisation? Was denn? Den Rahm abschöpfen; das ist das Privilegium von „Gods own Englishmen“! Am Weltbrand kocht er sich gemächlich sein Süppchen, der Stammverwandte!“ (Nr. 180.)

Wenn es für die deutsche Regierung notwendig war, das deutsche Volk in den Kriegstau mel hineinzureißen, so gab es für sie dazu nur eine Möglichkeit: die Parole: Gegen den Zarismus! Sie und nur sie allein gewährte angesichts der „Friedenstheorien des Sozialismus“ jene „Dekung durch das nationale Gefühl“, die nach dem Wort eines aktiven deutschen Diplomaten, der jetzt im Großen Hauptquartier als diplomatischer Gehilfe des Reichskanzlers Verwendung findet, von den Regierungen bei Einleitung eines Krieges als eine Sache „der politischen Form und der Technik“ sorgfältig ins Auge zu fassen sei, wenn sich damit auch „nichts in der Sache“ zu ändern brauche. Und so geschah es denn in der Tat der deutschen Regierung, den Krieg unter der Parole: Gegen den Zarismus! zu eröffnen.

Diese Parole hat das „Echo“ sogleich zu seiner eigenen gemacht und sie mit einer Leidenschaft vertreten, die von keinem Organ der Regierung 1kte übertroffen werden können. So war der Krieg nicht nur moralisch und politisch gerechtfertigt, er war ein Krieg für die Zivilisation, für Freiheit und Kultur.

„Jetzt aber hat der Blutzar, einst Friedenszar genannt, mit derselben verschlagenen Tücke wie einst seine Untertanen das deutsche Volk überfallen; gleichartige und gleichwertige Helfershelfer waren ihm seine Minister und Räte, und Spießgesellen sind ihm heute die Spione und Dynamitarden, die über ganz Deutschland verstreut, unter allerlei Masken Verwirrung und Störung herbeizuführen suchen, eine Panik erzeugen wollen. Wir aber sind keine Muschiks, wir sind ein Volk, dem der gebildete Verstand die Kraft und die Fähigkeit gibt, diesen Plan zunichte zu machen.

Und wir wollen keine Muschiks werden! Gegen den Blutzaren und seine Bande, gegen die willenlosen Massen, die wieder ausgeschickt werden, die Wehr bis zum Letzten! So sehr wir den Krieg als eine furchtbare entsetzliche Not ansehen — Beben vor Rußland, Nachgeben wäre Volksverrat, wäre Landesverrat! . . .

„Wehe dir, Blutzar! Wehe deinen Gesellen! Wehe denen, die die Bestie entfesselt haben!“ (Nr. 180.)

„Das ist überhaupt das Kennzeichen des Volkswillens, daß der Zarismus getroffen werden muß. Den deutschen Arbeitern ist die Ueberzeugung, der asiatische Despotismus sei der Feind, längst in Fleisch und Blut übergegangen, und die bürgerliche Gesellschaft hat nun auch erkannt, was ihr von den Höhlenbewohnern von Gatschina droht. An unserer Ostgrenze wird sich ein Akt der Weltgeschichte und des Weltgerichts abspielen; und die Barbarei wird unterliegen, denn sie muß unterliegen — trotzdem sie unterstützt wird von Frankreich und England.“ (Nr. 182.)

„Denn nicht nur haben wir den Verteidigungskrieg zu führen gegen Frankreich und England, wir haben vor allem den Krieg zu führen gegen den Zarismus, und den führen wir mit aller Begeisterung. Denn es ist ein Krieg für die Kultur!“ (Nr. 185.)

In Wahrheit würde die Niederwerfung Rußlands die Anwendung revolutionärer Mittel erfordern. Sie würde voraussetzen die Anerkennung des Rechtes der Nationalitäten, die Verkündigung ihres demokratischen Selbstbestimmungsrechtes, die Einführung bürgerlich-freiheitlicher Reformen. Ein solches Programm könnte natürlich nicht in ausländischen Gebieten durch eine siegreiche Armee durchgeführt werden, wenn die Häupter dieser Armee im eigenen Lande die Träger einer antidemokratischen konterrevolutionären Politik sind.

Von irgendwelchen revolutionären oder auch nur bürgerlich-freiheitlichen Zusagen beim Einmarsch der deutschen und österreichischen Heere in Polen war denn auch nicht die Rede und konnte bei einem imperialistischen, vom preußischen Junkertum geführten Kriege nicht die Rede sein. Das einzige, wozu sich die österreichischen Junker aufschwangen, war die Predigt des Verrats und der Versuch, in Polen den Franktireurkrieg gegen die russischen Armeen zu organisieren. Dem „Echo“ blieb es vorbehalten, hierin die Anwendung revolutionärer Mittel zu erblicken. Es schrieb: Schon jetzt haben die Moskowiter das Spiel verloren. „Denn innerhalb der russischen Grenzen ist Revolution. Zunächst ist Rußisch-Polen entflammte. Was wir gleich bei Kriegsausbruch als nötig erklärten, die Anwendung revolutionärer Mittel gegen den Zarismus, hat bereits begonnen.“ Das Oberkommando der österreichisch-ungarischen Armeen habe beim Ueberschreiten der Grenze einen Aufruf in deutscher und polnischer Sprache kundgemacht, der ein geschichtliches Dokument bilde. Seine revolutionäre Einleitung lautet:

„Durch den Willen Gottes, der die Schicksale der Völker lenkt, und durch die Macht unserer Obersten Kriegsherrn überschreiten die verbündeten österreichisch-ungarischen und deutschen Armeen die Grenze; hiermit bringen wir auch den Polen die Befreiung vom moskowitzischen Joch.“

Begrüßet unsere Fahnen mit Vertrauen, sie bringen euch Gerechtigkeit!“

„Revolutionär“, wie diese Einleitung, ist auch der übrige Inhalt und ganz besonders der Schluß:

„Vertraut euch freudig und rückhaltlos unserem Schutze an, unterstützt uns und unsere Bestrebungen aus voller Seele! Jedermann vertraue auf die Gerechtigkeit und Milde unserer erhabenen Kriegsherrn und erfülle die Pflichten seines Berufes, die Pflichten zur Erhaltung seiner Heimstätte, die Pflichten, die der Wille Gottes des Allmächtigen durch die gegenwärtige Wendung euch vorgezeichnet hat!“

Abschließend bemerkt dazu das „Echo“:

„Das ist die Aufforderung zum Aufstand! Die Staatsmänner haben sich also doch entschlossen, an den Freiheitsdurst zu appellieren, und das gibt dem Verteidigungskampf, den Mitteleuropa führt, den Charakter. Es gibt Dinge, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Die Volkskraft ist aufgeboten gegen den Zarismus, der Zwang der Not hat höchst konservative Staatslenker dazu gebracht, zur Revolution aufzurufen gegen das Moskowitertum. Wir leben in Tagen, da am Webstuhl der Weltgeschichte das Schiffchen in rasender Eile fliegt. Anders, als der Dichter sie vorausgeschaut, vollzieht sich die Schlacht um den Birkenbaum, aber sie vollzieht sich.“ (Nr. 188.)

„Die Schlacht um den Birkenbaum“ ist nach Freiligrath die letzte Schlacht, die die Völker für die Freiheit schlagen. Dieses wundervolle Schlachten-gemälde, das in der glänzenden Farbenpracht der Freiligrath'schen Dichtkunst den letzten Waffengang zwischen Reaktion und Revolution darstellt, zur Verherrlichung eines dem Kapitalinteresse dienenden Eroberungskrieges zu verwenden: das ist die schamloseste Grabschändung, die jemals an dem größten Dichter der Revolution verübt worden ist. In dem Dämmerzustand illusionärer Erwartungen, in den das „Echo“ sich hineingeschrieben hatte, wird sie zwar nicht verzeihlich, aber immerhin verständlich. Zum wenigsten ebenso verständlich, wie die komische Illusion, die im preußischen Kommiß schon halb das Volksheer der Zukunft verwirklicht sieht:

„Merkwürdig übrigens, wie bei diesen täglichen Waffenübungen der Landsturmlente Vergangenheits- und Zukunftsbilder ineinanderfließen. Halb fühlt man sich beim Anblick der mit der Flinte im Arm und dem Tschako auf dem Kopf daherkommenden Wehrmänner an die Zeit der alten Bürgerwehren erinnert, halb ist in ihnen schon die Volkswehr der Zukunft verwirklicht, die einst an die Stelle der stehenden Heere treten wird. Uebergänge schafft der harte Zwang der Notwendigkeit, der stärker ist als alle Tradition, schon heute genug. Die gleichmäßige graue Felduniform, in der unsere aktiven Truppen ausgerüct sind, und die ihnen gegen die weittragenden modernen Schußwaffen so ausgezeichneten Schutz leistet, ist eine Erfüllung der Forderungen, die ernste Kritiker des alten Heerwesens längst schon erhoben hatten. In derselben Weise wird der nur auf den Ernstfall vorbereitende Waffendienst den heute schon zurückgedrängten Gamaischendienst allmählich ganz beseitigen. Und wie von selbst muß dann auch der Geist freiwilliger Unterordnung jenen stumpfen Kadavergehorsam austreiben, ohne den manche heute sich noch kein tüchtiges Kriegsheer vorstellen konnten. — — —

Heute tragen Tausende von Wehrmännern die Flinte auf dem Buckel, die man vor kurzem noch waterlandsfeindlicher Gesinnung für verdächtig hielt. Sie nehmen das Gewehr mit nach Hause und ihre Zungen sind stolz, es auch einmal tragen zu dürfen. Das Vaterland ist darum nicht in Gefahr.

Im Gegenteil! Es braucht dieses Volk in Waffen, um sich der draußen drohenden Gefahr zu erwehren. Wir haben zwar noch nicht der Form, wohl aber dem Geiste nach ein wahrhaftes Volkshoer. Und die sorgsame Wahrung dieses Bewußtseins ist die sicherste Bürgschaft für Deutschlands Sieg.“ (Nr. 189.)

Auf der gleichen Höhe politischer Verückung stehen Betrachtungen wie die folgenden:

„Aus Not und Tod, aus dem Zusammenbruch der Barbarei, aber wird sich eine bessere Menschheit erheben. Der eiserne Besen des Völkerkriegs wird vieles hinwegfegen, was ewig schien, der Zwang der Notwendigkeit wird vielleicht schon morgen Einrichtungen bringen, die den Einzelnen ganz der Gemeinschaft unterordnen. Das Einzelinteresse wird dem Gemeininteresse mehr und mehr weichen müssen.

Denn nur gemeinsam sind wir stark, aber auch so stark, daß wir obstiegen werden. Wir setzen alles daran, denn wir verteidigen das Vaterland, unser deutsches Volk.“ (Nr. 180.)

Vor allem müssen wir bedacht sein, daß wir als Partei ein politischer Faktor höchsten Gewichts sind und bleiben. Rückhaltlos setzen wir alles ein für unser bedrohtes Vaterland. Wir haben gezeigt und werden zeigen, daß wir internationalen Sozialisten Patrioten sind im besten Sinne des Wortes. In der Not des deutschen Volkes denken wir nicht an die Unbill und Ungerechtigkeit, die wir zu dulden hatten; wir stehen treu zu den Volksgenossen bis zum Tod. Aber weil wir Patrioten sind, denken wir der Zukunft! Wir leiden und kämpfen für das Vaterland, aber wir wollen auch ein Vaterland, das unserem Volke und der Arbeiterklasse teuer sein muß. Wir wollen mitsprechen, wenn die Neugestaltung beginnt, wie wir jetzt helfen und schützen. Um unserer Stimme Nachdruck zu geben, ist nötig, ist unerläßlich, daß wir organisiert bleiben, daß wir einen Gesamtwillen auszudrücken vermögen.

Schicksalschwanger ist die Zeit! Ein neues Europa muß werden, und auch ein neues Deutschland! Ein Deutschland, das — so hoffen wir! — das Moskowitertum überwunden, niedergeworfen haben wird. Unsere Brüder im Wehrkleid, die Grenzwaacht halten gegen die willenlosen Kolonnen von Knechten, die der Zar auf Deutschland wirft, werden die äußere Macht des Despoten zerschmettern. Und die innere Macht des Zarismus, die wir so schwer zu fühlen hatten in ihrer Rückwirkung, die müssen wir brechen.

Das Wehen eines neuen Geistes geht durch Deutschland! Es liegt in der Luft, es liegt im Gefühl: Anders ist es schon jetzt, und mehr noch wird kommen, muß kommen!“ (Nr. 181.)

Erwartete bisher das Proletariat seine Befreiung von seinem Klassenkampf wider Kapital und Kriegspolitik, so erscheint hier umgekehrt der aus jener Kriegspolitik geborene Weltkrieg als der Befreier des Proletariats, ein Standpunkt, der im direkten Gegensatz zu der vom „Echo“ selbst bis zur Verhängung des Kriegszustandes betriebenen Friedenspropaganda steht. Das „Echo“ tritt auf den Boden jener imperialistischen Kriegsverherrlichung, die dem Krieg eine kulturelle Rolle beimißt und in ihm, um ein Wort des bekannten imperialistischen Militärchriftstellers und Generals v. Bernhardi zu gebrauchen, den größten „Machterweiterer und Lebenserwecker“ in der Geschichte der Menschheit sieht.

IV.

Eine notwendige Erklärung.

Angeichts der völligen Verkennung der Ursachen und Ziele des Weltkrieges seitens der Redaktion des „Echo“, angeichts der phantastischen Hoffnungen, in die sie die Arbeiterschaft einzulullen begonnen hatte, angeichts der Verwischung jeder Parteilinie und der Preisgabe jedes selbständigen Urteils gegenüber den Ereignissen, angeichts einer Haltung, die nicht etwa nur sich dem Zwange der Militärzensur fügte, sondern die Arbeiterklasse aus freien Stücken und bedingungslos der politischen Parole der herrschenden Klassen auslieferte und damit allen Forderungen, die die Arbeiterklasse zu erheben hatte, prinzipiell den Boden entzog, hielten wir uns für verpflichtet, gegen diese Praxis der Redaktion des „Echo“ Einspruch zu erheben. Dies geschah in der folgenden Erklärung, die der Redaktion zur internen Kenntnisnahme, nicht zur Veröffentlichung, übermittelt wurde:

Der jetzige Weltkrieg ist nicht ein Krieg der Völker wider die Völker und nicht im Interesse der Völker, sondern ein Krieg im Interesse des internationalen Finanzkapitals. Er ist seiner Grundlage nach ein Krieg zwischen dem jungen, nach Ausdehnung drängenden deutschen und dem gefestigten, sich bedroht fühlenden englischen Imperialismus. Die Vorgänge, die unmittelbar den Kriegeausbruch veranlaßt haben, sind nur äußere Erscheinungsformen, die über das Wesen dieser Gegensätze nicht hinwegtäuschen dürfen. Ebenjowenig darf die Tatsache, daß die von den führenden Schichten der Großstaaten betriebene Politik zur Bedrohung unserer nationalen Existenz geführt hat, zur Verkennung der imperialistischen Ursachen und der imperialistischen Ziele dieses Krieges führen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, legen wir Verwahrung ein gegen die Haltung des „Hamburger Echo“, dessen Bewertung der Ereignisse sich von der bürgerlichen Auffassung kaum unterscheidet.

H a m b u r g, am Todestage August Bebel's.

Dr. Laufenberg. Dr. Herz-Altona. Wolffsheim.

In dieser Erklärung, die auch der Preßkommission, den Vorständen, sowie dem deutschen Parteivorstand und der Redaktion des „Vorwärts“ und zwar gleichfalls zur internen Kenntnisnahme übermittelt wurde, war deutlich ausgesprochen, daß wir in diesem Kriege einen imperialistischen und deutschen Eroberungskrieg sahen.

Ohne sich auf eine sachliche Erörterung irgendwie einzulassen, beeilte sich die Redaktion des „Echo“, den Versuch zu unternehmen, diese Erklärung der breitesten Öffentlichkeit bekanntzugeben, für die sie ausdrücklich nicht berechnet war.

Genosse Dr. Herz erhielt das folgende Schreiben:

H a m b u r g, 19. August 1914.

Herrn Dr. Herz.

Wir bestätigen den Empfang Ihrer Erklärung. Von uns aus steht deren Veröffentlichung nichts entgegen. Deshalb werden wir sie, falls Sie nicht widersprechen, in diesen Tagen, sobald sich Zeit und Gelegenheit bietet, im „Echo“ veröffentlichen und auch dem parteigenössischen Pressebureau zur Veröffentlichung weitergeben.

Mit Parteigruß!

gez. Reize.

Hierauf erteilte die Genossin Frau Dr. Herz der Redaktion die folgende Antwort:

Auf Ihr an meinen Mann gerichtetes Schreiben vom 19. August hin habe ich mit meinem Mann, der in Cöthen am Krankenbett seiner Mutter weilt, telephonisch gesprochen. Er hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß er in Uebereinstimmung mit den anderen Unterzeichnern der Erklärung der Veröffentlichung dieser Erklärung ausdrücklich widerspricht, da sie zum Zwecke der Veröffentlichung nicht gegeben, Ihnen vielmehr lediglich zur internen Kenntnisaahme überreicht ist.

Jede Veröffentlichung, die trotz dieses Widerspruches jetzt dennoch erfolgen würde, müßte als Vertrauensbruch betrachtet werden.

Uebrigens wird sich mein Mann von Cöthen aus noch direkt an Sie wenden.

Mit Parteigruß!

Else Herz.

Weiter erhielt die Redaktion die folgenden Schreiben:

Hamburg, 22. August 1914.

Werte Genossen!

Bezugnehmend auf die Ihnen durch Genossin Dr. Herz übermittelte Erklärung zur Frage der Veröffentlichung unserer Verwahrung wünschen wir noch folgendes zu bemerken:

Indem wir uns mit der Ihnen durch Frau Dr. Herz übermittelten Antwort nochmals ausdrücklich einverstanden erklären, weisen wir darauf hin, daß sich unsere Verwahrung nicht nur gegen die Haltung des „Echo“ richtet, daß sie vielmehr auch eine Kritik der heutigen deutschen Regierungspolitik einschließt, die in einer ganz bestimmten Weise gekennzeichnet wird.

Es läßt sich, wofür der „Vorwärts“, die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Bremer Bürgerzeitung“ u. a. glänzende Beispiele bieten, bei aller Reserve, die sich die Parteipresse in der jetzigen Situation auferlegen muß, doch manches andeuten, was in der Form einer kurzen prinzipiellen Erklärung der breitesten Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden kann.

Wenn die Redaktion des „Echo“ den ungewöhnlichen Wunsch zu erkennen gibt, eine sie selbst berührende und der Öffentlichkeit noch nicht bekannte Angelegenheit zur allgemeinen Kenntnis zu geben, so wird ihr kaum entgangen sein, daß sich gegenwärtig die Verschiedenheit der politischen Auffassung nicht öffentlich würde erörtern oder austragen lassen.

Die Veröffentlichung würde jeden sachlichen Zweck verfehlen und es müßte der Erwägung anheimgestellt bleiben, ob nicht ihr schließlicher Erfolg lediglich die Stigmatisierung der Beschwerdeführer vor den Militärbehörden wäre.

Wir sind um so mehr bereit, unsere Stellung zum Imperialismus und damit zu den jetzigen Weltbegebenheiten vor den Vertrauensleuten der Partei eingehend zu begründen, als wir diese Stellung seit langem reduerisch oder journalistisch und teils in wissenschaftlichen Werken vertreten haben, wie sie ihre erste geschichtliche Grundlegung in dem im Auftrage der Hamburger Organisationen verfaßten Werk: „Hamburg und die französische Revolution“ erfahren hat.

Zu Maßnahmen dagegen, von denen uns die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß sie ausschließlich der reaktionären Presse willkommen sein würden, wünschen wir unsere Hand nicht zu bieten.

Mit Parteigruß!

Dr. Laufenberg. Wolffheim.

Aus diesem Schreiben, das gleichfalls den Parteivorständen zuging, ergibt sich, daß wir bereits am 22. August den Wunsch zu erkennen gaben, vor den Vertrauensleuten unsere Auffassung zu vertreten — ein Wunsch, der gleichfalls von den Instanzen vollkommen ignoriert wurde.

Genosse Dr. Herz setzte sich mit der Redaktion noch in dem folgenden Schreiben auseinander:

Werte Genossen!

Der Tod meiner Mutter und die damit verbundene Inanspruchnahme durch familiäre Verhältnisse haben es mir bis jetzt nicht möglich gemacht, Ihre Zuschrift vom 19. August direkt zu beantworten. Meine Frau sowie die beiden anderen Unterzeichner der Erklärung haben Ihnen bereits die erforderliche Antwort zugehen lassen. Ich habe dieser Antwort noch folgendes hinzuzufügen.

Unsere Erklärung war Ihnen ausdrücklich zur „internen Kenntnisnahme“ übersandt. Damit war in einer jeden Zweifel ausschließenden Form zum Ausdruck gebracht, daß wir eine Veröffentlichung jedenfalls zurzeit nicht wünschen. Daß von Ihrer Seite, wie Sie schreiben, der Veröffentlichung nichts entgegensteht, ist gleichgültig. Ueber den Verwendungszweck der Erklärung entscheidet nicht Ihre Ansicht, sondern der Wille der Verfasser, die Ihnen die Erklärung im Vertrauen auf Ihre journalistische und parteigenössische Diskretionspflicht und lediglich zur Kenntnisnahme übersandt haben.

In der durch den Krieg unterbrochenen Preßdebatte haben Sie es als parteischädigend bezeichnet, daß ich meine Kritik am „Echo“ in einer zur Entgegennahme des Berichts der Preßkommission einberufenen Mitgliederversammlung angebracht habe. Sie verwiesen mich damals an die „zuständigen Parteinstanzen“ und verlangten für eine Preßkritik nicht nur den Ausschluß der bürgerlichen, sondern zunächst auch den parteigenössischen Öffentlichkeit. Jetzt nehmen Sie den umgekehrten Standpunkt ein und wollen unsere nicht nur gegen das „Echo“, sondern gegen die Regierungspolitik gerichtete Erklärung sofort der breitesten Öffentlichkeit übergeben — jetzt, in der Zeit des Kriegszustandes unter der Diktatur der militärischen Kommandogewalt.

In Ihrer Zuschrift kündigen Sie sogar weitergehend die als baldige Veröffentlichung an, falls ich nicht widerspreche. Der Wunsch nach Publikation der Erklärung ist bei Ihnen also so lebhaft, daß Ihnen schon mein Schweigen auf Ihre Zuschrift als Ermächtigung zur Veröffentlichung ausreicht. Daß hier aber ein Schweigen nicht als Aufhebung der von uns im Uebersendungsschreiben ausdrücklich erklärten Bedingung der internen Kenntnisnahme aufgefaßt werden kann, will mir selbstverständlich erscheinen. Außerdem aber hätte die Nichtbeantwortung Ihrer Zuschrift, die Sie schon als Zustimmung zur Veröffentlichung zu deuten belieben, sich allein daraus ergeben können, daß Ihr Brief überhaupt nicht oder jedenfalls nicht rechtzeitig in meine Hände gelangte. Es hätte gerade in diesen Tagen, in denen ich seelisch durch einen Trauerfall stark berührt bin, durchaus im Bereich der Möglichkeit gelegen, daß meine Frau den Brief uneröffnet zu Hause hätte liegen oder ihn als nicht eilbedürftig mir erst nach geraumer Zeit nachgesandt hätte. Es ist nicht Ihnen, sondern nur dem Eingreifen meiner Frau zu verdanken, wenn eine Veröffentlichung unterblieben ist, die uns schon mit Rücksicht auf das allgemeine Parteiinteresse zurzeit unerwünscht ist und die außerdem, wenn auch sicherlich nicht nach Ihrer Absicht, doch jedenfalls in der Wirkung zu einer besonderen Kennzeichnung der drei Unterzeichner vor den Behörden hätte führen können. Zwei der Unterzeichner sind sogar landsturmpflichtig und können also jederzeit den Militärgesetzen unterstellt werden. Es berührt seltsam, daß die Redaktion in der Zeit des allgemeinen Landsturmaufgebots mit dieser Möglichkeit nicht gerechnet hat.

Sachlich enthält unsere Erklärung Grundsätze, die in unserer wissenschaftlichen Literatur, wie auf deutschen und internationalen Parteitagen von Sozialisten aller Richtungen und Länder aufgestellt worden sind. Wenn, wie ich annehmen darf, die am Schlusse des Leitartikels in der Mittwochsausgabe vom 19. August sich findende Bemerkung über die „Nörgler und

Grübler“ auf uns abzielen sollte, so würde diese Kritik nicht nur unsere persönliche Ansicht, sondern gleichzeitig auch die grundsätzliche Auffassung der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie treffen.

Mit Parteigruß!

Hera.

Während Redaktion und Vorstände eine sachliche Erörterung der Meinungsverschiedenheit offenbar für überflüssig hielten, tauchen von nun an in den Artikeln des „Echo“ versteckte Angriffe auf. „Mörgler und Grübler“, „gelehrte aber mehr noch eingebilddete Schablonenpolitiker“, waren einige der Liebenswürdigkeiten, mit denen die Redaktion die erste Meinungsäußerung aus der Mitgliedschaft über den Krieg quittierte.

V.

Irrungen und Wirrungen.

Der Taumel, der in dem Weltkrieg einen Krieg gegen das zaristische System und für Freiheit und Kultur sah, hielt in der Redaktion des „Echo“ indessen an. Er steigerte sich zum Paroxysmus, als in den Masurischen Sümpfen nach den deutschen offiziellen Berichten 150 000 russische Bauern und Arbeiter vernichtet waren.

„Zwar kann der Zar neue Millionen von Streitern vorschicken, immer wieder die Uebermacht der Zahl herbeiführen. Aber was will die besagen?“

„Gerät erst Petersburg, „Petrograd“ hat es in diesen Tagen der Zar umgetauft, damit seine „Residenz“ nicht ferner einen deutschen Namen trage, in Gefahr oder wird Moskau bedroht, so wird im letzten Dorf bekannt, was ein Weltkrieg bedeutet und wie morsch das Russenreich ist. Dann gibt es auch keine „unberührten“ Truppen mehr, denn alle werden sie herangezogen und mehr oder weniger in den Kampf verwickelt werden müssen — und in die Niederlage! Dann ist die Bahn frei für die Neugestaltung Rußlands, die mit dem Sturz des Zarismus eröffnet wird, nachdem dessen Hort, die Armee, ihre innere und äußere Macht verloren hat. Bei Sedan dauerte der Kampf, der dem Cäsarismus ein Ende machte, zwei Tage; ihm war eine Kriegszeit von vier Wochen vorhergegangen. Bis zum Sedan des Zaren wird eine längere Frist verfließen, obwohl der Zarismus bereits den verhängnisvollen Stoß empfangen hat.“

„Das ist ein Sieg, der seine Früchte tragen muß, zum Besten Europas! Den Anfang vom Ende des Zarismus soll er bezeichnen. Er soll sich lohnen. . . .“

„Aber alles Blut, das floß, komme auf das Haupt des Meineidigen und Lügners, des türkischen Förderers des Weltkrieges, und auf die Häupter seiner Sippe und seiner Spießgesellen, der Spekulanten und kaltblütigen Verächter der Menschlichkeit. An ihnen soll sich die Sünde rächen, grüne Fluren und stille Wälder in ein Schlachtfeld, friedliche Dörfer und

Städte in Trümmerhaufen verwandelt, Tausende von blühenden Menschenleben vernichtet zu haben. Büßen soll der Zar, büßen sollen sie, die ihn gängelten und reizten zur Entfesselung der Kriegsfurie. Und für immer zerschmetterte werde der Zarismus, der wie ein Alb seit Jahrhunderten auf Europa lastete, der Länder und Menschen fraß, der seinem Ursprung und Wesen nach nie etwas anderes sein konnte, als eine Bedrohung und ein Hemmnis der Zivilisation. Europa muß geschützt werden vor dem Zarismus durch Vernichtung des Zarismus. Das Sedan des Selbstherrschers muß so sein, daß es keine Auserstehung mehr geben kann.“

„Wider den gekrönten Bogromisten und seine Bande zu kämpfen, das ist jetzt zur bitteren Notwendigkeit geworden. Und wenn im Westen Deutschlands Heere vordringen gegen die Verbündeten des heimtückischen Romanow, so dürfen wir nicht vergessen: der Endkampf für unser deutsches Vaterland wird im Osten geschlagen. Der Zarismus ist der Feind, der ins Herz getroffen werden muß.“ (Nr. 190.)

Schon in der nächsten Nummer aber heißt es:

„Für die Entscheidung des Weltkrieges kommt allerdings Halbasien wenig in Betracht. Sie fällt zuerst im Westen und dann in jenem Teil des Zarenreiches, der den deutschen Waffen erreichbar ist.“ (Nr. 191.)

Für die deutsche Regierung war die Parole: Gegen den Zarismus! das Mittel, in den Massen den Krieg populär zu machen. Diese Parole wurde überflüssig, wenn nicht gefährlich für die Regierung, als eine unerwartet günstige Stimmung für den Krieg hervorbrach. Lagen die Ziele des Krieges auf imperialistischem Boden und war der Krieg hauptsächlich gegen den englischen Imperialismus gerichtet, dann mußte die Volksstimmung auf diese Sachlage eingestellt, eine wüste Heze gegen alles, was englisch hieß, entfaltet werden, ehe die Leidenschaft der Massen sich ausschließlich in die erste Kriegsparole verbiß.

Wie vorher die Redaktion des „Echo“ sich die Parole: Gegen den Zarismus! urteilslos zu eigen gemacht hatte, so tat sie jetzt das Menschenmögliche, um der neuen Parole zum Durchbruch bei den Volksmassen zu verhelfen. Bößlich war England der Hauptfeind; die englische Seetyrannie eine Lebensgefahr für Deutschland, englischer Neid und englische Eifersucht eine Drohung für Deutschlands nationale Existenz. Daneben freilich lief nach wie vor die Illusion des Kulturkampfes gegen den Zarismus. Eine Politik grenzenloser Verworrenheit, die die verschiedenartigsten Gesichtspunkte und Urteile in bunter Mannigfaltigkeit durcheinander wirbelte, eine Beurteilung der Gesamtlage, die in allen Teilen durch den Gang der Ereignisse Lügen gestraft wurde, verbindet sich mit Ausfällen von steigender Heftigkeit gegen die englischen Staatsmänner und das englische Volk, Ausfälle, die in dieser Form in der sozialistischen Zeitungsliteratur Deutschlands einzig dastehen. Das gilt namentlich von den das Eingreifen Japans behandelnden Artikeln. Hier nur einige wenige Belege in zeitlicher Folge:

„Wir wollen nicht prophezeien. Aber die Zuversicht möchten wir äußern, daß das Spiel der Herren Grey und Winston Churchill, die Lehrlinge des Einkreisungsmeisters Edward VII. sind, mißlingen wird, weil es gar zu fein und schlau ist. In der Ausführung werden die Pläne der englischen Staatsmänner das Kulturgewissen der zivilisierten Menschheit wachrufen, trotz des höllischen Lügengespinnstes, dessen Fäden so sorgsam gesponnen worden sind.“ „Von Konstantinopel aus kann Ägypten, kann Nordafrika, kann vor allem Indien revolutioniert werden.“ „Das hieße auch, den Krieg nach Asien tragen. Aber wenn von London aus die Japaner aufgeboten werden als Hilfstruppen gegen Deutschland, im Bündnis mit Moskowitern, Kosaken und Kalmyken, um Mitteleuropa unter die Krute zu bringen, es zu zarisieren des Krämerportails Englands wegen, warum sollte nicht auf dem Wege über Konstantinopel das Lösungswort ausgegeben werden zur Selbstbefreiung der

Indien, die seit zweihundert Jahren im Interesse der englischen Finanzmacht der Hungersnot und der Pest überantwortet sind? In London ist der Feind unangreifbar; aber er ist, wir wiederholen es abermals, zu treffen in Indien!

„Auge um Auge, Zahn um Zahn!“ (Nr. 193.)

„Brüssel, die Luzusstadt, kann zahlen. Eine Kontribution von Millionen, den Reichen auferlegt, würde die Kapitalisten treffen, die verantwortlich sind für die Lage des belgischen Volkes. Sie mögen Wechsel ziehen auf die Bank von England!“ (Nr. 195.)

„Wenn die zweihunderttausend Söldner, mit deren Eingreifen in einen deutsch-französischen Krieg immer renommirt wurde, bis auf den letzten Mann fielen, würde das die Weltkrämer in der City kaum aus der Ruhe bringen; aber daß das Nationalheiligtum, die Bank von England, schwere Tage durchzumachen hatte, daß ein Knästen und Knäden in den Finanzinstituten hörbar ist, als wenn ein großer Zusammenbruch bevorstände, das bringt Sorgen. Dazu die sehr begründete Furcht, daß die gelben Japs den ihnen erteilten Auftrag zwar ausführen, dann aber mit mongolischer Unbefangeneheit dieselbe Methode, die auf Riantschu berechnet war, auch auf Hongkong, Singapor und vielleicht gar Kalkutta anwenden werden!“

„Mit Recht wird den Engländern der Verrat an Europa vorgeworfen, weil sie die Gelben in Ostasien aufgeboten haben gegen Deutschland. Das ist ein Verbrechen, das sich an ihnen selbst in Bälde rächen wird. Aber noch größer, weil in seiner Wirkung unmittelbar gefährlicher, ist das Verbrechen der englischen Allianz mit den Moskowitern. Die Japs können einen deutschen Seeplaz an der chinesischen Küste wegnehmen; für Europa bleibt das ohne Belang. Die Moskowiter können, wenn Deutschland sie nicht niederwirft; Europa auf ein Jahrhundert knebeln, unter Mitschuld Englands, das den Fluch der Völker dafür verdient.“ (Nr. 196.)

„Aus einem wohlverständlichen und berechtigten Gefühl heraus äußert sich die allgemeine Freude besonders über die Niederwerfung der Engländer, die nun am eigenen Leib erfahren, was ein europäischer Krieg zu bedeuten hat, den ihr „Staatsmann“ Grey so kaltblütig mit anzettelte. Der Kampf bei Saint Quentin wird seine Wirkung in London tun, und der neue Kriegsminister Kitchener wird es sich vielleicht doch noch überlegen, ob er ein weiteres Korps der sicheren Vernichtung preisgeben will. Uebrigens müßte er die Korps erst schaffen, und ob sich nun, nachdem sie von Saint Quentin vernommen, die Engländer gar so eifrig zu den Werbestellen drängen werden, ist immerhin zweifelhaft.“ (Nr. 201.)

„Lille ist aufgegeben worden, Reims ist in den Händen der Deutschen. Eine Festungssperre existiert nicht mehr und wo noch Verkehrslinien von französischen Waffenplätzen beherrscht werden, ist es nur eine Frage kurzer Zeit, daß sie auf die eine oder andere Weise genommen werden. Der Weg nach Paris ist für das deutsche Heer nicht nur frei, sondern auch gesichert.“ (Nr. 210.)

„Also der englische Bundesgenosse hat gebeten, dringend gebeten, daß die mongolischen Japaner ihm Hilfe leisten möchten, indem sie einen verlorenen Posten Deutschlands im fernen Osten überfielen. Und die Gelben waren so gut und großmütig, die Bitte des weltbeherrschenden Albion zu erhören und gegen das kleine Häuflein deutscher Männer, das dort draußen versammelt ist, eine See- und Landmacht aufzubieten. Daß die beiden einander würdigen Verbündeten bei dieser Gelegenheit im salbungsvollen Herbeten von Lügen wetteifern, gehört zu der ganzen Mache. Dem Geschichtschreiber wird es einstmals schwer fallen, zu erforschen, wer den Preis in dieser Betätigung verdient, Mr. Grey und

seine augenverdrehenden Christen oder Baron Koto und seine schlitz-
äugigen Buddhisten.“

„Die Moral der Asiaten ist eine andere, als unsere, ihre ganze Denkweise ist anders, und so müssen wir uns eben damit abfinden, daß die Japs auf dem Weg nach ihrem Ziel, der Herrschaft über Asien und den Stillen Ozean, nicht nur eine deutsche Sation überfallen, sondern diesen Friedensbruch auch vor geneigten Ohren mit handgreiflichen Lügen zu rechtfertigen versuchen. Daraus wird man lediglich die Lehre zu ziehen haben, daß man sich für die Zukunft die gelben Biedermänner möglichst weit vom Halse hält und sie außerstand setzt, aus Deutschland die geistigen und materiellen Mittel zu holen, um Deutschland zu schaden. Wir werden uns daran zu gewöhnen haben, die Japaner als Japaner zu betrachten und an sie weder im Guten noch im Bösen den Maßstab unserer Sitten anzulegen.“ (Nr. 212.)

„Die Zerstörung der deutschen Schiffe im Hafen von Antwerpen ist so echt britisch (sie wurde einige Tage später widerrufen. Verf.), daß man sich eigentlich nicht einmal wundern kann. Schiffe des Konkurrenten — also fort damit! Natürlich steigert das die Kriegskosten um viele, viele Millionen, und natürlich werden die Deutschen zunächst da die Entschädigung zu holen suchen, wo es in ihrer Macht liegt, also in Antwerpen, in Belgien, in Frankreich. Das rührt jedoch den Mann in der City nicht. So oder so: für ihn ist es immer ein gutes Geschäft. Bis eines Tages die Rechnung in London präsentiert wird, die Rechnung für so viel Blut und Leiden, für so viel Hab und Gut, dabei auch die Rechnung für die geopfert Stadt!“ (Nr. 237.)

„Dieser wirtschafts- und handelspolitische Aufstieg Deutschlands ist rein ein Werk friedlicher Tätigkeit; er ist weder unserm großen Heere, noch unserer Kriegsflotte zu danken; auch die Kolonialpolitik Deutschlands spielt dabei eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle. Auf dem gleichen Gebiet friedlichen Wettkampfes Deutschland zurückzudrängen, indem man die eigene Leistungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse überseeischer Länder und Völker entwickelt, dazu fühlt man sich in England allem Anschein nach außerstande. So erwuchs den englischen „Staatsmännern“ der Gedanke, durch Anzettelung eines allgemeinen Krieges gegen Deutschland sich dessen wirtschaftliche Konkurrenz vom Halse zu schaffen. Ein Plan, der in seiner ganzen verbrecherischen Ruchlosigkeit nur in englischen Hirnen reifen und von „Staatsmännern“ in die Wege geleitet werden konnte, die eine Politik fortsetzen, die seit Jahrhunderten immer durch andere für sich hat die Kastanien aus dem Feuer holen lassen.“

„Die ganze Rechnung der englischen Kriegspolitik hat sich also in fast allen Punkten als falsch erwiesen. Obwohl sie sich das kaum mehr selber verhehlen können, ist leider nicht zu erhoffen, daß sie so bald die richtigen Lehren daraus ziehen werden, denn wenn man sich einmal so weit verrannt hat, dann gebiert immer ein Fehler den anderen. Nur wenn es gelingt, England die Fehler und das Verbrecherische seiner Kriegspolitik am eigenen Leibe derbe fühlbar zu machen, ist zu hoffen, daß es in andere Bahnen einlenkt, auf denen für die Zukunft ein dauernder verständiger Friede geschaffen werden kann.“ (Nr. 240.)

Um trotz der Nichtbeachtung, die „Echo“ und Parteinstanzen unserer ersten Meinungsäußerung hatten angeheißen lassen, den Versuch zu machen, wenigstens auf den einen oder anderen der Parteigänger der Redaktion einzuwirken, verfaßte Genosse Herz ein Exposé über die politische Lage, das er dem Vorsitzenden der Preßkommission, dem Vorsitzenden des Altonaer sozialdemokratischen Vereins und einigen anderen Genossen zustellte. Die Tendenz der Abhandlung ergibt sich aus den einleitenden Worten:

„Der große Fehler des „Echo“ besteht darin, daß es bedingungslos die offizielle Lösung akzeptiert hat, die die deutsche Regierung bei Kriegsentstehung ausgegeben, um den Krieg bei den proletarischen Massen populär zu machen. Die Lösung lautete: Verteidigungskampf Deutschlands gegen den Zarismus.“

Die Schwenkung des Blattes beim Wechsel der Regierungsparole wurde wie folgt charakterisiert:

„Der Leitartikler des „Echo“ kann in Folge des Ganges der Ereignisse den Krieg nicht mehr ausschließlich als Kampf gegen das Moskowitertum darstellen. England tritt immer mehr in den Vordergrund, und statt Rußland wird daher England von ihm mit den schärfsten Ausdrücken belegt und als „Krämervolk“, „perfides Albion“ usw. bezeichnet. Diese Art der Polemik, die die historischen Zusammenhänge verwischt und lediglich die nationalistischen Gefühle aufweckt, war früher die Eigentümlichkeit der alldeutschen Presse.“

Auch der vom Genossen Herz bei Ueberreichung des Exposé beim Vorstand des Altonaer Parteivereins gestellte Antrag auf Einberufung einer Vertrauensmännerversammlung zur Besprechung der politischen Lage wurde abgelehnt. Um gegenüber den nationalistischen Gedankengängen, die der Krieg bis in die Reihen der Sozialdemokratie getragen hatte, die alten sozialistischen Grundzüge auf die gegenwärtige Zeit anzuwenden, hatten sich die Genossen Laufenberg und Wolffsheim entschlossen, eine Korrespondenz gegen Imperialismus und Kolonialpolitik herauszugeben, die auch der Redaktion des „Echo“ zur Verfügung gestellt wurde. Die Redaktion hatte selbstverständlich, und wie ihr bekannt sein mußte, das Recht, die Artikel der Korrespondenz auf der die Namen der Herausgeber verzeichnet standen, nicht als redaktionelle Arbeiten, sondern unter Namensnennung der Verfasser zu veröffentlichen. Daß die Verfasser entgegen den späteren Behauptungen des „Echo“ sich nicht scheuten haben, für ihre Ansichten in voller Öffentlichkeit mit ihrem Namen einzutreten, zeigen die Broschüren „Imperialismus und Demokratie“ und „Demokratie und Organisation“, die im Selbstverlage erschienen sind.

Am 10. September leistete sich indessen die Redaktion eine schier unglaubliche Beschimpfung der Internationale. Mag man Entgleisungen ausländischer Genossen mit der gebotenen Schärfe zurückweisen, die Abwehr darf nicht zu einer Beschimpfung der Sache werden, der die Arbeiterschaft jahrzehntelang ihr bestes Können geopfert, die sie als ein heiliges Ideal betrachtet hat, einer Sache, die ihr nach dem Kriege notwendiger sein wird als je. Der Artikel des „Echo“ vom 10. September wird in dem Exposé des Genossen Herz wie folgt charakterisiert:

„Der in der Nr. vom 10. September enthaltene Artikel gegen die italienische Sozialdemokratie überbietet an Beschimpfungen alles, was sich irgend ein Agitator des verflorenen Reichsverbandes hätte leisten können. Die ganze italienische Bewegung wird hier als das Produkt „einer klientenloser Advokaten“ hingestellt, die das arme italienische Proletariat in ihrem Sonderinteresse ausbeuten. . . . Es macht sich auch sehr gut im Munde des „Echo“-Redakteurs, wenn dieser sich über die „hunds-gemeine Deutschenhege“ beschwert, die der „Avanti“ betreibt. Für den Redakteur des „Echo“ ist die von ihm betriebene Hege gegen die Engländer, Russen, Japaner usw. natürlich nur „Eintreten für eine gerechte Sache“. . . . Am bedenklichsten aber ist die Feststellung, die der Genosse Mehring in seiner gegen diesen Artikel gerichteten Protesterklärung (die das „Echo“ unterschlug. Verf.) in der Nr. des „Vorwärts“ vom 13. September hat machen müssen. Er betont dort die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie zur Zurückhaltung gegenüber den ausländischen Schwesterparteien und konstatiert dann weiter, daß ein von dem Leitartikler des „Echo“ verwandtes Zitat aus einem Aussatz von Engels aus dem gedanklichen Zusammen-

hang herausgerissen ist, und daß Engels in Wirklichkeit sich gerade im gegenteiligen Sinne ausgesprochen hat. „Das würde sofort,“ wie Mehring wörtlich sagt, „auch dem oberflächlichsten Leser einleuchten, wenn es möglich wäre, den oder die Artikel von Engels in ihrem vollen Wortlaut zu veröffentlichen. Da dies unmöglich ist, so soll man auch darauf verzichten, mit Sachen zu operieren, die aus dem gedanklichen Zusammenhange dieser Artikel herausgerissen sind.“

Daraufhin stellten die Genossen Laufenberg und Wolffheim die Zusendung ihrer Korrespondenz an das „Echo“ ein. Sie kündigten dies durch folgendes Schreiben an:

Mit-Rahstedt 5. Hamburg, den 12. September 1914.

An die Redaktion des „Hamburger Echo“, Hamburg.

Parteigenossen!

Wir stellen fest, daß Sie zwar gewillt waren, ohne unser Vorwissen und gegen unseren ausdrücklichen Willen eine gegen Ihre und die Politik der Regierung gerichtete Erklärung zu veröffentlichen, als sich annehmen ließ, daß diese Veröffentlichung nicht nur den Unterzeichnern der Erklärung, sondern auch der Gesamtpartei Schwierigkeiten bereiten würde; daß Sie aber jeder Veröffentlichung unseres sachlichen Standpunktes, zu der wir Ihnen durch zwei Nummern unserer Korrespondenz ausgiebig Gelegenheit gaben, peinlich aus dem Wege gegangen sind.

Wir stellen weiter fest, daß Sie unser Anerbieten, vor den Vertrauensleuten der Partei als der aussichts führenden Vertretung der Eigentümer und Auftraggeber des „Hamburger Echo“ unseren Standpunkt darzulegen, in Würdigung Ihrer eigenen Position völlig außer acht gelassen haben.

Nachdem Sie die letzte wohl abgewogene, in der Form äußerst maßvolle und im Inhalt vorsichtige und zurückhaltende Erklärung des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie mit Ausführungen beglittert haben, die sich in der Form als eine grobe Beschimpfung der Internationale und als eine Verhöhnung der Solidarität der Proletarier aller Länder kennzeichnen, und die im Inhalt auf das Niveau des antisozialistischen Chauvinismus herabsinken, verzichten wir auf jeden weiteren Versuch, die Grundsätze des internationalen Sozialismus bei Ihnen in der Erinnerung zu erhalten.

Wir haben daher die Zusendung der Korrespondenz an Sie eingestellt.

Mit den besten Wünschen für die internationale Solidarität des Proletariats

Dr. S. Laufenberg. J. Wolffheim.

Auch dieses Schreiben ging den Parteivorständen zu. Der Hamburger Landesvorstand erhielt somit am 26. September wiederum Kenntnis davon, daß wir vor den Vertrauensleuten der Partei unsere Anschauungen zu vertreten wünschten. Er ging ebenso wie die Redaktion des „Echo“ auch diesmal schweigend über unser Verlangen hinweg, um später, als die Organisationen in Bewegung gerieten, sein Verhalten damit zu begründen, daß wir keinen „Antrag“ gestellt hätten, wie es offenbar die bürokratische Schablone von Genossen verlangt, die es ablehnen, die Erinnerung an die Grundsätze der Partei als „Schablonenpolitik“ zu kennzeichnen.

Gegenüber der schweigenden Billigung, die die chauvinistische Englandhege und die Beschimpfungen der Internationale durch das „Echo“ bei den Vorständen und der Preßkommission fanden, sei hingewiesen auf das im „Vorwärts“ am 17. September veröffentlichte Manifest der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands. Die englischen Arbeiter senden in diesem Dokument, das strenge Kritik an der Haltung der englischen Regierung, wie an der Geheimdiplomatie überhaupt übt, den Sozialisten Deutschlands, über das Gebrüll der Kanonen hinweg, ihre Sympathien zu:

„Man sagt uns, der internationale Sozialismus sei tot, alle unsere Hoffnungen und Ideale seien vernichtet worden durch den Mord und Brand des europäischen Krieges. Das ist nicht wahr. In Tränen und Blut und Bitterkeit wird die größere Demokratie geboren werden. Mit ungebrochener Zuversicht grüßen wir die Zukunft. Unsere Sache ist heilig und unvernichtbar und unsere Arbeit ist nicht vergeblich gewesen. Es lebe die Freiheit und die Brüderlichkeit, es lebe der internationale Sozialismus.“

VI.

Die Militarisierung der Jugend.

Der Burgfriede war das Mittel, durch das die bürgerlichen Klassen sich der Notwendigkeit entzogen, staatsbürgerliche Gleichheit in dem Augenblick zu gewähren, wo sie über Gut und Blut der Massen im weitesten Umfang verfügten. Er sicherte der Klassenherrschaft die alten Grundlagen und die alte Machtfülle. Er hob den Gegensatz der Klassen für die Kriegsdauer nicht nur nicht auf, er führte vielmehr die Klassenpolitik des Bürgertums wider die Arbeiter in den bisherigen Bahnen weiter. Tief vor dem Kriege das Bürgertum Sturm gegen das Koalitionsrecht, forderte es das Streikverbot für bestimmte Arbeiterschichten, und die Militarisierung von Arbeitern in bestimmten Streiffällen, so sollte jetzt die Mobilisierung des Volkes dazu benutzt werden, um der Militarisierung der Arbeiterschaft die Bahn zu brechen. Gelang der Plan der Regierung, die jugendlichen Arbeiter bis zum heerespflichtigen Alter zu militarisieren, dann hatte damit das Koalitionsrecht der Arbeiter einen weiteren tiefen Riß erhalten.

Der Politik der Militarisierung der Jugend hatte das „Echo“ keinen Widerstand und keine Argumente entgegenzusetzen. Auf Grund seiner allgemeinen Politik war es allen Maßnahmen der Regierung auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Die bedingungslose Akzeptierung des Burgfriedens, die rüchhaltlose Deckung der Regierungspolitik war gleichbedeutend mit der Preisgabe des Charakters der Sozialdemokratie als einer grundsätzlichen Oppositionspartei. Wie dies notwendig zu einer Verwischung der Parteilinien in der inneren Politik führte, so ließ es die Sozialdemokratie als eine jeder bürgerlichen Partei gleichartige Partei erscheinen, stellte die proletarische Jugendbewegung als wesensgleich neben die bürgerliche. Mit der Illusion, daß wir schon heute „dem Geiste nach“ ein wirkliches Volkshier hätten, war im Prinzip die Notwendigkeit der militärischen Ausbildung der Jugend anerkannt. Die praktische Rückwirkung der Politik des „Echo“ auf die Organisationen zeigte sich sehr schnell an einer für die proletarische Klassenbewegung höchst bedeutsamen Stelle.

Am 16. August erschien ein Erlaß der preussischen Minister des Kultus, des Krieges und des Innern, wonach die Jugendlichen vom 16. Lebensjahre an aufgefordert werden, sich zu freiwilligen militärischen Übungen zu melden. Dabei sollte nach den beigegebenen Richtlinien in erster Linie auf den Geist der Jugendlichen eingewirkt werden. „Vor allen Dingen ist ihre Vaterlandsliebe, ihr Mut und ihre Entschlossenheit anzufeuern; ihre Hingabe für das Vaterland, für Kaiser und Reich zu entflammen durch den

Gedanken an die ungeheure Gefahr, in der diese sich befinden. In den Abendstunden hat einfacher theoretischer Unterricht über Feld-, Wach- und Lagerdienst stattzufinden. Vor allen Dingen aber ist auf die Herzen der Jugend durch Erzählungen von Großtaten der Väter einzuwirken, durch Mitteilung von Kriegsnachrichten der Zorn gegen den Feind zu entfachen, der, zumal im Osten, wo er deutschen Boden betritt, alle Dörfer in Flammen aufgehen läßt und die Einwohner vertreibt oder tötet.“ Organisatorisch sollte sich das neue Unternehmen auf der vorhandenen staatlichen Jugendpflege-Organisation aufbauen.

Wie bekannt geworden ist, lehnte die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands eine Beteiligung ab, ein Beschluß, der sich zumal angeht die ministeriellen Richtlinien von selbst verstand.

Bald nach ihrer Konstituierung schuf nun die Kriegshilfe in Hamburg einen Unterausschuß für Jugendpflege, der mit dem alle bürgerlichen Vereine zusammenfassenden Landesverband für Jugendpflege in Verbindung trat. In den Unterausschuß der Kriegshilfe für Jugendpflege, die sich zuerst als eine rein wirtschaftliche Hilfsaktion gegen Not und Arbeitslosigkeit gab, wurden als Vertreter der organisierten Arbeiterschaft die Genossen Krause, Redakteur des „Echo“, und Henje, Vorsitzender der Kartellkommission der Hamburger Gewerkschaften, entsandt. Unter der Leitung des Landesverbandes errichteten die einzelnen bürgerlichen Vereine, darunter auch der von den Organisationen besichtigte Unterausschuß der Kriegshilfe für Jugendpflege, Jugendwehrrkompagnien. Außerdem stellte der Landesverband für Jugendpflege den Leitern der Abteilungen des proletarischen Jugendbundes Werbematerial zu: Stammrollen, Unteruchungsscheine, Verpflichtungsscheine zum Eintritt sowie Anfragen, ob die Leiter zur Bildung selbständiger Jugendwehrrabteilungen bereit seien. Die Namen und Adressen wurden ihm durch Vermittlung des Genossen Krause unter offensichtlicher Ueberschreitung der ihm und dem Genossen Henje erteilten Vollmacht zugänglich gemacht. Für alle Jugendwehrrkompagnien galten nicht nur die ministeriellen Richtlinien, sondern auch die Anweisungen, die das Generalkommando des 9. Armeekorps für die Bildung von Jugendwehren herausgab und die die Jugendwehren dem Heeresystem einordneten. Für den Bezirk Hamburg erließ diese Anweisungen der Oberst Grünig, der Leiter des Bezirks Hamburg der Jugendwehr des 9. Armeekorps. Die Anweisungen des letzteren stehen vollkommen im Einklang mit den Anweisungen für das Gebiet des gesamten 9. Armeekorps. Für dieselbe Sache firmierte nicht das Generalkommando, sondern ein ihm unterstellter Oberst. Die auf Grund dieses Sachverhalts in dem folgenden Schriftwechsel zutage tretende Ausflucht, die Anweisungen des Generalkommandos hätten für Hamburg keine Geltung, ist daher eitel Spiegelfechterei und ein ebenso plummes wie unverfrorenes Täuschungsmanöver. Gegenüber der gleichfalls später auftauchenden Behauptung, daß die proletarischen Jugendorganisationen ihre „volle Selbständigkeit“ hätten bewahren sollen, genügt es, auf den einseitigen Abschnitt der für den Bezirk Hamburg herausgegebenen Anweisung des Obersten Grünig hinzuweisen: „Die Vereine jeder Parteirichtung sind zu erhalten und zu stärken. Die ihnen angehörigen Jugendlichen vom vollendeten 15. Lebensjahr ab bilden Züge — bis zu 70 Mann — oder Kompagnien — über 70 bis etwa 140 Mann. Soweit die zur Anmeldung gekommenen Jugendlichen keinem Verein beitreten, werden sie im Stadtgebiet Hamburg in Anlehnung an die Bezirkseinteilung der Kriegshilfe in Züge und Kompagnien unter Zug- bzw. Kompagnieführer zusammengefaßt.“ Unter Beibehaltung des Namens waren dem proletarischen Jugendbund die Aufgaben der Jugendwehr unterschoben, wäre die proletarische Jugendorganisation der ausschließlichen Kontrolle der Arbeiterschaft entzogen und dem preußischen Kommiß ausgeliefert worden.

Aufmerksamkeit und Befremden erregte zuerst eine Notiz im Tagesbericht des „Echo“ vom 4. September, wo in Anknüpfung an Unfälle beim Kriegsspiel der Kinder gegen diese Waffenspiele, die in der Arbeiterpresse

bis dahin abgelehnt worden waren, nichts eingemendet und nur aufgefordert wurde, die Eltern möchten die „Neigung zu Robeiten“ unterdrücken. Denn die Kriegsspiele der Schulkinder „gehören zu der Erziehung zur Wehrhaftigkeit, die wir stets, auch in unserem Parteiprogramm gefordert haben“.

Am 15. September erschien an der Spitze der Beilage des „Echo“ unter der Ueberschrift „Jugendfürsorge der Kriegshilfe“ der Aufruf des Generalkommandeurs zur Bildung von Jugendwehren und in Verbindung damit redaktionelle Bemerkungen, aus denen die Öffentlichkeit entnehmen mußte, daß die Instanzen der Partei, der Gewerkschaften und des Arbeiterjugendbundes sich im Rahmen der Kriegshilfe an der Bildung von Jugendwehren beteiligen wollten. So brachte zum Beispiel die „Chemnitzer Volksstimme“ am 19. September auf Grund dieser Veröffentlichung die Mitteilung: „An der Oberleitung der Jugendmiliz in Hamburg nehmen der dortige Parteivorstand, das Gewerkschaftskartell und die Jugendorganisation teil.“

Nach weiteren ähnlichen Veröffentlichungen im „Echo“, die sich mit der militärischen Vorbildung der Jugend befaßten, ging dem Blatte am 25. September die folgende Erklärung zu:

H a m b u r g - A l t - R a h l s t e d t, 25. Sept. 1914.

Im „Hamburger Echo“ vom 15. September wird ein Aufruf zur Bildung einer Jugendwehr im Bereiche des 9. Armeekorps veröffentlicht und mitgeteilt, daß in Hamburg unter Teilnahme der sozialdemokratischen Partei, des Gewerkschaftskartells und des Arbeiterjugendbundes ein im Rahmen der Kriegshilfe wirkender Jugendpflegeauschuß sich der geistigen, wirtschaftlichen und körperlichen Pflege der Jugendlichen annehmen will.

Am 16. September wird ergänzend mitgeteilt, unsere Jugendorganisation solle in der neuen Einrichtung nicht aufgehen, vielmehr bei völliger Selbständigkeit wie bisher und bei völliger Gleichberechtigung mit anderen Organisationen auf gewissen Gebieten zusammen arbeiten.

Am 20. September wird in einem Artikel über die Jugendfürsorge während der Kriegszeit dargelegt, wie diese Zusammenarbeit gedacht ist. Hier heißt es: „Alle Fragen der Erziehung zur Wehrhaftigkeit, zu der vom Generalkommando des 9. Armeekorps durch Aufruf zur Bildung von Jugendwehrabteilungen aufgefordert ist, werden von den bestehenden Organisationen unter eigener Leitung und eigener Verantwortlichkeit völlig selbständig erledigt. Alle Vergünstigungen, die der Erreichung des genannten Zweckes dienen, wie zum Beispiel billigere oder freie Eisenbahnfahrten zu Ausflügen, für Märsche und Geländespiele und Übungen sollen ebenfalls allen Organisationen ohne Unterschied der Parteirichtung zugute kommen.“

Die Beschlüsse der organisierten Arbeiterschaft im Städtegebiet haben, auch soweit die körperliche Erziehung in Frage kommt, die Tätigkeit des Arbeiterjugendbundes ausschließlich auf die Bildungsarbeit gestellt. Auf Grund dieser Beschlüsse haben die Eltern die Jugendlichen der Organisation zugeführt. Die Tätigkeit der Jugendorganisation wird jetzt eine von der bisherigen grundsätzlich verschiedene. Innerhalb der Hamburger Kriegshilfe waren ihr nach den bisherigen Veröffentlichungen Aufgaben erzieherischen und humanitären Charakters zugewiesen, die dem herrschenden Notstand entgegenwirkten und sich im Rahmen der Ziele und Zwecke der Jugendorganisation bewegten. Nunmehr wird der Arbeiterjugendbund ein Glied der militärischen Jugendwehr. Er tritt damit folgerichtig auf den Boden der Anweisungen, die das Generalkommando für die Bildung von Jugendwehrabteilungen erlassen hat.

Da die Arbeiterorganisationen keine Gelegenheit gefunden haben, in dieser Angelegenheit ihre Auffassung und ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, stelle ich als Mitglied des Zentralbildungsausschusses der sozial-

demokratischen Partei, der sich mit den Fragen der Jugendbildung zu befassen hat, fest:

Es besteht keine Gewähr, daß die organisierte Arbeiterschaft im Städtegebiet die grundsätzliche Aenderung der Tätigkeit des Jugendbundes billigt, und daß sie die Auffassung teilt, auch auf den neuen Grundlagen sei die Selbständigkeit des Arbeiterjugendbundes gewährleistet.

Dr. H. Laufenberg.

Diese Erklärung erschien am 27. September, und zwar im Sprechsaal des „Echo“, mit folgender Anmerkung der Redaktion:

Von den durch die Vorstände der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften mit ihrer Vertretung in der Kriegshilfe betrauten Parteigenossen wird uns dazu mitgeteilt: Die Beschlüsse über Arbeiten und Maßnahmen zwecks Jugendfürsorge während der Kriegszeit sind genau so zustande gekommen und von den gleichen Faktoren — Parteivorstände, Gewerkschaftsartell und Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen — gefaßt wie alle anderen bisherigen Beschlüsse über die Bildungsarbeit und Jugendfürsorge in der organisierten Hamburger Arbeiterschaft. Weiter wird uns mitgeteilt, daß Genosse Dr. Laufenberg irrt, wenn er meint, daß eine grundsätzliche Aenderung der Tätigkeit des Jugendbundes beabsichtigt ist. Auch fortab wird vielmehr alle Arbeit in den Arbeiterjugendabteilungen Bildungs- und Erziehungsarbeit sein, die hinsichtlich der Körperpflege mit Hilfe vom Staat zur Verfügung gestellter sachlicher Bildungsmittel erweitert werden kann, aber durchaus unter Wahrung völliger Selbständigkeit der Arbeiterjugendabteilungen erfolgen wird. Grundsätzliche Bedenken gegen diese Bildungsarbeit können und werden um so weniger bestehen, als die Teilnahme an den der Stählung des Körpers dienenden Übungen für die Jugendlichen eine ganz freiwillige ist, und diese sich durchaus im Rahmen der im Programm der sozialdemokratischen Partei geforderten Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit bewegen.

Diese Anmerkung der Redaktion veranlaßte folgende Entgegnung:

Hamburg-Alt-Rahlstedt, 28. September 1914.

Zu meiner in der Sonntagsnummer veröffentlichten Erklärung weisen die Redaktion des „Hamburger Echo“ und die in die Kriegshilfe delegierten Genossen gemeinsam darauf hin, daß die Beschlüsse über die Maßnahmen der Jugendfürsorge während der Kriegszeit durch Parteivorstände, Gewerkschaftsartell und Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen in gleicher Weise wie alle das Bildungswesen und die Jugendfürsorge berührenden Beschlüsse zustande gekommen seien. Nach wie vor werde alle Arbeit in den Jugendabteilungen Bildungs- und Erziehungsarbeit sein, die unter Wahrung der Selbständigkeit der Jugendbundabteilungen hinsichtlich der Körperpflege „mit Hilfe vom Staat zur Verfügung gestellter sachlicher Bildungsmittel“ erweitert werde. Grundsätzliche Bedenken bestünden um so weniger, als die Teilnahme an den Übungen eine freiwillige sei und sich durchaus „im Rahmen der im Programm der sozialdemokratischen Partei geforderten Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit“ halte.

Es wird nicht bestritten, daß die Jugendbundabteilungen als Glieder der militärischen Jugendwehr in unmittelbare Beziehungen zur Armee treten, gewissermaßen einen Teil der Heeresorganisation selber bilden. Diese Tatsache allein würde zum Beweise genügen, daß es sich um einen Wandel grundsätzlicher Art handelt. Wie jedes Mitglied der Partei werden auch die in die Kriegshilfe delegierten Genossen die selbstverständliche Pflicht anerkennen, ihr Handeln nach den von den Organisationen gegebenen Richtlinien einzurichten. Ein Recht, Beschlüsse der Organisationen im Wesen und aus eigener Machtvollkommenheit zu ändern, müßte in kritischen Zeitläuften wie den gegenwärtigen doppelt bestritten werden. Wie die Arbeiter-

organisationen selbst, sind auch die Parteigenossen, die Träger der Organisationsarbeit und damit Anreger der Fortentwicklung des Jugendbundes waren, die Leiter des Arbeiterjugendbundes, bisher in dieser Angelegenheit nicht zu Rate gezogen worden.

Der Anstoß zur Bildung von Jugendwehrabteilungen geht von den Militärbehörden aus. Schon jetzt wenden sie sich mit aller Bestimmtheit gegen das Entstehen sogenannter „wilder“ Organisationen. Besondere Bestimmungen über die polizeiliche Stempelung der zu tragenden Armbinden sind nachdrücklich der Beachtung der Behörden empfohlen, um durch ihre strengste Befolgung das Auskommen von Sonderorganisationen zu verhindern. Dem Prinzip dieser militärischen Vorbildung zustimmen, heißt also, um der in Aussicht gestellten geringen Vergünstigung willen ihre praktischen und organisatorischen Folgen in Kauf nehmen. Es heißt ferner, gegen die Milizforderung des Parteiprogramms verstoßen, und zwar um so mehr, als die Partei jede Anlehnung unserer Jugendorganisationen an das bestehende Militärsystem wiederholt und einhellig zurückgewiesen hat.

Die Militärbehörden hegen die Absicht, die Jugendlichen kompagnieweise zusammenzufassen, sie einer Stammrolle auf Grund ärztlicher Untersuchung zu unterwerfen, sie außer durch polizeilich gestempelte Armbinden gegebenenfalls durch eine einheitliche Tracht kenntlich zu machen. Auch die Jugendlichen der kleinsten Orte der Landbezirke sollen zur militärischen Vorbereitung herangezogen, die mehr als 17 Jahre alten Jugendlichen von den jüngeren Jahrgängen getrennt werden. Als Lehrer zählt man auf ehemalige Unteroffiziere und Gefreite. Die Teilnehmer der Jugendwehr unterwerfen sich einem geregelten Dienst, der nach Maßgabe ihrer körperlichen Kräfte militärischer Hilfsdienst und — der Inhalt des Wortes läßt sich nicht übersehen — „Arbeitsdienst“ sein soll. Die im Berufe stehenden oder noch auf der Schule befindlichen „Freiwilligen“ sollen in den Abendstunden oder unter Rücksichtnahme auf den örtlichen Gottesdienst an den Sonntagen ausgebildet werden. Ueber die geistige Beeinflussung heißt es in den amtlich herausgegebenen Richtlinien: „In den Abendstunden hat einfacher theoretischer Unterricht über Feld-, Wach- und Lagerdienst stattzufinden. Vor allen Dingen aber ist auf die Herzen der Jugend durch Erzählung von den Großtaten der Väter einzuwirken, durch Mitteilung von Kriegsnachrichten der Zorn gegen den Feind zu entfachen, der, zumal im Osten, wo er deutschen Boden betritt, alle Dörfer in Flammen aufgehen läßt und die Einwohner vertreibt oder tötet.“ Die Kosten der Institution sollen, da das Kriegsministerium bisher außer Reisekosten für Offiziere Mittel nicht bewilligt hat, durch private Sammlung oder durch Zuwendung aus den öffentlichen Mitteln der Gemeinden aufgebracht werden. Die Jugendlichen selbst werden durch Handschlag sowie durch Unterzeichnung eines Scheines verpflichtet, der vielleicht in der Fortbildungsschule vorgelegt wird und den freiwilligen Rücktritt erschwert. Bei den nahen Beziehungen der Jugendwehr zum Heer und ihrer Unterstellung unter das Stellvertretende Generalkommando müssen die Freiwilligen, sofern sie als solche durch Armbinde kenntlich sind, die Offiziere grüßen. Die vorgeschriebenen Übungen gelten als „Dienst“; grundloses Fehlen wird bestraft. Als Strafen kommen in Frage: Verweis vor versammelter Kameradschaft, strenger Verweis vor versammelter Kompagnie, Straferzieren bis zu einer halben Stunde, Strafanreten, gegebenenfalls mit Sachen. Wohl zum Ersatz dieser Strafen können mit Jugendlichen bemittelten Standes Geldstrafen vereinbart werden. Elemente, die Zucht und Geist der Truppe gefährden, unterliegen der Ausstoßung. Die Strafen werden in der Stammrolle vermerkt. Hierüber hat der militärische Leiter des Bezirks III des Generalkommissariats verfügt: „Die örtlichen Leiter der militärischen Vorbereitung der Jugend werden über die Beteiligung an den Veranstaltungen für die militärische Vorbereitung den einzelnen jugendlichen Teilnehmern seinerzeit Bescheinigungen ausstellen, die ihnen bei dem späteren Eintritt in das Heer oder die Marine als Empfehlung dienen.“

Von Rechten der Arbeiterorganisationen ist nicht die Rede. Den Rechtsboden der Institution bildet einzig die militärische Kommandogewalt. Alle Schlußfolgerungen kann ich danach dem Urteil des Lesers überlassen.

Dr. S. Laufenberg.

Die Aufnahme dieser von der „Bremer Bürgerzeitung“ veröffentlichten Entgegnung wurde von der „Echo“-Redaktion durch folgendes Schreiben abgelehnt:

Hamburg 36, den 29. September 1914.

Herrn Dr. S. Laufenberg, Alt-Rahlstedt.

Werter Genosse!

Die Redaktion ist nicht in der Lage, Ihre Entgegnung zum Abdruck zu bringen, weil die darin erhobenen Bedenken sich auf Sagenen, Bestimmungen und Anweisungen gründen, die für die Jugendabteilungen der Hamburger Arbeiter-Bildungskommission keinerlei Geltung haben, und zwar zum Unterschied vom Bereich des Bildungsausschusses für Schleswig-Holstein. Was in Hamburg und den ausdrücklich von der Militärbehörde ausgenommenen preussischen Nachbargemeinden geschehen soll, ist nach unserer Information durch die parteigenössischen Vertreter in der Kriegshilfe gegenwärtig noch Gegenstand von Verhandlungen mit den Organen der Arbeiterjugendorganisationen, die durch die Veröffentlichung der Entgegnung und eine darauf erfolgende öffentliche Polemik in verwirrender Weise gestört werden müßten.

Mit Parteigrüß!

Redaktion des „Hamburger Echo“.

(gez.) J. A.: J. Reitze.

Darauf erhielt die Redaktion folgende Antwort:

Hamburg-Alt-Rahlstedt, 2. Oktober 1914.

Herrn Redakteur Reitze, Hamburg.

Werter Genosse!

Ich empfang Ihr Schreiben vom 29. v. M., in dem Sie im Auftrage der Redaktion die Veröffentlichung einer klarstellenden Entgegnung ablehnen. Trotz der bestimmten Form, in welcher die Redaktion ihre Behauptung aufstellt, halte ich mich verpflichtet, Sie auf folgendes aufmerksam zu machen. Es ist nicht richtig, daß die von mir erhobenen Bedenken sich auf amtliche Schriftstücke gründen, die für Hamburg und seine preussischen Nachbargebiete keine Geltung besitzen. Der bekannte Erlaß des preussischen Ministeriums gilt für die gesamte Monarchie, also auch für die Umgebung Hamburgs; er ist bis heute weder ganz, noch in irgend einem Teile, noch für irgend einen Landstrich zurückgenommen. Die Anweisung des Generalkommandos des 9. Armeekorps bezieht sich auf den ganzen Bereich des letzteren; auch hier sind keinerlei örtliche Ausnahmen gemacht. Selbst wenn von untergeordneten Stellen Zusagen in Ihrem Sinne erfolgt sein sollten, so besagen doch die veröffentlichten maßgebenden amtlichen Schriftstücke bis heute das Gegenteil.

Die tatsächliche Unrichtigkeit Ihrer Auffassung ergibt schon der Umstand, daß die amtlichen Erlasse, auch soweit Hamburg und seine preussischen Nachbargebiete in Frage stehen, für Jugendwehren bürgerlichen Charakters, wie Sie selbst zugeben, in vollem Umfange Geltung haben. Daß für Jugendwehren der Arbeiter-Bildungskommission unter derselben Zentralleitung besondere Regeln gelten sollen, ist einmal eine organisatorische Unmöglichkeit und widerspricht dem klaren Wortlaut der Anweisung des Generalkommandos, wonach die Polizei angewiesen wird, das

Aufkommen „wilder Organisationen“ zu verhindern. So werden auch tatsächlich schon jetzt Schritte vom Landesverband der Jugendwehren unternommen, um die proletarischen Jugendbundabteilungen der Zentralstelle des Landesverbandes „im Sinne der Anweisungen des Generalkommandos“ — und offenbar ohne Vorwissen der Vertreter unserer Organisationen in der Kriegshilfe — anzugliedern. Zum Beweise hierfür legen wir Ihnen die Kopie einer Karte bei, die der Vertreter des Landesverbandes für den Bezirk St. Georg unseren Jugendlichen in diesem Bezirke übergeben hat.

Neben diesen prinzipiellen Gesichtspunkten sind von Bedeutung die praktischen Folgen der Unterstellung unserer Abteilungen unter das Generalkommando. Von den Rechten der Arbeiterorganisationen ist in den Erlassen nirgends die Rede — wenn man von den belanglosen Ermäßigungen der Bahnpreise und der Turnhallenbenutzung, sowie der Verbilligung der Generalkastarten absieht —, dagegen um so mehr von Pflichten, die den Jugendlichen durch Handschlag und Unterschrift auferlegt werden. Auch von einer Verpflichtung der Militärbehörde, die von uns gestellten Leiter beizubehalten, ist in den Erlassen nichts enthalten. Auch wenn die Militärbehörde dazu übergeht, ihr nicht genehme Leiter zu beseitigen, dauert im Sinne der Militärbehörde und damit unter dem Druck der Schulbehörde die Verpflichtung der Jugendlichen fort.

Das Vorgehen der Behörden geschieht nach einheitlichem Plan über das ganze Reich. Zweck und Ziele liegen handgreiflich zutage: die Zerstörung und dauernde Anschädlichmachung der proletarischen Jugendorganisationen. Läßt sich die stärkste Jugendorganisation Deutschlands, die zugleich die am straffsten organisierte und deshalb die zur Abwehr berufene ist, durch das so kärglich wie möglich bemessene Zuckerbrot magerer Scheinkonzessionen zur Unterstützung der Militarisierung der Jugend und damit zu dem im Regulativ des Generalkommandos vorgesehenen „Arbeitsdienst“ (Streikbrechervermittlung) herbei, so werden in den schlecht oder gar nicht organisierten Orten Peitsche und Polizeistiefel im Namen der Kultur das übrige besorgen.

Meine Entgegnung steht Ihnen nach wie vor zur Veröffentlichung zur Verfügung. Sollte die Redaktion auch nach dieser Information darauf verzichten, die ihr zum Zweck der Veröffentlichung überlieferte Entgegnung aufzunehmen, so muß ich annehmen, daß sie ihre Meinung über den Wert der Veröffentlichung ihr überlieferten Erklärungen in überraschend kurzer Zeit geändert hat.

Mit Parteigruß!

Dr. S. Laufenberg.

Inzwischen hatten sich am 29. September die Leiter des Jugendbundes mit der Jugendwehr beschäftigt und nach einem Referat des Genossen Henle, der die militärische Vorbildung befürwortete, nach heftiger Debatte eine Resolution angenommen, in der sich die Leiterschaft scharf gegen jede Beteiligung an den Übungen aussprach.

Diese klare Entscheidung der zur Beurteilung der Angelegenheiten des Arbeiterjugendbundes in erster Linie berufenen Genossen hinderte nicht, daß im reaktionellen Teil des „Echo“ fortgesetzt Zuschriften erschienen, die für die von der Kriegshilfe eingerichteten Jugendwehrabteilungen Propaganda machten. So am 4., 5., 6. und 7. Oktober.

Am 3. und 4. Oktober wurden in zwei Artikeln „Stimmen zur militärischen Jugendziehung“ zitiert, darunter Auslassungen von Wilhelm Liebknecht, Karl Rautsky und Bruno Schoenlant, Friedrich Engels, August Bebel, womit ersichtlich der Eindruck hervorgerufen werden sollte, als vertrage sich die geplante „militärische Vorbildung“ durchaus mit den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei.

Besonders charakteristisch ist „ein Hilferuf aus dem Hammerbrook“, eine Zuschrift, die offenbar von dem bekannten Leiter des Volksheims, Walter Classen, stammt und in auffälligem, durchschossenem Druck an der Spitze des Tagesberichts veröffentlicht wurde. Darin heißt es:

„Gern und mit Begeisterung sind die Jugendlichen des Hammerbrook dem Rufe des Kommandierenden Generals zum Beitritt zur Jugendwehr gefolgt. Schnell und bereitwillig waren die nötigen und tüchtigen Führer zur Stelle, und bereits am Sonntag, den 26. September, war die Hammerbrooker Jugendkompagnie mit drei vollen Zügen beim Exerzieren versammelt, und, soviel wir wissen, als überhaupt erste Kompagnie in Hamburg fertig. Frisch und eifrig wird Sonntags wie wochentags geübt, und sichtlich mit Erfolg.“

Von der Jugendwehr in Einsbüttel wird, ebenfalls am 6. Oktober, im Tagesbericht des „Echo“ mitgeteilt:

„Die erste Kompagnie übte, wenn auch der Regen ständiger Begleiter war, mit Eifer auf dem Altonaer Exerzierplatz unter dem Befehl militärisch vorgebildeter Herren. Die Genauigkeit der Übungen und der fröhliche Ton in den Pausen bewiesen das gute Verhältnis zwischen den Führern und den Jugendlichen. Nachmittags wurde eine Instruktionsstunde und eine Übungsstunde abgehalten.“

Daraufhin sahen sich die Genossen Laufenberg und Wolffsheim veranlaßt, das ihnen bekannte Material am Bezirksabend des Oktober in ihren Bezirken zur Kenntnis zu bringen und die Vertrauensleute mehrerer Distrikte aufzufordern, sich mit der Frage der Militarisierung der Jugend zu beschäftigen. Auch mehrere Leiter des Jugendbundes erhoben in ihren Parteibezirken Einspruch gegen die militaristische Agitation.

VII.

Die Demokratie der Bezirke.

Der erstaunliche Eifer des „Hamburger Echo“, die proletarische Jugend unter die Fittiche des preussischen Militarismus zu bringen, rief in der Mitgliedschaft Erstaunen und Erregung hervor. Die Väter der organisierten Jugendlichen ebenso wie ihre Söhne, waren über die Zumutung, militärische Übungen vornehmen zu sollen, empört. Diese Empörung kam bereits auf dem Bezirksabend im Oktober, auch dort, wo keine Referenten zu dieser Angelegenheit das Wort nahmen, spontan zum Ausdruck. Wenn später mehrere Distrikte des ersten und dritten Wahlkreises, repräsentiert durch ihre Vertrauensleute, sich scharf gegen alle Versuche, die Jugend zu militarisieren wandten und unserer Auffassung beitraten, so läßt sich dies nur erklären durch die Erregung, die der Versuch der Redaktion des „Echo“ und der Vorstände, die das Vorgehen der Redaktion und der Vertreter der Organisationen im Jugendpflegeauschuß schweigend deckten, hervorgerufen hatte, diktatorisch über eine Organisation zu verfügen und ohne daß die Mitgliedschaft selber Gelegenheit erhielt, dazu Stellung zu nehmen. Die Mitgliedschaft

empfang, daß hier der Versuch unternommen wurde, das Selbstbestimmungsrecht der Organisationen, das Grundrecht der Demokratie, unter dem Schutze des Kriegszustandes auszuschalten, um eine proletarische Organisation auf eine Bahn zu drängen, die zwar der Reichsregierung außerordentlich sympathisch, dem proletarischen Klassenkampf aber desto schädlicher war.

Die Niederlage, die den Vorständen und der Redaktion des „Echo“ durch die Demokratie der Bezirke bereitet wurde, spricht sich in der nun endlich im „Echo“ am 24. Oktober veröffentlichten Erklärung der Parteivorstände und der Kommission des Gewerkschaftskartells aus. Sie lautet:

Mit dem Ersuchen um Veröffentlichung geht uns folgende Erklärung zu:

„Die Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen hat sich in eingehender Beratung mit der in jüngster Zeit von der Hamburgischen Kriegshilfe und mehreren preussischen Ministerien behandelten Frage einer erweiterten Jugendfürsorge beschäftigt. Sie ist einstimmig zu der Auffassung gelangt, daß die in den ihr angeschlossenen Arbeiterjugendorganisationen seit vielen Jahren schon zur Erzielung einer harmonischen Durchbildung aller Kräfte des Geistes, Gemüts und des Körpers geübte Jugendpflege sich aufs beste bewährt hat und darum fortzusetzen ist. Ein Anschluß an die von den Bezirksstellen der Kriegshilfe neugegründeten Jugendwehrabteilungen oder auch die Bildung von besonderen Jugendwehren aus Mitgliedern des Jugendbundes muß nach Ansicht der Zentralkommission diese Arbeit stören, und kann schon aus diesem Grunde für die Arbeiterjugend von Hamburg-Altona nicht in Betracht kommen. Die Zentralkommission ist aber der Ansicht, daß eine stärkere Betonung der körperlichen Ausbildung in der Arbeit an der weiblichen wie vor allem der männlichen Arbeiterjugend durchaus zu wünschen ist. Wenn die auf diesem Gebiet von vornherein von der Zentralkommission gehegten Pläne nicht verfolgt, geschweige denn ausgeführt werden konnten, so liegt das daran, daß der Arbeiterjugend die nötigen Räume und sonstige förderliche Möglichkeiten nicht zur Verfügung standen. Bei einer Aenderung der Stellungnahme der Behörden zu dieser Frage und zu den Bestrebungen der Arbeiterjugendorganisationen würde die Zentralkommission die Möglichkeit einer erweiterten und systematischen Pflege der körperlichen Ausbildung, wie sie ihrer ganzen Arbeit an der Jugend entspricht, mit Freuden begrüßen und im Zusammenwirken mit den Arbeiterturnvereinen nach Kräften benützen. Die nötigen Verhandlungen mit den Behörden und den Arbeiterturnvereinen sollen schleunigst eingeleitet werden.

Für die arbeitslosen Mitglieder der der Zentralkommission angeschlossenen Jugendabteilungen sind während der Kriegszeit besondere tägliche Veranstaltungen getroffen, die in der Richtung unserer bisherigen Arbeit liegen, auf dem Gebiet der körperlichen Ausbildung aber erweitert werden könnten, weil die Oberschulbehörde mehrere Turnhallen für diese Zwecke der Zentralkommission zur Verfügung gestellt hat.

Die regelmäßige Teilnahme der Mitglieder unserer Jugendabteilungen an diesen Veranstaltungen befreit nach den Beschlüssen des Jugendpflege-Ausschusses der Hamburgischen Kriegshilfe von der Teilnahme an den Veranstaltungen der Kriegshilfe.

Die Parteivorstände und die Kommission des Gewerkschaftskartells haben in Anerkennung der im vorstehenden niedergelegten Richtlinien die Beteiligung an den von der Kriegshilfe für die Tageszeit getroffenen Maßnahmen zur Jugendfürsorge beschlossen, in der Gewißheit, daß dabei die völlige Selbständigkeit der Arbeiterjugendorganisationen gewahrt wird und eine grundsätzliche Aenderung in der Arbeit des Jugendbundes nicht erfolgt.“

Schon vorher hatte sich der Genosse Krause gezwungen gesehen, die Erklärung abzugeben, daß in Zukunft die Propaganda des „Echo“ für die Jugendwehren unterbleiben werde.

VIII.

Die Sammlung der Führer.

Mit dem Versuch der Militarisierung der Jugend stieß die von den Vorständen gedeckte Politik des „Echo“ zum ersten Male zusammen mit Lebensinteressen der Organisationen selbst. Die Erörterung dieser Frage innerhalb der Organisationen ließ sich naturgemäß nicht trennen von der Erörterung der allgemeinen „Echo“-Politik, mußte vielmehr notwendig den inneren Zusammenhang zwischen beiden aufdecken. Mit den einsetzenden Diskussionen mußte der Gegensatz aufbrechen zwischen den nach der Politik des „Echo“ orientierten Führern und den an den alten proletarischen Grundsätzen festhaltenden, die neurevisionistische Politik der Harmonie verwerfende Masse. Jede Kritik im Sinne der Massen erschien und mußte erscheinen als Auflehnung gegen die Ansichten und Beschlüsse der Führer.

Getreu der lang geübten Tradition, das Uebergewicht der Führer in der Organisation dadurch zu sichern, daß der unorganisierten Meinung der Masse die organisierte Meinung der Führer, dem unorganisierten Willen der Masse der organisierte Wille der Führer entgegengesetzt wurde, unternahm man zunächst den Versuch, die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten vor dem Forum der sogenannten Referentenkommission, dem Kreise der Angestellten und der offiziellen Parteiredner, zum Austrag zu bringen, um offenbar unter Umgehung der von uns gewünschten Aussprache vor den Vertrauensleuten, die einsetzende Kritik unter der Wucht der organisierten Meinung der Führer zu erdrücken. Diese Absicht geht deutlich daraus hervor, daß als Referent und Vertreter der im „Echo“ zum Ausdruck gelangenden Regierungspolitik der Genosse Stengele bestimmt wurde, während trotz der klar hervorgetretenen starken Meinungsverschiedenheiten kein Korreferat vorgesehen war.

Als bereits in der ersten Sitzung der Referentenkommission klar wurde, daß es sich nicht um eine sachliche Auseinandersetzung mit der von der „Echo“-Politik abweichenden Meinung handelte, die vom Referenten überhaupt nicht erwähnt wurde, hielten es die Genossen Laufenberg und Wolffheim nicht für angebracht, unter diesen Umständen in die Diskussion über die Ursachen und Ziele des Krieges einzutreten. Genosse Laufenberg begnügte sich damit, zu konstatieren, daß die Redaktion des „Echo“ auch hier nicht den Versuch unternommen habe, sich sachlich mit den abweichenden Meinungen in der Partei auseinanderzusetzen. Er warf lediglich das Moment in die Debatte, daß im Auftrage der Regierung schreibende deutsche Regierungspolitiker wie Paul Rohrbach den jetzigen Krieg als einen deutschen Präventivkrieg und somit als deutschen Angriffskrieg bezeichneten. Die Folge waren höhnische Zwischenrufe und eine Flut von Schmähungen seitens des Genossen Stolten, der Herrn Rohrbach, dem deutschen Regierungsbeauftragten, jede Autorität absperrte, über die Regierungspolitik eine der Beachtung werthe Meinung zu haben.

Diese merkwürdige Art der Polemik, sowie der Umstand, daß nach der Diskussion über die Militarisierung der Jugend von den Organisationen selber die Diskussion über Ursachen und Ziele des Krieges aufgegriffen wurde, bestärkte die Genossen Laufenberg und Wolffheim in ihrem Entschluß, nicht weiter das Objekt der Sammlung der Führer zu sein. Sie richteten deshalb an die zweite Sitzung der Referentenkommission das folgende Schreiben:

Hamburg-Ultrahstedt, den 24. Oktober.

Werte Genossen!

Da nach der letzten Sitzung der Referentenkommission mehrere Distrikte im dritten Wahlkreis, sowie die Vertrauensmännerversammlung des ersten Kreises die Auseinandersetzung über die Haltung der Hamburgischen Sozialdemokratie zum Kriege aufgenommen haben, da ferner demnächst im Distrikt Barmbeck ein Referat und Korreferat stattfinden wird, und weil diese Frage nicht im Kreise der Führer, sondern nur durch die Masse der Mitgliedschaft endgültig zum Austrag gebracht werden kann, halten wir eine Fortsetzung der Polemik in der Referentenkommission unsererseits für zwecklos und ziehen deshalb unsere Namen aus der Rednerliste zurück.

Mit Parteigrüß!

Dr. H. Laufenberg. F. Wolffheim.

Nach Bekanntgabe des Briefes erklärte der Genosse Stubbe, unter allgemeinem Beifall, daß sich die Partei dieses Vorgehen nicht gefallen lassen könne, daß man im Parteivorstand über die weiteren Schritte gegen diese beiden Genossen beraten würde. Nun hatte gegenüber den Genossen Laufenberg und Wolffheim der Genosse Herz zunächst den Standpunkt vertreten, daß man selbst in diesem Kreise und unter diesen Umständen den Versuch einer sachlichen Diskussion durch eine zusammenhängende Darstellung der radikalen Auffassung nicht aufgeben solle. Er hat dementsprechend am dritten Versammlungsabend in etwa zweistündigen Darlegungen, deren strengste Sachlichkeit selbst der Genosse Henze anerkennen mußte, den von der Redaktionsmeinung abweichenden Standpunkt vertreten. Sachliche Erwiderung wurde ihm jedoch kaum zuteil. Vielmehr sahen sich gerade durch die Sachlichkeit seiner Ausführungen die folgenden Debatteredner veranlaßt, über die andersdenkenden Genossen in Ausdrücken herzufallen, die von einer fast krankhaft gesteigerten Gehässigkeit zeugten.

Meinte doch die Genossin Steinbach:

„Wir müssen den Krieg überdauern in der Zusammengehörigkeit von Führern und Massen.“ „Ich kann das Blindschleichenwesen nicht mehr ertragen. Das unglaubliche Hezen gegen die Führer kann ich nicht ertragen. Die Massen leiden und unsere Jugend leidet. Man setzt der Jugend Fische ins Ohr. Sie können sich kraken, aber fangen können sie sie nicht. Es ist das größte Verbrechen.“ „Man weiß nicht, ob sie es aus Dummheit oder aus materiellen Gründen machen.“

Und Genosse Frohme glaubte die folgenden prophetischen Worte sagen zu müssen:

„Ihr lieben Zionswächter, denkt an das Schicksal anderer Zionswächter. Ihr werdet elend unterliegen, wenn es auf die Masse ankommt.“

Genosse Herz faßte seine Erfahrungen zusammen in einem Briefe an den Genossen Laufenberg, in dem es heißt:

„Sie und Genosse Wolffheim kamen bereits am ersten Abend zu der Erkenntnis, daß ein Kampf in diesem Rahmen nutzlos sei und blieben daher den weiteren Diskussionsabenden fern. Ich hoffte, daß wenigstens ein Teil der dort versammelten Parteigenossen der sachlichen Klarlegung grundsätzlicher sozialistischer Anschauungen sich zugänglich erweisen würde und gab deshalb am dritten Diskussionsabend eine zweistündige Darlegung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge und der sich daraus für die Politik der Sozialdemokratie ergebenden Schlußfolgerungen. Hätte ich freilich gewußt, daß ich in der nachfolgenden Diskussion an Stelle einer sachlichen Erwiderung die schwersten persönlichen Injurien hätte hören müssen, so hätte ich es gleichfalls vorgezogen, mich nicht an der Debatte zu beteiligen, selbst auf die Gefahr hin, der Feigheit geziehen zu werden.“

Die über vier Abende sich erstreckende Debatte war für die geistige Verfassung der sogenannten führenden Kreise Hamburgs überaus bezeichnend. Klar erkennbar trat die dem aufmerksamen Beobachter des Hamburger Parteilbens längst zur Gewißheit gewordene Tatsache in die Erscheinung, daß diese Oberschicht der Führer mit den radikalen Grundanschauungen der Hamburger Mitgliedschaft innerlich längst gebrochen hatte. Mochte man in Versammlungen noch die radikalen Formeln gebrauchen, in Wirklichkeit war der Marxismus diesen Kreisen eine lästige Uniform, die man nur noch bei offiziellen Parteilaktionen anlegte.

Die Politik des „Echo“ wurde hier noch überboten. Dr. August Müller lobte den preußischen Staat als eine ausgezeichnete Organisation, pries unsere „tüchtigen Unternehmer“ gegenüber den rückständigen englischen Kapitalisten und schloß mit folgenden „Siegewünschen“: „Wenn die sozialistischen Soldaten zurückkommen, werden wir ihnen die Nachricht bringen können, daß wir gegen diejenigen Elemente vorgegangen sind, die jahrelang zum Schaden der Sozialdemokratie ihr Unwesen in unseren Reihen getrieben haben. Dann haben wir auch in unseren Reihen einen Sieg errungen.“

Genosse August Winnig vertrat den vulgärsten Imperialismus mit unerhörter Deutlichkeit. Zwei Notwendigkeiten ergeben sich für ihn aus diesem Kriege: Die russische Westgrenze müsse so weit zurückgeworfen werden wie möglich. Die Beherrschung Europas durch England mittels des Kanals müsse gebrochen werden. Besonderes Gewicht legte er auf das Aufkommen eines neuen Staatsbürgergefühls. „Die Arbeiterschaft ist nicht mehr die zertretene Masse, sie nimmt eine andere Stellung im Staate ein. Die Tatsache hat ihre Wirkung ausüben müssen. Die Zunahme des wirtschaftlichen Reichtums ist nicht spurlos an der Arbeiterschaft vorübergegangen; es naht die Gewißheit, daß wir einen anderen Einfluß ausüben werden.“

Der Abgeordnete Hildebrandt betonte, die Sozialdemokratie müsse künftighin „die Politik des Tages und nicht Petrefaktenpolitik betreiben“.

Genosse Hense gab folgende politische Theorie zum besten: „Man hat systematisch hingearbeitet, über Oesterreich-Ungarn herzufallen. Unzweifelhaft ist das Attentat von Serajewo auf die Schuld von Serbien zurückzuführen. Es wäre ein Bubenstreich von Deutschland gewesen, wenn Deutschland Oesterreich-Ungarn im Stich gelassen hätte. Ich stimme der deutschen Diplomatie zu. Aller Welt ist die Einkreisung klar.“

Genosse von Elm meinte, die Arbeiterschaft werde durch genossenschaftlichen Handel und genossenschaftliche Produktion die wirtschaftlichen Machtverhältnisse ändern. „Nur keine Angst, daß wir auf der Prinzipienwacht zu sein brauchen.“ Man müsse den Regierenden erklären: Wir präsentieren die Rechnung. Das sei Tagespolitik. „Wir haben 44 Jahre Friedenspolitik getrieben. Man verzichtete auf Marokko. Ein Teil des Kapitals stand, wie daraus hervorgeht, auf dem Friedensstandpunkt. Sollen wir den deutschen Kapitalisten die Entwicklung verbieten? Wir müssen durch den Imperialismus hindurch. Erst dadurch kommen wir zum Sozialismus.“ Nach dem Kriege werde keine Periode der Reaktion, sondern eine demokratische Entwicklung einsehen, „wenn wir nicht zu tölpelhaft vorgehen“.

IX.

Vor den Vertrauensleuten.

Gemäß der Andeutung des Genossen Stubbe in der Referentenkommission leitete der Landesvorstand bei den Vertrauensleuten eine Tadelaktion gegen die Genossen Dr. Laufenberg, Wolffheim „und andere“ ein. Die vorgelegte Resolution ist uns im Wortlaute nie zugestellt worden. Sie ging aus von der Auffassung, daß unser Verhalten diszipliniwidrig und parteischädigend sei.

Das Vorgehen der Vorstände war ein Bruch der Statuten. Wir hatten eine sachliche Auseinandersetzung vor den Vertrauensleuten über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten verlangt. Dafür war die Versammlung der Vertrauensleute die gegebene Instanz. Die Vorstände verlangten dagegen ein Parteigericht. Die Einleitung eines solchen aber war Sache der Landesorganisation oder der Wahlkreise.

Worin bestand nach der Meinung der Vorstände unsere Diszipliniwidrigkeit? Sie bestand nicht darin, daß wir eine bestimmte, der Redaktion und der Vorstände entgegengesetzte Meinung hatten, auch nicht darin, daß wir sie in unseren Briefen an Redaktion und Vorstände äußerten. Unsere Diszipliniwidrigkeit wurde lediglich darin gefunden, daß wir, von dem jedem Mitgliede zustehenden Recht Gebrauch machend, im Rahmen der Organisation über aktuelle Parteifragen unsere Meinung vertraten und zwar auf Aufforderung der Organisationen selbst. Dabei ist es in hohem Grade bezeichnend, daß solche Versammlungen nur dort als Mitgliederversammlungen stattfanden, wo, wie im dritten Kreis durch die Autonomie der Distrikte, die Mitgliedschaft die Leitung der Organisation selbst in Händen hatte, daß aber im ersten und zweiten Kreis, wo die Vorstände über die Organisation verfügen, in den ersten vier Monaten nach Kriegsausbruch keine Versammlungen einberufen wurden.

Welchen Zweck verfolgten die Vorstände mit ihrem Vorgehen? Es war darauf berechnet, die materielle Meinungsverschiedenheit auszuschalten und die Differenzen auf das persönliche Gebiet zu verschieben, aus einer Frage tiefer Gegensätze der politischen Auffassung eine formale Frage der Parteimaschine zu machen. Wurde vor den Vertrauensleuten eine Verurteilung erzielt, so wäre sie zwar statutenwidrig gewesen, aber die Wortführer einer bestimmten, den Vorständen unbequemen Parteirichtung waren doch als Organisationschädlinge hingestellt; es war die Möglichkeit gegeben, sie in der Organisation mundtot zu machen, nicht nur ihre Personen, sondern auch ihre Ansichten als organisationszerstörend hinzustellen, kurz, die Wortführer des Rechts der Organisation gegenüber der Organisationsleitung, ohne sachlich auf die Meinungsverschiedenheiten überhaupt einzugehen, endgültig zu „erledigen“.

Die Tadelresolution, die den Vertrauensleuten vorgelegt wurde, und die, wir wiederholen es, uns nie im Wortlaut zu Gesicht kam, wurde vom Genossen Grosse mit einer Reihe von Argumenten zu begründen versucht, deren Richtigkeit wie innere Hohlheit und die völlige Nichtberechtigung der Aktion deutlich verriet. Wir hätten in einem Schreiben an die Redaktion die Anrede „Werte Genossen“ fortgelassen und nur „Parteigenossen“ geschrieben. Unsere Briefe an Redaktion, Preßkommission und Vorstände, sowie Material zur Frage der Militarisierung der Jugend, das in der Mitgliedschaft zirkulierte, seien „Geheimzirkulare“, die wir verbreitet hätten. Wir hätten uns geweigert, in der Referentenkommission unseren Standpunkt darzulegen, wozu wir

bekanntlich gar nicht aufgefordert worden waren. Genosse Laufenberg leitete einen „Geheimkonventikel“, worunter ein seit fünf Jahren bestehender Lehrkursus des hiesigen Arbeiter-Bildungswesens verstanden war, nachdem die Vorstände nach Kriegsausbruch beschlossen hatten, diesen Kursus nicht mehr anzuerkennen, obwohl sich in seiner Praxis nicht das mindeste geändert hatte und er nach wie vor der Erörterung des Parteiprogramms diene — eine Erörterung, die manchem vielleicht nicht mehr zeitgemäß erschien und ihn in unbequemer Weise an seine sozialdemokratische Vergangenheit erinnerte. Wir hezten in Geheimkonventikeln, womit die Bezirke und Distrikte der Partei gemeint waren, die uns zur Darlegung unserer Ansichten aufgefordert hatten. Von dem Genossen Wolffheim wisse kein Mensch, wer er sei, obwohl er bereits ein volles Jahr — bis zur Wandlung des „Echo“ nach Kriegsausbruch — zahlreiche Artikel im „Echo“ veröffentlicht hatte.

Der Verlauf der Vertrauensmännerversammlungen entsprach in keiner Weise den Erwartungen der Vorstände. Die Genossen Laufenberg und Wolffheim legten unter starkem Beifall ihre sachlichen Auffassungen dar, die Gen. Stolten, von Elm, Hense und Perner wiederholten die Vorwürfe des Genossen Grosse auf erweiterter Stufenleiter, wobei besonders die Gen. Stolten und Perner sich an persönlichen Ausfällen das Menschenmögliche leisteten. Die Zuziehung des durch die Tadelresolution mitbetroffenen Genossen Herz war erst durch einen Beschluß der Vertrauensleute selbst erzwungen worden. Die Stellung der Vertrauensleute zu den schwebenden Meinungsverschiedenheiten kann nicht besser gekennzeichnet werden als durch die Konstatierung der Tatsache, daß, als am dritten Abend nach dem mit größter Aufmerksamkeit angehörten dreistündigen Referat des Genossen Laufenberg, der Genosse Stolten sich erneut in persönlichen Angriffen erging, die spontane Empörung der Vertrauensleute ihn zwang, zurückzutreten, ohne daß er seine Ausführungen beenden konnte.

Die Vorstände ließen von den Verhandlungen Protokolle herstellen, in welcher Absicht, wurde nicht bekannt, so wenig wie die Protokolle am Beginn der Sitzungen verlesen wurden. Die Korrekturbogen wurden den Rednern nicht vorgelegt. Es unterblieb dies auch, als Genosse Laufenberg die Vorlegung verlangte. Der Grund mag möglicherweise darin zu suchen sein, daß der Berichtstatter, wie aus seinen an den Genossen Laufenberg gerichteten Briefen hervorgeht, nicht in der Lage war, den Verhandlungen zu folgen. Wir geben von dem die Angelegenheit berührenden Briefwechsel das letzte Schreiben des Berichtstatters wieder:

H a m b u r g 36, den 27. November 1914.

Wertes Genosse!

Es ist richtig, daß Genosse Wolffheim mehr zitiert hat als Sie, aber er hat sich, von einer Ausnahme abgesehen, auf das „Hamburger Echo“ beschränkt, und wenn mir die Arbeit auch wesentlich dadurch erschwert wurde, daß er es unterließ, Nummer und Datum anzugeben, so konnte ich mich immerhin in allen Fällen vergewissern, ob ich das Zitat auch richtig festgehalten hatte. Bei Ihrer Rede habe ich, durch die Erfahrungen gewihigt, die Stellen, an denen Sie zitiert haben, in der Regel freigelassen, in der Hoffnung, daß Sie mir in der Ergänzung gern behilflich sein würden. Natürlich wäre es besser gewesen, wenn ich Sie noch am Versammlungsabend gesprochen hätte, aber ich hatte Sie, wie ich schon erwähnte, plötzlich aus den Augen verloren. Das Stenogramm ist noch nicht niedergeschrieben, weil ich diese Woche alle Abende fast in anderen Angelegenheiten unterwegs gewesen bin. Ich kann auf Ihren Vorschlag (gemeint ist die Aufforderung, das Manuskript vorzulegen. Verf.) also erst frühestens in der nächsten Woche eingehen.

Mit Parteigruß!

Carl Stoll.

Auf die Zustellung des Stenogramms der Rede wartet Genosse Laufenberg heute noch.

Die letzte Versammlung der Vertrauensleute endete mit scharfen persönlichen Ausfällen des Genossen Ferner wider die Genossen Laufenberg und Wolffheim. Wiewohl aus dem Schreiben des Berichterstatters selber hervorgeht, daß er sich in allen Fällen an der Hand der „Echo“-Nummern von der Richtigkeit der Zitate überzeugen konnte, und obwohl Genosse Wolffheim seine zahlreichen „Echo“-Zitate aus dem „Echo“ selber vorlas, warf Ferner ihm Zitatfälschung vor und empfahl ihm, einen neuen Reichsligenderband zu gründen. Ohne daß uns die Möglichkeit gegeben wurde, unsere beim Vorsitzenden, dem Genossen Stubbe, angemeldete persönliche Bemerkung vorzubringen, wurde die Versammlung über Weihnachten bis zum Januar vertagt. Als bis zum 6. Februar noch keine Anstalten zur Wiedereinberufung der Versammlung getroffen waren, richtete Genosse Herz an den Genossen Stubbe das folgende Schreiben:

Werter Genosse!

Ich bitte um Mitteilung, wann die nächste Versammlung der Vertrauensmänner stattfindet. Sie erklärten in der letzten Versammlung, daß die weitere Fortsetzung im Januar stattfinden würde.

Da die Vertrauensmännerversammlung meine Zuziehung beschlossen hat und ich als der erste oder einer der ersten auf der Rednerliste stehe, so habe ich natürlich ein erhebliches Interesse an der Fortsetzung der Versammlung und bitte daher um baldigen Bescheid.

Mit Parteigruß!

Herz.

Hierauf erging am 8. Februar die folgende Antwort:

Werter Genosse!

Auf Ihre Anfrage vom 6. d. M. teile ich Ihnen mit, daß vorläufig keine Fortsetzung der Vertrauensmännerversammlung stattfindet. Wenn über die nächste Versammlung beschlossen worden ist, werde ich selbstverständlich alle Beteiligten rechtzeitig einladen.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

(gez.) H. Stubbe.

Genosse Herz übersandte hierauf dem Genossen Stubbe das folgende Schreiben:

Werter Genosse!

Ihrem Schreiben vom 8. Februar 1915 entnehme ich, daß „vorläufig“ die Fortsetzung der Vertrauensmännerversammlung nicht stattfindet. Mir ist unverständlich, welche Instanz den Abbruch dieser Verhandlungen anzuordnen befugt ist. In der letzten Versammlung wurde auf Ihren Vorschlag die weitere Fortsetzung der Debatte im Januar beschlossen. Diesen Beschluß der Vertrauensleute abzuändern ist keine andere Instanz berechtigt. Nachdem der Parteivorstand durch Vorlegung der Mißtrauensresolution gegen die Genossen Dr. Laufenberg, Wolffheim und „andere“ die Entscheidung der Vertrauensmänner angerufen hatte, war allein diese Körperschaft zur Erledigung der Angelegenheit befugt. Der hinter ihrem Rücken erfolgte Abbruch der Verhandlungen ist daher ein Eingriff in Ihre Rechte. Wenn ich dagegen protestiere, so nicht deshalb, weil einige „Echo“-Redakteure die Debatte zum Vorwand nahmen, mich wie die Genossen Dr. Laufenberg und Wolffheim zu beschimpfen. Nachdem die Vertrauensleute den Genossen Stolten wegen seines provozierenden Benehmens in die Schranken zurückgewiesen haben, können diese Beschimpfungen links liegen bleiben. Unerhört ist es aber, daß man erst eine große Parteifaktion gegen einige Genossen inszeniert und dann diese Aktion gegen die angeblich

„kleine Gruppe“ nicht mehr fortführt, als sich herausstellt, daß die Masse der Vertrauensmänner nicht gewillt ist, sich auf die von den revisionistischen Führern gewünschten Richtlinien festlegen zu lassen. Unerhört ist nicht minder, daß man der Resolution eine Fassung gegeben hat, die nach der in der Debatte allseitig befestigten Auffassung erkennbar sich auch gegen mich richtete, daß man die Entscheidung darüber aber hinter meinem Rücken vor einer örtlich unzuständigen Körperschaft herbeiführen wollte. Es ist bezeichnend, daß erst das Eingreifen der Vertrauensleute, die meine Zuziehung beschlossen, mich gegen ein Verfahren schützte, das selbst den reaktionärsten Anschauungen in der bürgerlichen Gerechtigkeitspflege zuwiderlief.

Bedauere ich daher, daß es mir nicht möglich ist, den Vertrauensmännern das Wesen der gegen die radikalen Genossen gerichteten Treibe-reien klarzulegen, so kann ich doch immerhin mit Vergnügen feststellen, daß der seltsame Ausgang dieser Aktion der klägliche Zusammenbruch einer Politik ist, die mit Hilfe des Parteiapparates oder mit dem System persönlicher Angriffe die freie Bewegung in der Organisation und damit die Organisation selbst zu unterdrücken sucht.

Mit Parteigruß!

Herz.

Der Genosse Stubbe nahm dieses Schreiben hin, ohne darauf eine Antwort zu geben. Es liegt damit offen zutage, daß die Vorstände entgegen dem ausdrücklichen Vertagungsbeschluß der Vertrauensleute nicht, und zwar im eigenen Interesse nicht, beabsichtigten, die Versammlungen wieder einzu-berufen. Ihre Aktion ist im vollen Umfange und in unruhmlicher Weise gescheitert. Die „Echo“-Redaktion hatte dagegen den billigen Ruhm, ebenso wie in der Referenten-Kommission, die Tagung zu beschließen mit gehässigen persönlichen Ausfällen, und zwar hier wie in der Referenten-Kommission ungehindert durch den Vorsitzenden, Genossen Stubbe, der uns gegenüber peinlich darauf achtete, daß in der Verteidigung kein scharfes Wort fiel.

X.

Die Flucht in die Öffentlichkeit.

Am Beginn der zweiten Vertrauensmännerversammlung überraschten Redaktion und Preßkommission durch die Verbreitung des folgenden Zirkulars:

Seit das furchtbare Schicksal des Weltkrieges über die Völker herein-gebrochen ist, hat die Redaktion des „Hamburger Echo“ den Standpunkt eingenommen, daß dem deutschen Volke, wenn es in diesen riesenhaften Ringen unterliegen müsse, eine auch das deutsche Proletariat politisch und wirtschaftlich aufs tiefste berührende Gefährdung seiner nationalen Einheit und Unabhängigkeit drohe und daß deshalb von allen Volksgenossen alles getan werden müsse, diese schwere Gefahr abzuwenden. Sie hat sich dabei durchaus auf den Boden der von der gesamten Parteipresse rückhaltlos gebilligten Erklärung gestellt, die der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Genosse Haase, im Namen und Auftrag der sozial-demokratischen Fraktion in der Reichstags-sitzung vom 4. August ab-gegeben hat.

In ihr hieß es:

Wir haben zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen werden. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder, ohne Unterschied der Parteien. Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hingeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihren Ernährer verlieren werden, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald verwundete und verstümmelte Kämpfer gesellen. Allen denen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermessliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich! Wir fühlen uns hierbei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Uebereinstimmung mit ihr jene Eroberungskrieg verurteilen.

Aus der Art, wie wir im Sinne dieser Erklärung unsere Pflicht zu erfüllen versucht haben, wird uns von einer Gruppe von Parteigenossen unter der Führung von Wolffheim, Dr. Laufenberg und Dr. Herz ein Vorwurf gemacht. Unter der Behauptung, daß wir die Parteigrundsätze preisgegeben, Ursprung und Bedeutung des Krieges verkannt und eine chauvinistisch-nationalistische Haltung eingenommen hätten, haben sie eine eifrige Agitation gegen den von uns in Uebereinstimmung mit der Gesamtpartei und den Parteivorständen unseres Verbreitungsgebiets eingenommenen Standpunkt entfaltet.

Wir müssen es ablehnen, während der Dauer des Krieges solcher Agitation in Parteiverfassungen entgegenzutreten oder im „Echo“ auf sie im einzelnen zu antworten, weil wir, wie zu Anfang des Krieges, noch immer der Meinung sind, daß es unsere Pflicht ist, die schweren Nöte, die der Krieg, den zu verhindern der Sozialdemokratie trotz eifrigsten Bemühens nicht gelungen ist, über die Millionen unserer Volksgenossen gebracht hat, nach Kräften lindern und die großen Gefahren, die bis zur Stunde noch der Gesamtheit des deutschen Volkes von den feindlichen Kriegsheeren drohen, abwehren zu helfen.

Damit glauben wir auch zugleich den Interessen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu dienen, besser als durch jetzt sinn- und zwecklose Erörterungen theoretischer und historischer Doktorfragen. Mit dem Leiter des wissenschaftlichen Organs der deutschen Sozialdemokratie, Genossen Karl Kautsky,*) sind wir der Meinung, daß so lange die Waffen der Kritik zu ruhen haben, wie die Kritik der Waffen spricht, und daß es heute jedes Parteimitgliedes unabwiesbare Pflicht ist, die Geschlossenheit unserer Partei über diese schwere Zeit hinaus zu sichern.

* * *

Die vorstehende Erklärung der Redaktion hat der Preßkommission in ihrer Sitzung vom 12. November 1914 vorgelegen. Die Preßkommission bemerkt dazu, daß ihr seitens der obengenannten Genossen eine Beschwerde gegen die Haltung des „Hamburger Echo“ nicht zugegangen ist. Die Preßkommission hat es trotzdem für ihre Pflicht erachtet, zu der Sache Stellung

*) Gegen diesen Mißbrauch seines Namens hat Gen. Kautsky Verwahrung eingelegt und den Gen. Herz beauftragt, den Vertrauensleuten hiervon Kenntnis zu geben.

zu nehmen; sie hat die von verschiedenen Genossen angezogenen Artikel einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die Preßkommission erklärt, daß sie in denselben weder einen Verstoß gegen unser Parteiprogramm noch gegen die sozialistische Weltanschauung gefunden hat, sondern vielmehr anerkennt, daß die Redaktion in durchaus richtiger Weise die gegenwärtigen Ereignisse behandelte und in keinem Artikel gegen die Grundzüge der Sozialdemokratie verstoßen hat, vielmehr äußerst geschickt zu der Frage der Weltpolitik unseren Anschauungen entsprechend Stellung nahm.

Die Preßkommission.

J. A.: H. Thomas, 1. Vors. A. v. Elm, 2. Vors. H. Lembke, Schriftf.

Ohne daß den Vertrauensleuten davon Mitteilung gemacht wurde, daß die Herausgeber des Zirkulars seine Veröffentlichung bezweckten, ohne daß die Vertrauensleute gefragt wurden, wie sie sich zu der beabsichtigten Veröffentlichung einer vor den Vertrauensleuten schwebenden Parteifrage stellen, erschien dieses Zirkular am folgenden Morgen im „Echo“ (Nr. 266 vom 13. November).

Durch diese Flucht in die Öffentlichkeit war zum erstenmal der Kreis der Organisation verlassen und eine im Rahmen der Organisation zur Debatte gestellte Frage vor die breiteste bürgerliche Öffentlichkeit getragen. Die Veröffentlichung im „Echo“ nötigte uns zur Antwort. Sie erschien in Nr. 269 vom 17. November und hatte folgenden Wortlaut:

Erklärung.

In Nr. 266 des „Hamburger Echo“ wird eine Erklärung der Redaktion und Preßkommission veröffentlicht. Die Erklärung lag den Hamburger Vertrauensleuten, die sich mit den zwischen uns und der Redaktion bestehenden Meinungsverschiedenheiten befassen sollen, in der Sitzung vom Donnerstag, 12. d. Mts., vor, ohne daß in der Sitzung irgendwie die bevorstehende Veröffentlichung angedeutet wurde. Die Vertrauensleute würden über den Ausgang der Angelegenheit den Parteibezirken Bericht erstattet und die Erklärung vorgelegt haben. Sie wäre mithin der gesamten Parteigenossenschaft Hamburgs zur Kenntnis gekommen. Welchen Sinn und Zweck verbinden Redaktion und Preßkommission mit der Veröffentlichung dieser internen Parteifrage?

Wir stellen fest, daß wir in dieser Sache weder etwas Polemisches veröffentlicht haben, noch zu veröffentlichen versuchten. Dagegen boten wir dem „Echo“ durch Uebersendung mehrerer Artikel schon Anfang September Gelegenheit, der Mitgliedschaft sowohl wie der gesamten Öffentlichkeit sachlich unseren Standpunkt zu den jetzigen Weltbegebenheiten zu unterbreiten. Man wirft uns vor, daß wir unsere von der Redaktion abweichende Meinung im Kreise von Parteigenossen, und zwar auf deren ausdrückliche Aufforderung hin vertreten haben. Demgegenüber hat die Redaktion des „Echo“ bereits im August den Versuch unternommen, ohne unser Vorwissen und gegen unseren Willen eine ihr zur internen Kenntnisnahme übermittelte, zur Veröffentlichung nicht bestimmte und entsprechend formulierte prinzipielle Erklärung der gesamten Öffentlichkeit zu unterbreiten, während sie der Darlegung unseres sachlichen Standpunktes, zu der die erwähnten Artikel hinreichend Gelegenheit boten, peinlich aus dem Wege gegangen ist. Die Diskussion über die Weltbegebenheiten im Kreise von Parteigenossen ist am 30. August von dem Redakteur des „Echo“, dem Genossen Otto Stolten, durch ein Referat eröffnet worden.

Mit der uns entgegengehaltenen Auffassung, daß während des jetzigen Zustandes die Partei nach innen geschlossen sein müsse, und daß wir deshalb unsere abweichende Meinung vor Parteigenossen nicht vertreten dürften, steht das Hinaustragen der Meinungsverschiedenheit in die breiteste

Öffentlichkeit, das die Geschlossenheit der Partei nach außen in Frage stellt, in unvereinbarem Widerspruch.

Wir protestieren dagegen, daß, während die Redaktion des „Echo“ die Darlegung unseres sachlichen Standpunktes verweigert, sie in ihrer Erklärung allgemeine Andeutungen über unsere Auffassung macht, aus denen jeder entnehmen kann, was ihm beliebt. Die Erklärung erweckt durch die Art ihrer Redigierung den Anschein, als ob unsere Kritik sich gegen die Haltung und die bekannte Erklärung der Fraktion im Reichstage richte. Wir stellen fest, daß die gegenwärtige Meinungsverschiedenheit sich lediglich und ausschließlich gegen die politische Haltung und die Schreibweise des „Echo“ richtet, dessen im internen Kreise geschehene Kennzeichnung wir im vollen Umfang aufrecht erhalten.

Hamburg, den 14. November 1914.

Dr. H. Laufenberg. F. Wolffheim.

*

Das „Echo“ überrascht die Öffentlichkeit mit einer als „notwendig“ bezeichneten Erklärung, in der die Redaktion unter Benennung der Genossen Wolffheim, Dr. Laufenberg und Dr. Herz mitteilt, daß Parteigenossen mit der Haltung des „Echo“ zum Kriege nicht einverstanden seien, daß die Redaktion aber, wie sie im Stile der preußischen Bureaokratie sagt, „es ablehnt“, ihren Auftraggebern, den organisierten Genossen, Rede und Antwort zu stehen. Man fragt sich vergeblich, welche Notwendigkeit für diese öffentliche Erklärung und die namentliche Bezeichnung von drei gegen die Haltung des „Echo“ protestierenden Genossen vorlag. Daß die Redaktion nicht nur, wie sie jetzt behauptet, während der Dauer des Krieges, sondern überhaupt grundsätzlich den Mitgliederversammlungen das Recht zur Kritik am „Echo“ abspricht und kritische Erörterungen in erster Linie, wie es wörtlich heißt, auf „interne Parteikreise“ oder auf „den zuständigen Instanzenweg“ beschränkt sehen will, hat sie schon in der durch den Krieg unterbrochenen Preßdebatte unter lebhaftem Widerspruch der Atonaer Parteigenossen erklärt. Zur Wiederholung dieser gegen das Recht der breiten Masse der Parteigenossen gerichteten Erklärung bedurfte es nicht der Anrufung der Öffentlichkeit. Diese Anrufung gerade in der jetzigen Zeit wird auch nicht durch die Begründung gerechtfertigt, daß es nötig sei, die durch den Krieg heraufbeschworenen Nöte zu lindern. Not zu lindern, wie immer sie entstanden sein mag, ist selbstverständliche Pflicht nicht nur jedes Parteigenossen, sondern jedes anständig denkenden Menschen. Mit der Frage, welche grundsätzliche Stellung die Sozialdemokratie zum Kriege einzunehmen hat, hat diese Selbstverständlichkeit nichts zu tun.

Während das „Echo“ die Erörterung jeder abweichenden Stellung zur Kriegsfrage in den Kreisen der Genossen unterdrücken will, hält es sich selbst für berechtigt, unsere Anschauungen verächtlich als „jetzt sinn- und zwecklose Erörterungen theoretischer und historischer Doktorfragen“ zu bezeichnen. Während es gegen uns in aller Öffentlichkeit Stellung nimmt, teilt es unsere Anschauung und ihre Begründung in der Öffentlichkeit nicht mit. Und während die Darstellung unseres Standpunktes ein parteischädigendes Treiben sein soll, hat neuerdings ein Mitglied der Redaktion selbst seinen Standpunkt eingehend dargelegt — allerdings nicht in den Kreisen der organisierten Massen, sondern in einer Versammlung der Führer. Was der einen Seite recht ist, ist der anderen billig. Wie die Führer, so haben auch die Massen und wie ein Redakteur des „Echo“, so habe auch ich das Recht, die Kriegsfrage in sachlicher Diskussion zu besprechen. Wenn ich einen anderen Standpunkt einnehme als rechtsstehende Genossen, so mag das der Redaktion nicht behagen, wiewohl sie in der Preßdebatte versichert hat, „hinreichend mit gutem radikalem Geiste“ ausgestattet zu sein. Sie

mag meinen Ausführungen an passender Stelle entgegentreten, aber ich werde mich durch keine „notwendigen Erklärungen“, noch auch durch andere Mittel in der Vertretung meines Standpunktes einschüchtern lassen. Ich übe damit nur ein Recht aus, das das Grundrecht jedes Parteigenossen ist: innerhalb der Organisation seine Meinung zu sagen und zu begründen.

Wenn schließlich auch die Preßkommission sich veranlaßt sieht, öffentlich zur Sache Stellung zu nehmen, ohne daß ihr, wie sie in dem Sage vorher behauptet, eine Beschwerde zugegangen ist, so steht auch dieses Verfahren in schroffem Widerspruch zu den Grundsätzen, die Genosse Thomas als erster Vorsitzender der Preßkommission in der Preßdebatte aufgestellt hat. Wie die Redaktion, so machte es mir damals auch Genosse Thomas zum Vorwurf, daß ich eine Preßkritik in der Mitgliederversammlung geübt habe. Wörtlich sagte er damals nach dem Bericht des „Echo“: „Ich meine, diese Dinge sind manchmal recht interner Natur und müssen daher in dem kleinen Kreise der hierzu gewählten Genossen behandelt werden.“ Heute aber hält Genosse Thomas es für richtig, daß die Preßkommission aus eigenem Antrieb und ohne vorherige Besprechung mit uns diese internen Dinge nicht nur der Parteiöffentlichkeit, sondern sogar der allgemeinen Öffentlichkeit unterbreitet, heute, wo wir unter dem Belagerungszustand leben und es daher weder mir noch den anderen angegriffenen Genossen möglich ist, in der Öffentlichkeit die richtige Antwort zu geben.

Zur Kennzeichnung des von der Redaktion wie von der Preßkommission geübten Verfahrens stelle ich nunmehr in aller Öffentlichkeit fest, daß wir zuerst genau dem von beiden Körperschaften in der Preßdebatte geäußerten Wunsche nach interner Behandlung einer derartigen Angelegenheit entsprochen haben. Wir haben Mitte August eine Protestresolution dem „Echo“ zur internen Kenntnisaufnahme übermittelt. Abschrift hiervon ist, wie urkundlich nachgewiesen werden kann, dem Genossen Thomas als ersten Vorsitzenden der Preßkommission zugesandt. Die Redaktion wollte schon damals trotz der vertraulichen Natur dieser Erklärung zur Veröffentlichung schreiten. Die Preßkommission hat sich uns gegenüber überhaupt nicht geäußert, sondern tritt jetzt plötzlich, ohne uns überhaupt zu hören, mit einer öffentlichen Erklärung über eine Angelegenheit hervor, die nach dem eigenen Standpunkt ihres ersten Vorsitzenden schon in Friedenszeiten interner Natur ist und als solche behandelt werden muß.

Dr. Herz.

Die Redaktion fügte unseren Antworten die folgende Erklärung hinzu:

Die Erklärung der Redaktion in der letzten Freitagsnummer war notwendig, weil die Haltung des „Hamburger Echo“ in der Kriegsfrage nicht nur eine interne Parteifrage ist, sondern alle Genossen angeht, die ein Recht darauf haben, von der im stillen gegen uns eingeleiteten Agitation zu erfahren. Der Vertrauensmännerversammlung wurde die Erklärung unterbreitet, damit nicht hinterher gesagt werde, sie sei ihr vorenthalten worden.

Es ist un wahr, was Dr. Laufenberg und Wollfheim behaupten, daß wir „den Versuch unternommen“ hätten, ihre prinzipielle Erklärung ohne ihr Vorwissen und gegen ihren Willen zu veröffentlichen. Es ist ihnen ausdrücklich mitgeteilt worden, daß von uns aus der Veröffentlichung nichts entgegenstehe und sie erfolgen werde, falls sie nicht widersprechen. Der Widerspruch ist erfolgt, und daraufhin ist die Veröffentlichung selbstverständlich unterblieben. Ebenso selbstverständlich hatten wir nicht den geringsten Grund, unter unserer redaktionellen Verantwortung die Korrespondenzartikel der Genannten zu veröffentlichen, die zu unserer Auffassung in Gegensatz stehen. Wer vor der Öffentlichkeit nicht mit seinem Namen für seine abweichende Meinung einstehen will, kann nicht von uns beanspruchen, daß wir ihre Meinung, die nicht die unsere ist, als Redaktion vertreten.

Es ist richtig, daß unser Kollege Otto Stolten schon Ende August über die durch den Krieg geschaffene Situation gesprochen hat. Das geschah aber in einer öffentlich angezeigten Kreisdelegiertenversammlung des dritten Hamburger Wahlkreises, und zwar auf Ansuchen des Vorstandes. Das ist etwas anderes, als wenn man sich die Gelegenheit verschafft, in Distrikten und Bezirken unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Parteigenossen gegen das „Hamburger Echo“ einzunehmen. Die „Feststellungen“ Laufenbergs und Wolffheims können das eine nicht erschlüttern, daß unsere Haltung durchaus der Erklärung der Reichstagsfraktion entspricht.

Es ist nicht richtig, wie Dr. Herz sagt, daß wir es ablehnen, den organisierten Genossen Rede und Antwort zu stehen. Wir haben es abgelehnt, in von den drei Genossen oder von Beauftragten dieser provozierten Distrikts- oder Bezirksversammlungen, in die von vornherein ein Gegensatz zwischen der Auffassung der Redaktion und der eines kleinen Personenkreises, der schon seit Monaten gegen das „Hamburger Echo“ agitiert, hineingelegt wird, als Korreferenten über den Weltkrieg zu diskutieren, uns aber ausdrücklich bereit erklärt, den berufenen Parteikörperchaften Rede und Antwort zu stehen. Das ist schon zum Teil geschehen und wird weiter geschehen. Dr. Herz hat also dem fraglichen Passus unserer Erklärung in der letzten Freitagnummer eine durch nichts gerechtfertigte fälsche Auslegung gegeben. Daß in gegenwärtiger Zeit solche Auseinandersetzungen nicht im „Echo“ erfolgen können, wird wohl auch Dr. Herz einsehen.

Unrichtig ist es selbstverständlich auch, daß wir grundsätzlich den Mitgliederversammlungen das Recht der Kritik am „Echo“ abprechen. Was wir betont haben, ist lediglich, daß zur eingehenden Prüfung etwaiger Beschwerden die eingesetzten Parteinstanzen, zunächst die Preßkommission, dann die Landesorganisation, berufen sind. Wer die Absicht verfolgt, bestehenden Mängeln abzuweichen, wird von selbst diesen Weg gehen. Wer mit der öffentlichen Kritik nur sich selbst in den Vordergrund schieben will, mag es anders wollen. Die unbefangenen urteilenden Parteigenossen werden unserer Meinung beipflichten.

Durch nichts gerechtfertigt ist die Behauptung, daß das „Echo“ die Erörterung abweichender Meinungen über die Kriegstrage in den Kreisen der Genossen unterdrücken wolle. (Wie das überhaupt geschehen könnte, bleibt das Geheimnis von Dr. Herz.) Das beweist, wie Dr. Herz ganz richtig sagt, die Teilnahme von Kollegen an den Debatten an berufener Stelle. Der Versuch, in diesem Falle die „Massen“ gegen die „Führer“ auszuspielen, ist um so verfehelter, als einmal Dr. Herz, Dr. Laufenberg und Wolffheim sich selbst ja wohl auch zu den „Führern“ rechnen, im übrigen aber Distriktsversammlungen von 20 oder 30 Teilnehmern doch wohl nicht als „Masse“ angesprochen werden können. In solch kleinen Versammlungen, wo meist keiner der Teilnehmer dem gegen das „Echo“ agitierenden Redner gewachsen ist, kann man ja leicht Unzufriedenheit säen, leichter als in der Versammlung der „Führer“, der gegenüber ja Dr. Laufenberg und Wolffheim den nach Falstaff „besseren Teil der Tapferkeit“ erwähnt haben. Welchen Standpunkt Dr. Herz einnimmt, ist uns an sich völlig gleichgültig; ihn einschüchtern zu wollen, ist absolut nicht unsere Absicht, ebensowenig, ihn oder andere an der Vertretung ihrer Meinung hindern zu wollen, wenn es innerhalb der Organisation an berufener Stelle geschieht, wozu wir freilich nicht rechnen, wenn bestimmte Genossen von Distrikt zu Distrikt ziehen, um ihre Agitation gegen das „Echo“ zu betreiben.

Unrichtig ist auch, was Dr. Herz in dem letzten Absatz seiner Erklärung sagt, daß er und die beiden Mitunterzeichner der „Protestresolution“ den Weg interner Behandlung der Meinungsdivergenzen betreten haben. Dr. Herz hat sie vielmehr schon vor dem Kriegsausbruch in Altona in die Öffentlichkeit getragen, dann aber beim Kriegsausbruch ausdrücklich

erklärt, die Kritik am „Echo“ bis nach Beendigung des Krieges zu vertagen, was ihn freilich nicht hinderte, bald sein schon berühmt gewordenes „Exposé“ in sich immer vergrößernden „internen Kreisen“ zirkulieren zu lassen. Auch die „Protestresolution“ der drei Genossen war kein Verlangen nach interner Behandlung des Meinungsstreites, sollte vielmehr nur eine „interne Information“ für die Redaktion sein. Solche internen Informationen von den drei Genossen entgegenzunehmen, müssen wir aber entschieden ablehnen; uns solche zu geben, sind die drei Genossen weder einzeln noch gemeinsam berufen.

Redaktion des „Hamburger Echo“.

In der nächsten Ausgabe des „Echo“ erschien die folgende Erwiderung der Preßkommission:

In den beiden in der gestrigen Nummer des „Hamburger Echo“ veröffentlichten Erklärungen der Genossen Dr. S. Laufenberg, F. Wolffheim und Dr. Herz beschwerten sich diese Genossen darüber, daß auch die Preßkommission „eine interne Parteifrage“ der Öffentlichkeit unterbreitet habe. Speziell Genosse Dr. Herz beruft sich auf eine Erklärung, die der Mitunterzeichnete H. Thomas in einer Altonaer Parteiversammlung abgegeben und welche nach Dr. Herz wörtlich wie folgt lautete: „Ich meine, diese Dinge sind manchmal recht interner Natur und müssen daher in dem kleinen Kreis der hierzu gewählten Genossen behandelt werden.“

„Der kleine Kreis der hierzu gewählten Genossen“ ist die Preßkommission, welche Dr. Herz und Genossen bei der ganzen Sache gekliffentlich umgangen haben. Geradezu komisch ist, daß Dr. Herz sich jetzt plötzlich darauf beruft, daß er dem Genossen Thomas sein Exposé „zur internen Kenntnisnahme“ übermittelt hat. Genosse Dr. Herz wird nicht bestreiten können, daß er sein Exposé mit dem gleichlautenden Anschreiben an recht viele Genossen gerichtet hat.

Wenn Dr. Herz und seine Freunde mit der Haltung des „Hamburger Echo“ nicht zufrieden waren, so war es ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, sich zunächst an die Preßkommission, und nur an diese, zu wenden. Für den Fall, daß sie dann durch die von der Preßkommission veranlaßte Auseinandersetzung über ihre Beschwerden nicht befriedigt worden wären, standen ihnen zur weiteren Verfolgung der Sache alle weiteren Instanzen — die Parteivorstände, die Vertrauensmännerkörperchaften, die Delegiertenversammlung der Landesorganisation — zur Verfügung.

Die Genossen wählten — nach unserer Meinung — absichtlich einen anderen Weg; durch Versendung von Exposés und in Vorträgen suchten sie Stimmung zu machen gegen die Redaktion des „Hamburger Echo“. Derartige Auseinandersetzungen bleiben naturgemäß nicht auf den Kreis der dazu geladenen Genossen beschränkt, sie werden hinausgetragen in weitere Kreise. Nachdem Redaktion und Preßkommission davon Kenntnis erlangten, daß die Erörterungen weit über die dabei zunächst interessierten Kreise hinausgedrungen waren, durften sie nicht länger schweigen und mußten mit aller Entschiedenheit zu dem disziplinwidrigen Vorgehen der genannten Genossen Stellung nehmen. Dr. Herz und Genossen berufen sich auf den jetzt herrschenden Belagerungszustand. Gerade während dieser Zeit aber war es doppelt Pflicht für sie, den Instanzenweg nicht zu umgehen, anstatt wie Franktreurs hinterrücks den Kampf gegen die Redaktion zu betreiben. Im übrigen mutet uns die Angst der Betroffenen gar sonderbar an. Welchen Zweck soll denn ihre ganze Übung haben? Doch wohl den, die Redaktion des „Hamburger Echo“ zu veranlassen, den Standpunkt der drei öffentlich im „Hamburger Echo“ zu vertreten. Von der Redaktion verlangen sie also, daß sie die Verantwortung für die Vertretung von Anschauungen übernehmen soll, für welche ihre geistigen Väter selbst nicht den Mut besitzen, mit ihrem Namen der Öffentlichkeit gegenüber die Verantwortung zu übernehmen. Das ist ein Vorgehen, für welches wir an dieser Stelle die richtige Charakterisierung nicht geben wollen.

Das Pochen der gen. Genossen auf den jetzt obwaltenden Kriegszustand ist einfach absurd. Im Kriege gilt es Disziplin zu üben. Das gilt nicht nur für die Soldaten im Felde. Das gilt ebenso für die Parteigenossen, die nie vergessen sollten, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei niemals dringender notwendig war, als in der gegenwärtigen Zeit, und welche deshalb gerade jetzt alle Veranlassung haben, gegen Quertreibereien,*) wie sie die Genossen Dr. Laufenberg, Wolffheim und Dr. Herz seit geraumer Zeit gegen die einzige Waffe, die uns zurzeit zur Verfügung steht, gegen unser Parteiorgan, üben, mit aller Entschiedenheit Stellung zu nehmen.

Bei sämtlichen von den Parteigenossen gewählten Instanzen herrscht in der Sache nur eine Meinung, daß das Vorgehen der Genannten in der gegenwärtigen Periode geradezu unverantwortlich ist und eine schwere Schädigung an Parteinteressen bedeutet.

Der Vorstand der Preßkommission:

H. Thomas, 1. Vors. U. von Elm, 2. Vors. Lembke, Schriftf.

Wir hatten uns in unserer ersten Erwiderung auf das absolut Nötige beschränkt und ließen die Erwiderungen von Redaktion und Preßkommission unbeantwortet, weil wir nach wie vor der Meinung waren, daß eine in der Organisation zur Debatte gestellte Frage auch im Rahmen der Organisation ihre Erledigung finden müsse.

Inzwischen hatten die von den Mitgliederversammlungen mehrerer Distrikte des dritten Wahlkreises aufgegriffenen Debatten ihren Fortgang genommen. Versuche, die Redaktion zur Darlegung ihrer Auffassung vor der Mitgliedschaft selber zu veranlassen, schlugen fehl, weil wie der Genosse Stolten dem größten Hamburger Parteidistrikt — dem Barmbecker mit mehr als 10 000 Mitgliedern vor Kriegsausbruch — erklärte, diese Versammlungen nicht der berufene Ort für den Austrag der Verschiedenheit der politischen Auffassung seien. Statt dessen wurde im Distrikt Hamm — der vor Kriegsausbruch mehr als 6000 Mitglieder zählte — von Parteigängern der Redaktion und der Vorstände die Debatte aufgenommen. mit dem Resultat, daß nach vier Versammlungen die Mitgliedschaft mit überwältigender Majorität die folgende vom Bezirksführer Willaschek eingebrachte Resolution annahm:

Resolution.

Die heute, am 21. Dezember 1914, bei Ritter versammelten Mitglieder des Distrikts Borgfelde, Hamm, Horn, haben in vier Versammlungen Stellung genommen zu den Ausführungen des Referenten Genossen Dr. Laufenberg.

Dieselben erklären sich mit dessen Ausführungen voll und ganz einverstanden.

*) (Hier ist die Quelle des vom Gen. Heine übernommenen Wortes zur Charakterisierung der mit seiner Augenblickspolitik nicht einverständigen Genossen. Verf.)

XI.

Zuckerbrot und Peitsche.

Bald nach Annahme dieser Resolution wurde gegen den Genossen Karl Hoym, der den Vertrieb unserer inzwischen erschienenen Broschüre „Imperialismus und Demokratie“ in Händen hatte, der zudem in den Auseinandersetzungen über die Militarisierung der Jugend im ersten Wahlkreis stark hervorgetreten war, im Betriebe von Auer & Co., wo er als Druckereihilfsarbeiter angestellt ist, eine Treiberei von oben her unternommen. Diese führte zum folgenden Briefwechsel mit dem Geschäftsführer der Firma Auer & Co.:

Hamburg = Alt-Rahlstedt, den 12. Januar 1915.

Herrn R. Berard, Hamburg.

Werter Genosse!

Wie ich durch meinen Parteifreund Karl Hoym vernommen habe, ist in einer Auseinandersetzung über Betriebsangelegenheiten, mit denen ich nicht das mindeste zu schaffen habe, Ihrerseits die Äußerung gefallen, daß Hoym sich „bei seinem Dr. Laufenberg“ beschweren möge, wenn er wegen der von ihm angeblich auf den Betrieb übertragenen Opposition hinausfliege. Sie haben sich damit erlaubt, die politische Haltung, die ich in der hiesigen Partei einnehme, in Betriebsangelegenheiten der Firma Auer & Co. hineinzuziehen. Ich brauche Sie auf die grobe Ungehörigkeit, die darin liegt, wohl nicht besonders aufmerksam zu machen, noch darauf hinzuweisen, daß Sie in Ihrer Stellung nicht als Fabrikherr, sondern als Vertrauensmann einer demokratischen Organisation sitzen. Im übrigen scheint es mir angebracht, Ihnen folgendes in Erinnerung zu rufen:

In der ersten Vertrauensmännerversammlung hat der Genosse Grosse, der offizielle Sprecher des Landesvorstandes, dem Genossen Lindau bedeutet, daß, wenn er sich in die Arbeitsgemeinschaft der Redaktion des „Echo“ nicht einfügen und die Haltung der Redaktion nicht in allen Teilen decken könne, es ihm freistehende, sich eine andere Arbeitsgemeinschaft zu suchen. Der stürmische Protest, den diese Bemerkung unter den Vertrauensleuten auslöste, zeigt die Verständnislosigkeit der Hamburger Arbeiterschaft für diese Bewertung des Rechtes der freien Meinung in Arbeiterbetrieben.

Seit einiger Zeit läßt die Redaktion des „Echo“ durch einen Max Grunwald politische Moral predigen, einen Mann, der wegen schmutziger Geldaffären vor einem Parteischiedsgericht gestanden hat, nachdem er einen Speiditeur des „Vorwärts“ ins Unglück gestürzt hatte. Das Schiedsgericht hat ihn zwar in der Partei gelassen, aber nur unter der Bedingung, daß Parteilieder ihm nicht anvertraut werden dürften, worauf er aus seiner Parteilstellung entlassen wurde. Dieser Grunwald darf im Verein mit anderen den Genossen Franz Mehring verdächtigen, die Redaktion selbst darf ihn angreifen, wahren sie ihm, dem Angegriffenen, den Raum zu einer Entgegnung verweigert.

An die letzten Bezirksversammlungen gelangte ein offenbar aus Kreisen des Jugendbundes stammendes Zirkular, in dem den Genossen Emil Krause und Adolf von Elm der schwere Vorwurf gemacht wird, einen jungen Parteigenossen, Mitglied der Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen, bei der Volksfürsorge untergebracht zu haben, weil er in der Jugendbewegung in einem für die beiden Genannten außerordentlich erfreulichen Sinne wirke und sich nicht nur von den destruktiven Tendenzen

völlig ferngehalten habe, die in letzter Zeit in der Jugendbewegung leider starken Einfluß gewonnen hätten, sondern ihnen auch mit Wärme und Gehärd entgegenetrete. Diesem in der Parteipfentlichkeit verbreiteten Vorwurf sind die beiden Genannten bisher nicht entgegengetreten, während die Redaktion bisher auch der leiseften Kritik eines ihrer Glieder mit fast mimosenhafter Empfindlichkeit begegnete. Da die erhobene Beschuldigung durch die Angabe so vieler und genauer Einzelheiten gestützt wird, daß nach unbefangener Auffassung an der Wahrheit nicht gezweifelt werden kann, erscheint das Schweigen der Redaktion allerdings verständlich.

Ich kann es füglich Ihrer Beurteilung überlassen, ob es im Interesse der Arbeiterbetriebe im allgemeinen und der Firma Auer & Co. im besonderen liegt, wenn Fälle der gekennzeichneten Art sich häufen. Das Schreiben des Genossen Krause, des würdigen Repräsentanten einer hilflosen Redaktion, bietet ein Beispiel dafür, wie jemand durch Wohlverhalten in einen Arbeiterbetrieb hineingelangt ist. Sollte es in Ihrer Absicht liegen, das Gegenstück zu liefern und zu zeigen, wie man durch mißliebige Parteitätigkeit unter Umständen hinaus gelangen kann, so sei es ferne von mir, Sie daran hindern zu wollen.

Ich bemerke noch, daß ich meinem Parteifreund Karl Horn eine Kopie dieses Schreibens zur beliebigen Verwendung in Parteikreisen übermittelt habe.

Mit Parteigruß!

Dr. H. Laufenberg.

Hierauf erging folgende Antwort:

H a m b u r g, 13. Januar 1915.

Werter Genosse!

Auf Ihr übermäßig langes Schreiben vom 12. d. Mts. erwidere ich Ihnen, daß ich in dem meiner Leitung seit 34 Jahren anvertrauten Betriebe so handeln werde, wie ich es der Partei gegenüber verantworten kann. Ihrer gütigen Belehrung bedarf ich deshalb nicht.

Ich bitte, mich mit ferneren Zuschriften zu verschonen.

Mit Parteigruß!

(gez.) R. Berard.

Es folgte die Erwiderung des Genossen Laufenberg:

H a m b u r g = A l t = R a h l s t e d t, den 14. Januar.

Herrn R. Berard, Hamburg.

Werter Genosse!

Aus Ihrem Schreiben habe ich ersehen, daß der das Thema „Meinungsfreiheit im Betriebe von Auer & Co.“ behandelnde Inhalt meines Briefes Ihnen zwar durch seine Reichhaltigkeit unangenehm aufgefallen ist, daß Sie aber nicht in der Lage sind, seine Richtigkeit in irgend einem Punkte bestreiten zu können. Ich begrüße Ihren Entschluß, fortan nur so zu handeln, wie es sich vor der Partei verantworten läßt, und hoffe, daß Sie nicht darüber im Zweifel sein werden, daß sich damit Gesinnungsschnüffelei und politische Maßregelung nicht vertragen. Was sich vor der Partei verantworten läßt, hat die Mitgliedschaft zu prüfen, und wie diese oder ihre einzelnen Glieder von diesem Rechte Gebrauch machen, haben nicht Sie zu entscheiden.

Auf Ihr Ersuchen, Sie in Zukunft mit Zuschriften zu verschonen, bemerke ich, daß nicht ich es war, der sich bemüht hat, mit Ihnen in Verbindung gebracht zu werden.

Mit Parteigruß!

Dr. H. Laufenberg.

XII.

Der neue Geist und die alte Polizei.

Nach wie vor hielt die Redaktion des „Hamburger Echo“ fest an der Anschauung, daß der „Burgfriede“ der Sozialdemokratie die volle Gleichberechtigung mit den bürgerlichen Parteien gewähre, daß er deshalb im Interesse der Arbeiterschaft liege und von ihr in jeder Hinsicht zu respektieren sei. Die Polizei war jedoch, wie im übrigen Deutschland, so auch in Hamburg nicht der Meinung, daß das „Wehen eines neuen Geistes“ durch Deutschland gehe, sondern hielt die alte Polizeipraxis gegenüber der Sozialdemokratie in vollem Umfang aufrecht. Als im Januar sogar die Veranstaltung der Bezirksabende verboten wurde, erhob sich die Frage, welche Vorgänge wohl die Polizei auf die Bezirksveranstaltungen der Partei aufmerksam gemacht haben mochten. Bei unseren Erwägungen über die Gründe dieses Polizeistreiches kamen wir zu der folgenden Auffassung, die wir der Redaktion, der Pressekommission, den Vorständen und in einer Anzahl gedruckter Zirkulare der Mitgliedschaft unterbreiteten:

H a m b u r g, 7. Januar 1915.

Werte Genossen!

Das plötzliche Verbot der Bezirksversammlungen durch die Hamburger Polizei auf Grund einer Verfügung des Stellvertretenden Kommandierenden Generals des 9. Armee-Korps legt die Frage nach den Gründen dieser Maßregel nahe, zumal in Bremen, unter dem gleichen Generalkommando, politische Versammlungen mit Tagesordnungen, die auf den Krieg und seine Ursachen Bezug haben, ungehindert zugelassen werden. Für die Beantwortung dieser Frage scheint uns der folgende Tatbestand nicht belanglos zu sein:

In ihrer „notwendigen Erklärung“ vom 13. November v. J. schrieb die Redaktion:

„... Unter der Behauptung, daß wir Parteigrundsätze preisgegeben, Ursprung und Bedeutung des Krieges verkannt und eine chauvinistisch-nationalistische Haltung eingenommen hätten, haben sie (nämlich die Unterzeichner ds. Sch.) eine eifrige Agitation gegen den von uns in Uebereinstimmung mit der Gesamtpartei und den Parteivorständen unseres Verbreitungsgebietes eingenommenen Standpunkt entfaltet. Wir müssen es ablehnen, während der Dauer des Krieges solcher Agitation in Parteiversammlungen entgegenzutreten. . . .“

In der Erwiderung der Redaktion auf eine Bemerkung des „Vorwärts“ zu jener Erklärung hieß es:

Parteidifferenzen „erhalten erfahrungsgemäß ihre Vergiftung durch Konventikelwesen. Und um das Auskommen eines solchen in Hamburg, das bisher glücklicherweise davon verschont geblieben ist, zu verhindern, ist die klare Darstellung der Dinge in der **Öffentlichkeit der Partei** das beste Mittel. Wir wenden uns eben an die **Masse**, und wir sehen nicht ein, weswegen wir das nicht tun sollten, da diese Sache sie angeht. Uns hinter den **Kriegszustand**, die **Zensur** und **andere geheimnisvolle Schrecknisse** zu verziehen, haben wir **weder Ursache noch Neigung.**“

In ihrer Antwort auf die beiden in Nr. 269 veröffentlichten Antworten der Unterzeichner erklärte die Redaktion:

„Es ist richtig, daß unser Kollege Otto Stolten schon Ende August über die durch den Krieg geschaffene Situation gesprochen hat. Das geschah aber in einer öffentlich angezeigten Kreisdelegiertenversammlung des dritten Hamburger Wahlkreises, und zwar auf Ansuchen des Vorstandes. Das ist etwas anderes, als wenn man sich die Gelegenheit verschafft, in Distrikten und Bezirken unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Parteigenossen gegen das „Hamburger Echo“ einzunehmen. Die „Feststellungen“ Laufenbergs und Wolffsheims können das eine nicht erschüttern, daß unsere Haltung durchaus der Erklärung der Reichstagsfraktion entspricht.“

Indem die Redaktion sich „an die Masse“ wandte, „da diese Sache sie angeht“, wandte sie sich an die Masse der Leser des Blattes, zu denen Polizeibehörde und Generalkommando gehören. Am 25. November bereits, wenige Tage nach der Flucht der Redaktion in die Öffentlichkeit und nach einer an die Adresse der Unterzeichneten gerichteten, nicht mißzuverstehenden Drohung der „Hamburger Nachrichten“ erließ der Kommandierende General eine Verfügung, auf Grund deren die öffentlichen Versammlungen, die sich am 27. November mit der Frage der Lebensmittelversorgung beschäftigen sollten, verboten wurden.

Durch den Hinweis der Redaktion auf die „Agitation“ der Unterzeichneten „in Distrikten und Bezirken unter Ausschluß der Öffentlichkeit“, wobei die Redaktion verschwie, daß unsere Vorträge von den betreffenden Bezirken und Distrikten selbst gewünscht und veranlaßt waren, Vorgänge, von denen die Öffentlichkeit vorher keine Kenntnis hatte, wurde die Öffentlichkeit — und damit Polizeibehörde und Generalkommando — darauf hingewiesen, daß in den Distrikts- und Bezirks-Zusammenkünften die Situation anders beleuchtet wurde, als es dem Generalkommando und der Polizeibehörde erwünscht sein konnte.

Es erscheint wie eine natürliche Konsequenz des Vorhergegangenen, daß am Montag, den 4. Januar, die Bezirksversammlungen verboten wurden, nachdem durch die Abstimmung über die Kandidatur im dritten Hamburger Wahlkreise offenbar geworden war, daß zum mindesten ein Drittel der Mitgliedschaft des dritten Kreises schon damals hinter den Anschauungen stand, für die „die kleine Gruppe von Parteigenossen“ eintritt.

Wir erinnern daran, daß in unseren Reden vor den Vertrauensleuten einer der Unterzeichner, indem er die Veröffentlichung der „notwendigen Erklärung“ der Redaktion scharf kritisierte, der Redaktion und Preßkommission wünschte, ihr unbedachtamer Schritt möge keine weiteren üblen Folgen zeitigen.

Wir erinnern ferner daran, daß auf Anfrage aus der Mitte der Vertrauensleute der Genosse Heinrich Stubbe die Erklärung abgab, daß die Veröffentlichung ohne Vorwissen der Vorstände geschehen und eine Sache der Redaktion und Preßkommission sei, womit die Vorstände nichts zu tun hätten.

Wir weisen zum Schluß darauf hin, daß im Mittelpunkt unserer Kritik, wie sich aus der Broschüre „Imperialismus und Demokratie“ handgreiflich ergibt, die Frage des sogenannten **Burgfriedens** steht, zu der wir unter anderem ausführten:

„Und sie (die Sozialdemokratie) besonders wird durch den Burgfrieden getroffen. Es ist ein Ausnahmezustand, der in mehr als einer Hinsicht an das Sozialistengesetz erinnert. Die Sozialdemokratie soll schweigen, während mit den Taten der deutschen Heere an den Grenzen, mit der Bürokratisierung und Militarisierung des Volkes im Innern dem deutschen Imperialismus neue Vorteile erwachsen, neue Wege und Ziele der Ausbreitung sich eröffnen.“

Indem die Militärbehörde mit dem Verbot der Bezirksversammlungen die Stimme der Parteimitgliedschaft zum Schweigen zu bringen sucht, beweist sie lediglich die Richtigkeit unserer Auffassung.

Mit Parteigruß!

Dr. H. Laufenberg. *F. Wolffheim. Dr. Herz.

XIII.

Der Bankrott der Preßkommission.

Im Anschluß an das der Preßkommission übermittelte Zirkular entspann sich zwischen der Preßkommission und uns der folgende Schriftenwechsel, während in Hamburg das Verbot der Bezirksabende wieder aufgehoben, dafür aber von der Polizei Ausnahmegesetzbestimmungen gegen mißliebige Versammlungen eingeführt wurden.*)

1.

Antwort der Preßkommission auf unser Schreiben vom
7. Januar.

An die Genossen

Dr. Laufenberg, Wolffheim und Dr. Herz.

Werte Genossen!

Sie hatten die Güte, Ihrer bisherigen Methode entsprechend, unserem Vorsitzenden, Genossen H. Thomas, eine private Mitteilung über die nach Ihrer Meinung obwaltenden Ursachen der Versammlungsverbote durch die Polizeibehörde und das Generalkommando des 9. Armeekorps zu machen. Da aus Ihrer Fußnote zu Ihrem Schreiben hervorzugehen scheint, daß Sie Ihre Anschauungen für wichtig genug erachten, um sie später entweder in Exposés oder in Distrikts-, Bezirks- und Jugendversammlungen auch weiteren Kreisen zu übermitteln und wir nicht immer Gelegenheit haben, Ihnen dort widersprechen zu können, so erlauben wir Sie, den Betreffenden dann auch gleichzeitig unsere gegenteilige Meinung im Wortlaut mitteilen zu wollen.

*) Dazu bemerke ich vom juristischen Standpunkt aus: Es ist zweifellos, daß die zum Vereinsrecht ergangene Bekanntmachung des Kommandierenden Generals vom 25. November 1914 sich überhaupt nur auf öffentliche Versammlungen, Aufzüge und Veranstaltungen unter freiem Himmel erstreckte. Nur hierauf bezogen sich die das Reichsvereinsgesetz abändernden Verfügungen dieses Erlasses. Hinsichtlich der Vereinsveranstaltungen blieb der Rechtszustand unverändert. Geschlossene Mitglieder-, Vertrauensmänner- und Werkstellerversammlungen waren daher nicht anmeldepflichtig und unterlagen nicht der Aufsicht durch die Polizei. Es bestand danach kein Zwang für den Parteivorstand, Mitglieder-, Distrikts- und Bezirksversammlungen anzumelden und es bestand kein Recht der Polizeibehörde, diese Versammlungen zu überwachen oder gar, wie dies bei den Reden der Genossen Scheidemann und Lensch der Fall war, den Rednern bestimmte Vorschriften über den Inhalt ihrer Reden zu machen und die Diskussion zu verbieten. Während das Vereinsleben der bürgerlichen Vereine von polizeilichen Eingriffen unberührt ist, steht heute das Vereinsleben der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen unter Polizeikontrolle. Mithin liegt derselbe ausnahmsweise Zustand vor, wie zur Zeit des Sozialistengesetzes — nur mit dem Unterschiede, daß damals die Polizei für die Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens sich auf das Sozialistengesetz berufen konnte, während ihr heute eine gesetzliche Befugnis nicht zusteht.

Das „Hamburger Echo“ hat eine Klarstellung der Rechtslage unterlassen. Die Folge ist, daß der Polizei zur Überwachung des inneren Vereinslebens gegenwärtig Befugnisse eingeräumt sind, die ihr selbst nach der jetzigen Gesetzeslage nicht zutehen.

Dr. Herz.

Da keiner von Ihnen die sozialistengeheuliche Methode als Genosse mitgemacht hat, so ist uns Ihre naive Anschauung, daß in einer ausnahmegesellschaftlichen Zeit die Behörden auf dem Mond leben und von den Vorgängen in der Welt nur dann etwas erfahren, wenn wir in Hamburg öffentlich darüber reden und schreiben, erklärlich. Genossen, die auf diesem Gebiete schon einige Erfahrung gemacht haben, wissen, daß die Behörden häufig weit besser unterrichtet sind als viele Genossen glauben. Glauben Sie wirklich, daß während der Zeit eines Weltkrieges die Behörden sich gar nicht dafür interessieren, was Mitglieder der sozialdemokratischen Partei entweder anonym oder unter Namensnennung in der ausländischen Presse schreiben? Gerade zu jener Zeit aber, als die Partei in Hamburg und Altona wegen der Lebensmittelversorgung öffentliche Versammlungen abhalten wollte, machte ein Artikel eines deutschen „Genossen“ aus einem dänischen und englischen Parteiorgan auch in der bürgerlichen Auslandspresse die Kunde, in welchem die Zustände in Deutschland in geradezu wahrheitswidriger Weise geschildert wurden. Die Preise für Lebensmittel sollten eine unerschwingliche Höhe erreicht haben, die Arbeitslosigkeit fortwährend im Wachsen begriffen sein, die Not in den arbeitenden Klassen sich fortgesetzt steigern und deshalb ein völliger Umschwung in der Haltung der sozialdemokratischen Masse zum Kriege eingetreten sein.

Meinen Sie nicht auch, daß die Behörden mit einiger Berechtigung annehmen könnten, daß zum mindesten einige Redner in diesem Sinne auch in unseren öffentlichen Versammlungen reden würden? Wir sind allerdings überzeugt, daß, wenn es geschehen wäre, sofort aus unseren eigenen Reihen Genossen solchen maßlosen Uebertreibungen widersprochen hätten, wie wir überhaupt der Meinung sind, daß, wenn die Behörden uns gestatteten, auch über die Meinungsdivergenzen in der Partei öffentlich zu verhandeln, diese bald überwunden wären. Aber daß in den Kreisen der Behörden, die unsere Parteiverhältnisse doch nicht so genau kennen, den tendenziösen Äußerungen einer kleinen Minderheit in der Partei mehr Bedeutung beigelegt wird, als sie wirklich verdienen, ist doch begreiflich. Daß der Einfluß der Genossen Liebknecht, Rosa Luxemburg und Mehring, die es ebenfalls für parteieigenschaftliche Pflicht erachten, in der gegenwärtigen Zeit, während eine gewaltig große Zahl von Genossen im Felde sich gegen eine Welt von Feinden zu verteidigen hat, das Ausland über die Verhältnisse in Deutschland und in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in direkt wahrheitswidriger Weise zu informieren, bei uns in der Gesamtpartei ein ganz minimaler ist, das wissen Sie und wir, aber doch nicht sämtliche Behörden in Deutschland.

Merkwürdig mutet uns auch Ihre Auffassung an, daß, wenn Sie in Distrikts-, Bezirks- und Jugendversammlungen reden, dies unter Ausschluß der Öffentlichkeit geschieht und die Behörden davon keine Kenntnis erhalten. Ganz abgesehen davon, daß in einigen Distriktsversammlungen eine strenge Kontrolle überhaupt nicht geübt wurde und auch Nichtparteiengenossen ungehindert Zutritt finden, haben, wie doch auch Ihnen nicht entgangen sein dürfte, Ihre Oppositionsreden gegen die Haltung der Partei bei einigen Ihrer Anhänger schon einen solchen Fanatismus erzeugt, daß von einer sachlichen Diskussion nicht mehr die Rede war und die Versammlungen im Lärmen und Loben ihren Schluß fanden. Ja, daß diese erregte Stimmung auch später auf der Straße und auf dem Heimweg ebenfalls noch lauten Ausdruck fand. Daß in Werkstätten und am Bierisch diese Art von Diskussion nicht fortgesetzt ist, glauben Sie doch wohl selbst nicht. Nur ganz ahnungslose politische Kinder können nun doch wähnen, daß von einer solchen Agitation in einer Zeit wie der jetzigen die Behörden keine Kenntnis erlangen sollten und daß die Behörden dann glauben, die nach Ihrer Meinung notwendige Beruhigung der Bevölkerung am besten durch ein Verbot solcher Versammlungen erreichen zu können, müßte eigentlich doch auch Ihnen begreiflich sein.

Daß in Bremen politische Versammlungen mit Tagesordnungen, die auf den Krieg und seine Ursachen Bezug haben, ungehindert zugelassen

werden, läßt darauf schließen, daß, nachdem der Genosse Pannetoeck Bremen verlassen und seine Agitation für den Generalstreik in Deutschland nur noch in holländischen Zeitungen betreibt, die Versammlungen viel ruhiger verlaufen als in Hamburg.

Im übrigen scheinen Sie über die Bremer Verhältnisse doch sehr schlecht unterrichtet zu sein; Ihre Gewährsmänner scheinen Ihnen nicht mitgeteilt zu haben, daß die „Bremer Bürgerzeitung“ schon sehr häufig verwarnt worden ist und daß dem Verbot der „Bremer Bürgerzeitung“ nur durch einen Wechsel der Person ihres „Chefredakteurs“ vorgebeugt wurde.

Daß das Verbot öffentlicher Versammlungen, welche sich mit der Lebensmittelfrage befassen sollten, in keinem Zusammenhang mit den Veröffentlichungen im „Hamburger Echo“ über Ihr Verhalten innerhalb der Partei steht, geht im übrigen auch daraus hervor, daß diese Versammlungen in den allermeisten Orten Deutschlands verboten wurden, weil die Militärbehörde eine nachteilige Wirkung von ihnen für das Ausland fürchtete.

Mit dem Verbot der Bezirksversammlungen hat das Generalkommando überhaupt nichts zu tun; auch die Veröffentlichungen im „Hamburger Echo“ sind damit nicht in Zusammenhang zu bringen, weil nach ihnen die Bezirksversammlungen im Dezember in Hamburg, im Dezember und Januar in außerhamburgischen Verbreitungsbezirken des „Hamburger Echo“ noch ungehindert stattfinden konnten. Wenn in der jüngsten Zeit die Behörden zu schärferen Maßnahmen gegriffen haben und, wie aus der heute veröffentlichten Bekanntmachung des Generalkommandos hervorgeht, auch eine weitere Beschränkung der Versammlungsfreiheit eintritt, so wird hieron nicht nur allein Hamburg getroffen, sondern gleichfalls alle anderen Orte, unter ihnen auch Bremen, in denen bisher die gesetzliche Vereinsfreiheit noch bestand.

Es ist also ein Trugschluß, für die Maßnahmen der Behörde die Veröffentlichungen der Redaktion und Preßkommission des „Hamburger Echo“ verantwortlich machen zu wollen. Im Gegensatz zu Ihrer Auffassung sind wir vielmehr der Ueberzeugung, daß die von Ihnen und Ihren Anhängern in Hamburg und in anderen Orten geübten Disziplinwidrigkeiten, die planmäßig betriebene Agitation gegen die Haltung der Gesamtpartei und die damit in Einklang stehende Haltung des „Hamburger Echo“, die wahrheitswidrigen Schilderungen Ihrer Freunde in der Auslandspresse die Hauptveranlassung zu dem schärferen Vorgehen der Behörden gegeben haben können.

Falls Sie also Ihre Auffassung den Parteigenossen kundzugeben für notwendig erachten, ersuchen wir Sie zum Schlusse nochmals, ihnen auch diese unsere Erklärung vollinhaltlich mitteilen zu wollen.

Mit Parteigruß!

Die Preßkommission des „Hamburger Echo“.

J. A.: (gez.) H. Thomas, Altona, Winklersplatz 8.

2.

Unsere Entgegnung:

Hamburg, den 22. Januar 1915.

Werte Genossen!

Wir bestätigen den Empfang Ihres Exposé, in dem Sie den Standpunkt der Preßkommission zu rechtfertigen suchen.

Die von uns aufgeführten Tatsachen werden von Ihnen in keinem Punkte bestritten und sind damit als unumstößlich anerkannt. Sie vermögen nicht zu bestreiten, daß die drei Veröffentlichungen im „Echo“, die Sie, wie

den gesamten Inhalt des „Echo“ billigen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Bezirks- und Distriktsversammlungen gelenkt haben, daß wenige Tage später der Erlaß des Kommandierenden Generals vom 25. November erfolgte, auf Grund dessen die Polizei die Versammlungen der Bezirke untersagte. Damit war eingetreten, was einer der Unterzeichneten in der Versammlung der Hamburger Vertrauensleute als Konsequenz der ersten Veröffentlichung bereits befürchtet hatte. Um diesen klaren Tatbestand zu verdeutlichen, versuchen Sie, durch irreführende Darstellung, Insinuationen und persönliche Angriffe die Aufmerksamkeit vom Kern der Sache abzulenken.

Ihre Methode, die Schwäche Ihres sachlichen Standpunktes in dieser Weise zu bemänteln, stellt eine grobe Ungehörigkeit dar. Alle unsere Zusendungen an den Genossen Thomas sind an ihn in seiner Eigenschaft als den Vorsitzenden der Preßkommission gegangen, stellen keine Privatbriefe, sondern formelle Beschwerden über die Haltung des „Echo“ an die dazu von der Organisation vorgesehene Instanz dar. Diese hat die Aufgabe, die politische Haltung des „Echo“ zu kontrollieren und über Beschwerden von Parteigenossen sachlich zu entscheiden. Sie ist somit die Interessenvertretung der Mitgliedschaft und damit der einzelnen Mitglieder gegenüber der Redaktion. In völliger Verkennung Ihrer Funktionen innerhalb der Organisation, die Ihnen ein völlig unparteiisches Verhalten zur ersten Pflicht macht, nehmen Sie ohne jede sachliche Prüfung der Differenzen Partei für die Redaktion in ihrem Kampfe mit uns. Während Sie uns Disziplinbruch vorwerfen, setzen Sie sich durch Ueberschreitung Ihrer Zuständigkeit und Mißbrauch Ihrer Befugnisse selber dem berechtigten Vorwurfe des groben Disziplinbruches aus.

In Ihrem Schreiben treten Sie auf den von uns verfochtenen Standpunkt, daß der Burgfrieden den Charakter eines ausnahmegesetzlichen Zustandes trägt. Sie verlangen deshalb, daß die Mitgliedschaft sich in Versammlungen und Gesprächen von der Erörterung von Fragen fernhält, die den Behörden Kenntnisse vermitteln könnten, die ihnen besser fremd blieben. Trotzdem scheuten Sie sich nicht, der breitesten Öffentlichkeit und damit den Behörden Kenntnis davon zu geben, daß in Bezirken und Distrikten die Politik des „Echo“ und der Regierung in einer Weise beleuchtet wurde, die der Redaktion so peinlich war, wie sie den Behörden peinlich sein mußte. Wir haben allerdings die Zeit des Sozialistengesetzes nicht als Parteimitglieder mit durchlebt, und wollen es uns deshalb verlagern, uns die eindeutige Kennzeichnung zu eigen zu machen, die das Vorgehen der Redaktion und der Preßkommission unter dem Sozialistengesetz bei allen Parteigenossen ohne Ausnahme gefunden hätte. Sind Sie nicht mit uns der Meinung, daß es zu den Pflichten der Preßkommission gehört, zum mindesten jenes Maß politischer Voraussicht aufbringen zu können, das nach Ihrer Meinung jeder politische ABC-Schütze besitzen muß?

In merkwürdigem Widerspruch zu Ihrer Forderung, daß die Mitgliedschaft sich vor öffentlichen Erörterungen peinlich zu hüten habe, steht Ihre Erwartung, mit der Opposition leicht fertig zu werden, falls Ihnen die Behörden gnädigst verstattn, auch über die Meinungsdivergenzen in der Partei öffentlich zu verhandeln und damit die begonnene Flucht in die Öffentlichkeit auf erweiterter Stufenleiter fortzusetzen. Ihre Zuversicht, daß die breite bürgerliche Öffentlichkeit Ihren Rücken decken würde gegen die Parteioption, mögen Sie schöpfen aus der beifälligen Aufnahme, die die Politik des „Echo“ in bürgerlichen Kreisen findet bis hinauf zu den „Hamburger Nachrichten“, und die sich in der Tat deckt mit den Anschauungen, die den Genossen Dr. August Müller und v. Elm zum verdienten Wohlwollen der bürgerlichen Welt verholfen haben. Daß die gesamte Redaktion des „Echo“ mit Einschluß des einmal radikal gewesen Genossen Stengele auf diese Linie tritt, ist nicht nur ein Beweis für die gute Witterung der Genossen Dr. August Müller und v. Elm, sondern auch für die Werbekraft der imperialistischen Lehren, wie sie von der Hamburgischen großkapitalistischen Presse und Apostaten wie Max Lorenz mit Wärme und Geschick gepredigt worden sind.

Diesen Erscheinungen gegenüber halten wir fest an dem Recht der freien Kritik innerhalb der Organisation, wie es in den Art. 13 und 14 des wissenschaftlichen Organs der Partei als Voraussetzung für die Erhaltung der Organisation gefordert wird. Wir empfehlen Ihnen den Artikel des Gen. Eckstein in der „Neuen Zeit“ zur eingehenden Lektüre, um so mehr, als er unsere eigenen Ansichten über die Notwendigkeit der Kritik vollinhaltlich wiedergibt.

Wir stellen mit Vergnügen fest, daß Sie von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit und einer für breite Massen des Volkes unerträglichen Steigerung der Preise, von einem Wachsen der Not der arbeitenden Klassen und dem daraus resultierenden Umschwung in der Stimmung der Massen zum Krieg noch immer nichts gemerkt haben, obwohl Sie es ausdrücklich ablehnen, zu den politischen Kindern gezählt zu werden, die auf dem Monde leben. Nicht auf dem Monde, sondern im „Hamburger Korrespondenten“ aber erschien eine infame Besudelung der Genossen H. Müller, Mitglied des deutschen Parteivorstandes, Franz Mehring, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die als ein „widerliches Aleeblatt“ bezeichnet wurden. Die „Bremer Bürgerzeitung“ hat die Beschimpfer sogleich in ihre Schranken zurückgewiesen, das „Echo“ aber war offenbar durch die Bekämpfung der „kleinen Gruppe von Parteigenossen“ zu stark in Anspruch genommen, um die Angriffe der bürgerlichen Gegner der Partei beachten zu können.

Vielleicht halten Sie es mit uns für eine Funktion der Preßkommission, hier bessernd einzugreifen; vielleicht sind auch Sie der Meinung, daß eine Verbrüderung des „Echo“ mit den „Hamburger Nachrichten“, wie sie in Nr. 10 d. J. im Tagesbericht in Erscheinung getreten ist, wenig den bisherigen Traditionen der Partei entspricht; vielleicht erinnern Sie sich auch, daß die Sozialdemokratie es bisher Scharfmachern, Ministern und Bürgermeistern überlassen hat, die tatsächliche Not des Volkes als eine maßlose Liebertreibung zu empfinden und zu bezeichnen. Sollte sich aber Ihr patriotisches Empfinden dagegen sträuben, daß solche Feststellungen in ausländischen Parteorganen erscheinen, so wird sich vielleicht Ihr parteigenössisches Empfinden sträuben, wenn Sie hören, daß in bürgerlichen Zeitschriften des Inlandes die Gen. Aug. Winnig, ein eifriger Mitarbeiter des „Echo“, und Anton Fendrich unter Preisgabe sozialdemokratischer Agitationsmethoden der deutschen Arbeiterklasse neue Wege zur nationalen Glückseligkeit weisen. Freilich werden Sie an dieser Art der Betätigung der Genossen Winnig und Fendrich kaum Anstoß nehmen können, nachdem Sie sich zuvor mit der nationalkristlich-schauvinistischen Haltung des „Echo“ während der ersten Monate des Krieges trotz unserer Proteste identifiziert haben.

Wir können von Ihrem Exposé nicht Abschied nehmen, ohne noch im einzelnen eine Reihe von Unterstellungen und Unwahrheiten festzuhalten, die sich in Ihrem Exposé finden:

Es ist unwahr, daß einer der Unterzeichner nach Ausbruch des Krieges für ausländische Zeitungen geschrieben habe, wie Sie durch die Art Ihrer Darstellung anzudeuten belieben.

Es ist unwahr, daß wir jemals in Jugendversammlungen Parteidifferenzen erörtert haben, was Sie durch die Gleichsetzung unserer Referate in Jugendversammlungen mit denen in Distrikten und Bezirken vorzutäuschen versuchen.

Es ist unwahr, daß in einer der Distriktsversammlungen, in denen wir sprachen, die Kontrolle so fahrlässig geübt wurde, daß auch Nichtpartei-genossen hätten Zutritt erlangen können.

Es ist unwahr, daß in einer der Distriktsversammlungen von den Anhängern unserer Auffassung Tumulte verübt worden sind, die auch auf der Strafe ihre Fortsetzung gefunden hätten.

Wahr ist vielmehr, wie der Distriktsvorstand von Hamm jederzeit zu bezeugen vermag, daß in der letzten Distriktsversammlung im Dezember v. J. in Hamm, in der die Mitgliedschaft über ihre Stellung zu unserer

21.12.14

Auffassung entschied; der Genosse August Winnig durch einen tätlichen Angriff auf einen Parteigenossen einen Tumult hervorrief, wie sogleich durch den Bezirksführer Willaschet in Gegenwart des Genossen Winnig festgestellt wurde, ohne daß dieser widersprach. In derselben Versammlung versuchten die nicht sehr zahlreichen Anhänger des Genossen Winnig, wie wiederum der Distriktsvorstand von Hamm zu bezeugen vermag, durch Obstruktion die Annahme der unser Verhalten und unsere Auffassung in vollem Umfang billigenden Resolution zu verhindern, allerdings vergeblich, was den Aerger und das Verhalten der Anhänger des Genossen Winnig noch nach Schluß der Versammlung zur Genüge erklärt.*)

Wahr ist ferner, daß das provozierende Verhalten des Genossen Stolten am Schluß der dritten Vertrauensmännerversammlung einen so spontanen Ausbruch der Empörung hervorrief, daß die Versammlung geschlossen werden mußte.

Unwahr ist, daß wir mit der „Generalstreik“-Agitation, die Sie dem Genossen Pannekoek nachsagen, das geringste zu schaffen haben, wie es unwahr ist, daß die Bremer Genossen sich die Möglichkeit, politische Versammlungen öffentlich anzukündigen und abzuhalten, durch politisches Wahlverhalten im Stile des „Echo“ erschlichen hätten. Unwahr ist, daß die „Bremer Bürgerzeitung“ ihrem Verbot durch einen Wechsel der Chefredaktion vorbeugte.

Wahr ist, daß der Genosse Hente auch heute noch der Leiter des politischen Teiles ist, und daß trotz aller Verwarnungen die „Bürgerzeitung“ noch den gleichen geschickten Kampf gegen die Zensur und den Burgfrieden führt, wie bisher. Wahr ist, daß die Abschaffung der Chefredaktion auf interne Differenzen innerhalb der Redaktion zurückzuführen ist, deren Anfänge vor Ausbruch des Krieges liegen.

Es ist unwahr, daß unsere „Agitation“ sich gegen die Haltung der Gesamtpartei richtet, wie Sie nach unserer Auffassung wider besseres Wissen behaupten, da unser Standpunkt in der Ihnen bekannten Broschüre „Imperialismus und Demokratie“ niedergelegt ist, und sich in ihr kein Wort findet, das als Agitation gegen die Gesamtpartei gedeutet werden kann.

Es ist unwahr, daß wir in unserem Verhalten Disziplinwidrigkeiten begangen haben, da wir im Rahmen der Organisation lediglich von unserem jedem Mitgliede zustehenden Rechte der Kritik Gebrauch gemacht haben, dessen Ausübung nicht dadurch zur „Disziplinwidrigkeit“ wird, daß wir es in einem Sinne anwendeten, der bestimmten Instanzen der örtlichen Parteibureauftratie nicht paßte.

Wahr ist, daß die Agitation des „Echo“ für die Militarisierung der Jugend, die Genosse Krause im Oktober ausdrücklich einzustellen versprach, und die er dann in Gemeinschaft mit dem Genossen v. Elm durch die Unterbringung eines für ihre Zwecke tauglich scheinenden Genossen in der „Volksfürsorge“ auf Anwegen zu fördern suchte, nach unserer Auffassung einen groben Disziplinbruch darstellt. — Es scheint nicht, als ob die beiden Vorsitzenden der Preßkommission, die Genossen Thomas und von Elm, von diesem Vorgang bisher offiziell Kenntnis erhalten haben. Wie anders wäre es sonst zu verstehen, daß die Preßkommission, die doch so peinlich über alle Verstöße wacht, in dieser Angelegenheit, die den zweiten Vorsitzenden der Preßkommission und einen Redakteur des „Echo“ in einem recht eigenartigen Lichte erscheinen läßt, noch nichts unternommen hat. Wir erwarten, daß die Preßkommission mit der gleichen Energie gegen das parteischädigende Treiben der genannten Genossen vorgehen wird, die sie auf den Kampf gegen die „destruktiven Tendenzen“, die wir angeblich repräsentieren, verwendet.

*) Ich bestätige hiermit, daß die von den Gen. Dr. Laufenberg, Wolffheim und Dr. Herz über die Vorgänge in den Versammlungen in Hamm gegebene Darstellung in allen Punkten richtig ist.

Sie erwarten von uns, daß wir Ihr Exposé in Parteitreffen, die sich für unsere Auffassung der Dinge interessieren, verbreiten. Wir sind dazu selbstverständlich gern bereit, erwarten aber, daß Sie uns Ihr Exposé zusammen mit der hier vorliegenden Antwort in der von Ihnen für erforderlich gehaltenen Anzahl gedruckter Exemplare übermitteln.

Mit Parteigruß!

Dr. Laufenberg. F. Wolffheim. Dr. Herz.

3.

Die zweite Antwort der Preßkommission.

Hamburg, den 27. Januar 1915.

An die

Genossen Dr. H. Laufenberg, F. Wolffheim und Dr. K. Herz!

Werte Genossen!

Ihr Schreiben vom 22. Januar ist den Mitgliedern der Preßkommission zunächst im Wortlaut mitgeteilt worden und dann darüber in ihrer Sitzung am 27. Januar verhandelt und entschieden worden. Die Preßkommission beauftragte den Unterzeichneten, Ihnen folgende Antwort zu geben:

Das Gesamturteil der Preßkommission über den Inhalt Ihres Schreibens ist, daß dasselbe geradezu eine Glanzleistung advokatischer und jesuitischer Verdrehungskunst und beabsichtigter, persönlich gehässiger Verleumdungen einzelner Genossen darstellt. Wir werden Ihnen das im einzelnen nachweisen.

1. Sie behaupten, alle Ihre Zusendungen an den Genossen Thomas seien keine Privatbriefe, sondern formelle Beschwerden an die Preßkommission.

Ihre Zusendungen begannen mit dem bekannten Exposé des Genossen Dr. Herz, welches dem Genossen Thomas — nicht der Preßkommission — „zur internen Kenntnismahme“ übermittelt wurde. Der Genosse Dr. Herz hat sein Exposé gleichzeitig und mit der gleichen Bezeichnung sehr vielen Parteigenossen übermittelt, ein Beweis dafür, daß er gar nicht daran dachte, dasselbe ordnungsgemäß als „formelle Beschwerde“ durch die Preßkommission behandeln zu lassen.*)

Ihr letztes gemeinsames Schreiben haben Sie allerdings auf dem Briefumschlag als an die Preßkommission gerichtet bezeichnet, aber wo steht in dem ganzen Schreiben auch nur ein Wort davon, daß es eine „formelle Beschwerde“ gegen die Redaktion des „Hamburger Echo“ sein soll? Der Genosse Dr. Herz dürfte als Rechtsanwalt doch wohl am besten in der Lage sein, über den Begriff „formelle Beschwerde“ oder „Meinungsäußerung zur Kenntnismahme“ zu entscheiden. Wir haben Ihre Zuschriften bisher alle in letzterem Sinne gedeutet und waren sämtliche Mitglieder der Preßkommission immer davon überzeugt, daß Ihnen gar nicht daran gelegen sei, daß wir als Parteiinbanz dazu Stellung nehmen würden. Bestärkt wurden wir in der Annahme, daß für Sie die Preßkommission als Parteiinstitution völlig Luft sei, jedesmal dadurch, daß Sie, ohne unsere Stellungnahme abzuwarten, Ihre Meinungsäußerung sofort drucken oder vervielfältigen ließen und sie dann durch die Post — wir wissen nicht, an wie viele und an welche Personen — verbreiten ließen. Auch Ihre letzte Meinungsäußerung haben Sie, obgleich Sie sie jetzt als „formelle Beschwerde“ be-

*) Es ist eine urkundlich nachweisbare Unwahrheit, daß unsere Zusendungen an den Genossen Thomas mit der Uebersendung des Exposés begannen, und es ist weiter unwar, daß dieses Exposé zur internen Kenntnismahme übermittelt wurde. Wahr ist vielmehr und urkundlich nachweisbar, daß Genosse Thomas bereits schriftlich von der Protesterklärung erhalten hat, die wir am Todestage Bebels, also am 13. August verfaßten, und daß ihm diese Zuschrift zur internen Kenntnismahme übermittelt wurde. Im übrigen erscheint ein Eingehen auf die zahlreichen Unrichtigkeiten, die offen und verdeckt gegen uns verbreitet worden sind, nicht erforderlich, weil dadurch lediglich der grundsätzliche Kern der Meinungsverschiedenheiten verdunkelt würde.

zeichnen, bevor noch einmal die Preßkommission dazu Stellung nehmen konnte, drucken und verbreiten lassen.

Wir müssen offen gestehen, daß uns „Beschwerde“-Führer Ihrer Art unter den Parteigenossen im hiesigen Bezirk noch nicht vorgekommen sind und wollen Ihnen auch durchaus nicht verhehlen, daß wir es ablehnen müßten, über Beschwerden zu verhandeln, für welche die Beschwerdeführer schon vor ihrer Erörterung in der Preßkommission und als Berufungsinstanz vor den Vertretern der Parteigenossen die von Ihnen bisher beliebte Stimmungsmache betrieben hätten.

2. Die Preßkommission ist nach Ihrer Auffassung „die Interessenvertretung der einzelnen Mitglieder gegenüber der Redaktion“. Sie werfen uns „grobe Ungehörigkeit“, „groben Disziplinbruch“, „Ueberschreitung unserer Zuständigkeit“ vor, weil wir bei unserer Prüfung Ihrer Angriffe gegen die Redaktion uns auf deren Standpunkt und nicht auf den Ihrigen stellten. Aber bitte, — wir haben bisher noch nicht gewußt, daß Sie drei die unfehlbaren Parteipäpste Hamburg-Altonas sind und daß eine Parteinstitution, die Ihnen nicht Recht gibt, zur ewigen Verdammnis verurteilt wird.

3. Aus unserm Schreiben vom 13. Januar wollen Sie herausgelesen haben, daß wir Ihre Schlussfolgerungen vom 7. Januar „in keinem Punkte bestritten“ und „damit als unumstößlich anerkannt“ haben. Wo wir uns in unserm Schreiben vom 13. Januar 5 Seiten lang bemühen, Ihnen greiflich zu machen, daß Sie ganz und gar auf dem Holzweg sind, da müssen wir schon sagen, gehört wirklich eine geradezu bewundernswerte Unverfrorenheit dazu, zu behaupten, wir hätten Ihre Darlegungen „in keinem Punkte bestritten“.

4. Sie behaupten, wir hätten in unserem Schreiben vom 13. Januar „verlangt“, daß die Mitgliedschaft sich in Versammlungen und Gesprächen von der Erörterung von Fragen fern hält, die den Behörden Kenntnisse vermitteln könnten, die ihnen besser fremd blieben. Aber, Genossen, Sie müssen nicht nur zwischen den Zeilen lesen, sondern noch viel mehr können, wenn Sie ein derartiges „Verlangen“ aus unserm Brief herausgelesen haben wollen.

5. Aus unsern Worten: „daß wir der Meinung sind, daß, wenn die Behörden uns gestatteten, auch über die Meinungsdivergenzen in der Partei öffentlich (also in Mitgliederversammlungen der Partei) zu verhandeln, diese bald überwunden wären,“ machen Sie, daß wir unsern „Rücken hinter der breiten bürgerlichen Oeffentlichkeit decken,“ daß wir Schutz bei den „Hamburger Nachrichten“, bei „Apostaten wie Max Lorenz“ suchen wollten. Ihrer Auslegungskunst macht diese Deduktion wirklich alle Ehre; außer Ihnen dürfte aber wohl kein Parteigenosse fähig sein, uns derartiges zu unterstellen.

6. In Ihren weiteren Ausführungen greifen Sie eine ganze Reihe von Personen an, die mit dem Streit zwischen Ihnen und der Redaktion des „Hamburger Echo“ nicht das geringste zu tun haben. Diese Methode, die Redaktion und die Preßkommission herabzusetzen, läßt die demagogische Art Ihrer Argumentation klar erkennen; wir lehnen es ab, darauf auch nur mit einem Wort zu erwidern. Nur soweit Sie Mitglieder der Redaktion und der Preßkommission persönlich angreifen, wollen wir dazu einige Worte äußern:

„Ganz besonders scheint Ihnen daran gelegen zu sein, den Genossen von Elm in der Achtung der Parteigenossen herabzusetzen. Von ihm sagen Sie, daß „seine Anschauungen ihm zum verdienten Wohlwollen der bürgerlichen Welt verholpen haben“.

Genosse von Elm hat nun seit Kriegsausbruch seine persönlichen Anschauungen mit keinem Wort und keiner Zeile der Oeffentlichkeit kundgetan;

das „Loh“ und „das Wohlwollen der bürgerlichen Welt“ wegen der persönlichen Anschauungen des Genossen v. Elm müssen Sie sich also direkt aus den Fingern gesogen haben, um ihn zu verdächtigen.

Der Name des Genossen von Elm ist nur ein einziges Mal öffentlich genannt worden — nämlich als Mitunterzeichner einer Erklärung des Vorstandes der Preßkommission. Sollte in dieser Verbindung ein bürgerliches Blatt vielleicht, wir wissen es nicht, von Elm gelobt haben, so geschah dies wegen Anschauungen, für welche mit dem Genossen von Elm die gesamte Preßkommission verantwortlich ist.

Genosse von Elm soll dann in Gemeinschaft mit dem Genossen Krause die „Militarisierung der Jugend auf Umwegen zu fördern gesucht haben“, „durch die Unterbringung eines für ihre Zwecke tauglich erscheinenden Genossen in der Volksfürsorge“. Bisher wurde eine solche Anklage nur in den Jugendlischen und den Bezirksführern der Partei zugefandten Exemplaren von Leuten erhoben, die zu feige waren, mit ihrem Namen für ihre Verleumdungen einzutreten.

Die eifrig geschäftige Art, in welcher Sie sich der anonymen Ehrabschneider annehmen, läßt darauf schließen, daß Sie die eigentlichen geistigen Urheber der inszenierten Verleumdungskampagne sind. Wir werden nicht verfehlen, die Exekutive der Partei, bei welcher die Genossen Krause und von Elm diese Angelegenheit zur Untersuchung anhängig gemacht haben, auf diesen Umstand aufmerksam zu machen. Die Preßkommission als solche hat keine Veranlassung, nachdem die Sache von der Exekutive der Partei in die Hand genommen ist, sich ebenfalls damit zu beschäftigen.

Auf Ihre Ausführungen, was wahr und was nicht wahr sein soll, gehen wir nicht ein; für das, was wir in unserem Schreiben vom 13. Januar angeführt haben, sind wir jederzeit in stande, den Beweis der Wahrheit antreten zu können. Daß Sie für Ihre Behauptungen dies nicht können, braucht nach dem von uns Gesagten nicht weiter ausgeführt zu werden.

Für Ihr disziplinwidriges Verhalten, in kleinen Konventikeln und in Zirkularen gegen die Parteipresse und die örtlichen Parteinstanzen, von Ihnen „örtliche Parteibureaukratie“ benamset, Stimmung zu machen, berufen Sie sich auf die Ausführungen des Genossen Eckstein in der „Neuen Zeit“. Beim besten Willen haben wir in diesen aber nicht eine Zeile entdecken können, die Sie berechtigt, den Genossen Eckstein als Kronzeugen für sich anführen zu dürfen.

Bezüglich des Verhaltens der einzelnen Genossen gelten für uns die Parteitagsbeschlüsse, gegen welche Sie nach unserer Ueberzeugung fortgesetzt und bewußt gehandelt haben.

Um Sie nicht im unklaren zu lassen, welchen Beschluß wir besonders im Auge haben, wollen wir ihn nennen. Es ist die einstimmig angenommene Resolution Bebel auf dem Erfurter Parteitag 1891, in welcher es heißt:

„Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, daß er den Beschlüssen der Gesamtheit und den Anordnungen der Parteiorgane, so lange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntnis, daß eine Kampfpartei, wie die sozialdemokratische, nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesamtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und diese Unterwerfung übt.“

Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen

Beretreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist; er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Teil ermöglichen. Er fordert insbesondere, daß kein Parteigenosse persönliche Anschuldigungen oder Anklagen öffentlich erhebt, bevor er sich nicht von der Richtigkeit der erhobenen Anschuldigungen oder Anklagen überzeugt und alle ihm nach der Organisation zustehenden Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen.“

Ergänzend fügen wir noch folgende Stelle aus Bebel's Rede hinzu:

„Ich habe nichts gegen das Kritisieren; es soll mir einer sagen, ob ein Mensch in der Fraktion ist, der sich sein Recht, seine Meinung frei zu äußern und anderen auch einmal den Kopf zu waschen, weniger streitig machen läßt, als ich. Das Recht, auch einen oppositionellen Standpunkt zu vertreten bis aufs äußerste, lasse ich mir zu allerlezt nehmen und nervös, wie wir alle sind, geraten wir denn auch manchmal so aneinander, wie es nur bei nervösen Menschen denkbar ist. Das tut aber der Freundschaft keinen Eintrag. Wird der eine überstimmt, dann macht er kein trübes Gesicht, sondern tut sein Möglichstes, um die Beschlüsse der Majorität im Reichstage zu vertreten. (Sehr gut! Lebhafter Beifall.) Das wäre eine schöne Partei, wo die Minorität der Majorität sich nicht fügen wollte, wo die Nichteinverstandenen das Recht hätten, fortgesetzt an den Beschlüssen und ihrer Ausföhrung zu nörgeln, die Partei zu erregen und Spaltung zu verursachen.“

Wir empfehlen Ihnen dringend, zu prüfen, ob mit diesem Beschluß Ihr und das Verhalten Ihrer Freunde im Einklang steht; wir sind anderer Meinung.

Wir wollen Sie auch nicht im Zweifel darüber lassen, daß wir es durchaus billigen, wenn die Redaktion keine Lauge einlegte für das parteischädigende Treiben von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Mehring in der Auslandspresse. Besonders den letzteren zu verteidigen, hätte der Redaktion schlecht bekommen können, da dessen Wandlungen vom Sozialdemokraten zum Chauvinisten und wieder rückwärts zum Sozialdemokraten doch auch den Gegnern bekannt sind. Vielleicht hätte einer von ihnen treffend die erste Geschichte der Sozialdemokratie anführen können, die Mehring im Solde des Kapitals gegen die Partei schrieb und die äußerst charakteristisch mit dem Rufe schloß: „Hoch die Hohenzollern! In diesem Zeichen wollen wir siegen!“ *)

Wo Sie in Ihrem Schreiben behaupten, daß sich Ihre Agitation keineswegs gegen die Haltung der Gesamtpartei richtet, verstehen wir nicht, wie Sie dann trotzdem jeden verteidigen, der im Ausland die Sozialdemokratie Deutschlands wegen ihrer Haltung in der schmutzigsten Weise angreift.

Wenn Sie sich darüber lustig machen, daß wir uns gegen maßlose Uebertreibungen bezüglich der Arbeitslosigkeit und Lebensmittelpreise in der Auslandspresse durch sich „Sozialdemokrat“ nennende Leute wandten, so ist das für Sie charakteristisch.

*) In der Nachschrift eines „Offenen Briefes an die Hamburger Parteigenossen“ schreibt hierzu der Genosse Mehring: Eben erfahre ich durch urkundlichen Beweis, daß Ihre Preßkommission die Behauptung verbreitet, ich hätte vor 36 Jahren geschrieben: „Hoch die Hohenzollern, in diesem Zeichen wollen wir siegen!“ Diese Behauptung ist von der Preßkommission wider besseres Wissen erfunden worden; ich habe weder diesen Satz geschrieben, noch sonst jemals die Hohenzollern hoch leben lassen oder in ihrem 3 ichen Hegen wollen. Das Urteil über eine Parteinstanz, die mir nicht nur die Verteidigung gegen öffentlich ausgesprochene Verdächtigungen abschneidet, sondern von sich aus noch unwahre Behauptungen hinter meinem Rücken kolportiert, um mich in Ihren Augen herabzusetzen, muß ich Ihnen überlassen.

F. M.

Wo Sie, die Sie in Deutschland leben, entgegen allen statistischen Feststellungen und allen Veröffentlichungen der Gewerkschaften, trotzdem von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit reden, ist es wahrlich ein Glück, daß Sie nicht, wie Sie behaupten, auch für ausländische Zeitungen schreiben; denn Sie würden diese genau so falsch informieren wie Ihre Freunde, welche der Vorstand der Gesamtpartei in einer nicht mißzuverstehenden Erklärung kürzlich als Parteischädlinge gekennzeichnet hat.

Nachdem Sie, entgegen unserem Ersuchen, Ihre einseitige Darstellung ohne unsere Antwort einem Teil von Parteigenossen schon wieder gedruckt zugestellt haben, müssen wir die Entscheidung darüber, ob und was von Ihren und unseren Ausführungen den Parteigenossen gedruckt übermittelt werden soll, den Parteivorständen überlassen, welchen wir von der geführten Korrespondenz Mitteilung machen werden.

Mit Parteigruß!

Die Preßkommission des „Hamburger Echo“.

J. A.: H. Thomas.

4.

Unsere zweite Antwort:

Hamburg, 4. Februar 1915.

Werte Genossen!

Nachdem Sie in Ihrem vorigen Schreiben unseren Standpunkt akzeptierten, daß der Burgfriede im wesentlichen auf einen gegen die Sozialdemokratie gerichteten Ausnahmezustand hinausläuft, treten Sie in Ihrem letzten Schreiben auf den von uns verfochtenen Standpunkt, daß die schwebenden Differenzen vor das Forum der Parteiöffentlichkeit — also der Mitgliedschaft — gehören. Ihr Versuch, Ihre Schwengung unter einer durchsichtigen Wortverdrehung zu verdecken, ändert nichts an diesem Tatbestand. Wenn Sie sich der — allerdings nicht angenehmen — Mühe unterziehen wollen, Ihr Exposé nochmals durchzulesen, werden Sie bemerken, daß Sie zwar nicht von der Parteiöffentlichkeit, wohl aber von der breiten bürgerlichen Öffentlichkeit gesprochen haben, an die Sie und die Redaktion sich vorher mit Ihrer „notwendigen Erklärung“ gewandt hatten. Unsere Versuche, Sie und die Redaktion vor das Forum der Parteiöffentlichkeit zu ziehen, sind nicht nur an Ihrer Weigerung fehlgeschlagen, sondern sogar von Ihnen als Disziplinbrüche bezeichnet worden.

Es ist unwahr, daß die Beschuldigungen gegen die Genossen Krause und von Elm anonym erhoben worden sind. Wahr ist, daß in einer Sitzung der Jugendleiter in Barmbeck — also in voller Parteiöffentlichkeit — der Genosse Walter Schulz die Anklage erhoben hat, ohne daß die Genossen Krause und von Elm es für geboten gehalten hätten, diesen Beschuldigungen entgegenzutreten. Nachdem die Redaktion von uns verlangte, daß wir eine von ihr aus dem „Harburger Volksblatt“ übernommene Unrichtigkeit zunächst in Harburg berichtigten, bevor sie selbst die von uns verlangte Berichtigung bringen würde, sind wir um so mehr berechtigt, an die Existenz des in Frage kommenden Briefes des Genossen Krause zu glauben, als Genosse Krause unseres Wissens weder in Barmbeck noch sonst irgendwo die erhobene Beschuldigung zu entkräften versucht hat, obwohl ihm für die Bestreitung der Existenz des Briefes das ganze „Echo“ zur Verfügung stände. Sie mögen den Fall damit für erledigt halten, daß der Vorstand der „Volksfürsorge“ nach dem Muster der preußischen Bureaokratie den Genossen entließ, der die vorgekommene Be-

lohnung für politisches Wohlverhalten aufdeckte.*) Dieser Standpunkt wäre indessen Ihre Privatmeinung und würde uns nicht der Verpflichtung entheben, auf Grund der Resolution des Erfurter Parteitages, die Sie zu zitieren belieben, alle nach der Organisation zustehenden Mittel in Anwendung zu bringen, um im Interesse der Partei diese Angelegenheit zu klären.

Wir erinnern daran, daß wir Ihnen und der Redaktion bereits im August Kenntnis gaben von unserem abweichenden Standpunkt zum Krieg, daß jedoch weder Sie noch die Redaktion es der Mühe für wert hielten, sachlich auf diese Meinungsverschiedenheit einzugehen, daß es Ihnen und der Redaktion bis zu dem Augenblicke gleichgültig war, wie wir zu der wichtigsten politischen Frage der Gegenwart standen, bis wir im Oktober, von unseren Rechten innerhalb der Organisation Gebrauch machend, unsere Meinung in den Bezirken und Distrikten der Partei, die Sie als „Konventikel“ zu beschimpfen belieben, zum Ausdruck brachten. Zur Grundlage der Diskussion in den gleichen „Konventikeln“ haben inzwischen Auer & Co. eine Broschüre des Genossen Haenisch über den Krieg herausgegeben, der offenbar berechtigt ist, eine Meinung zu haben und zu äußern, weil und so lange diese sich mit der Auffassung der örtlichen Parteibureaukratie deckt.

Wir empfehlen Ihnen, dieses Schreiben mit einer etwas größeren Aufmerksamkeit zu lesen, als Sie offenbar an unser voriges Schreiben ver-

*) Der beschuldigte Genosse schreibt den Leitern des Jugendbundes hierzu:
Werte Genossen!

Zu den unerhörten Verdächtigungen des Genossen Emil Krause . . . habe ich, soweit die Verdächtigungen gegen mich persönlich gerichtet sind, folgendes festzustellen:

1. Es ist nicht wahr, daß „der Brief von einem Leiter des Jugendbundes, der bei der Volksfürsorge angestellt ist, aus den Akten des Vorstandes gestohlen“ ist.

2. Ich stelle fest, daß ich der Verbreitung des Rundschreibens gänzlich fernstehe. — Wenn Genosse Krause sagt, daß die Adresse „ge rätselt“ sei, so will er damit ausdrücken, der Brief sei nicht an den Genossen von Elm, sondern an den Vorstand der „Volksfürsorge“ gerichtet. Genosse von Elm ist zusammen mit dem Genossen Lesche der geschäftsführende Vorstand der „Volksfürsorge“!

3. In dem Brief wird nicht nur der Anschein erweckt, als sei Genosse Albrecht durch die Fürsprache des Genossen Krause bei der „Volksfürsorge“ angestellt, sondern der Brief ist tatsächlich die Veranlassung zu der Einstellung gewesen. — Wenn Albrecht ohnehin durch den Verband angestellt worden wäre, welchen Sinn hätte dann der Brief gehabt?

4. Es ist eine wissenschaftliche Unwahrheit, wenn Genosse Krause in seinem Zirkular behauptet, daß ich den Brief gestohlen habe. Wahr ist dagegen, daß ich den Brief wohl gesehen und von seinem Inhalt Kenntnis genommen habe. Als Jugendleiter fühlte ich mich verpflichtet, in einer Sitzung der Leiter meines Distrikts den Briefauszug zur Kenntnis zu bringen.

5. Unwahr ist, daß ich einem Jugendlichen von dem Brief Mitteilung gemacht habe.

6. Auf Grund dieser Vorgänge wurde ich am 30. Januar 1915 gekündigt und unter Fortzahlung des Gehalts bis zum Ablauf der Kündigungsfrist auf der Stelle entlassen. Auf mein Ersuchen hin wurden mir mit einem Schreiben vom 1. Februar 1915 folgende „Gründe“ der gegen mich ausgesprochenen Kündigung mitgeteilt:

1. der von mir begangene grobe Vertrauensbruch,
2. die von mir ausgesprochene, aber nicht bewiesene Verdächtigung, daß ein anderer meiner Kollegen mir dabei behilflich war,
3. meine Weigerung, das Geringste dazu beizutragen, die in Veranlassung meines Vertrauensbruchs erfolgte Ehrverletzung eines meiner Kollegen aufzuklären.

Zu diesen „Gründen“ habe ich folgendes zu sagen: Der Vorstand der „Volksfürsorge“ weiß, so gut wie es durch ihn auch Genosse Krause wissen muß, daß ich den Brief gar nicht „gestohlen“ haben kann. Der Brief war mir bei meiner Tätigkeit überhaupt nicht zugänglich. Er wurde mir wegen meiner Eigenschaft als Jugendleiter von einer dritten Person zu Gesicht gebracht.

Wenn nun der Vorstand der „Volksfürsorge“ den Widerstand gegen die unerhörte, hartnäckig wiederholte Zumutung, diese dritte Person zu denunzieren, in eine „Verdächtigung“ umzuwandeln versucht, so kann ich das nicht ernst nehmen.

7. Ich fühle mich den Parteigenossen gegenüber von allen Vorwürfen frei. Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich nicht anders handeln konnte. Das Solidaritätsgefühl mit den hinterwärts beschimpften Leitern sowie mein parteigenössliches Pflichtgefühl überhaupt verbot mir, aus Furcht vor einer Maßregelung zu schweigen.

Mit Parteigruß
Schulz.

Hier sei auf eine kleine Schrift hingewiesen, in der Leiter des Jugendbundes den Vertrauensleuten die neuesten Vorgänge im Jugendbund, wie den Versuch der Militarisierung der Jugend und das Vorgehen der Genossen Krause und von Elm zur Kenntnis bringen.

wendet haben. Bei der Aufmerksamkeit, die Sie als Parteinstanz aufzubringen verpflichtet sind, hätte es Ihnen nicht entgehen dürfen, daß es uns gar nicht eingefallen ist, anzunehmen, daß Sie sich zur Erkenntnis der Richtigkeit der Schlussfolgerungen unseres ersten Briefes erhoben hätten. Wir haben lediglich festgestellt, daß Sie nicht in der Lage waren, von den für die Beurteilung Ihres Verhaltens maßgebenden Tatsachen das geringste zu bestreiten. Diese Tatsachen sind: die drei Veröffentlichungen im „Echo“, der unmittelbar darauf erfolgte Erlaß des Kommandierenden Generals vom 25. November und die auf Grund dieses Erlasses verfügten Versammlungsverbote.

Auf den sonstigen Verlegenheitsinhalt Ihres Schreibens einzugehen, erübrigt sich.

Nachdem Sie sowohl hinsichtlich des Burgfriedens wie in der Frage der Parteipflichtigkeit notgedrungen sich auf unseren Standpunkt geflüchtet haben, werden Sie verstehen, daß und warum wir berechtigt sind, in Ihrem letzten Schreiben die Vollenbung des politischen Bankrotts der Preßkommission zu erblicken. An sachlicher Meinungsverschiedenheit bleibt nun noch die Frage des Charakters des Krieges selbst. Während Sie mit der Redaktion und den übrigen örtlichen Parteinstanzen der Meinung sind, daß dieser Krieg dem Deutschen Reich vom „Eintreibungsverband“ aufgezwungen wurde, erkannten wir vom ersten Tage des Krieges an und sprachen es bereits in unserer ersten Erklärung vom 13. August aus, daß dieser Krieg ein imperialistischer Angriffskrieg Deutschlands ist.

Bei Ihrer Fähigkeit, Ihre Meinungen den Bedürfnissen des Augenblicks anzupassen, zweifeln wir nicht, daß der Tag kommen wird, wo Sie sich diese unsere Auffassung zu eigen machen werden, um sie gegen uns als die Ihrige zu verfechten.

Mit Parteigruß!

Dr. H. Laufenberg. F. Wolffheim. Dr. Herz.

5.

Finale.

Altona, den 4. Februar 1915.

Werte Genossen!

Ich bestätige Ihnen den Empfang Ihres letzten Schreibens vom heutigen Datum und teile Ihnen mit, daß die Preßkommission in ihrer letzten Sitzung beschloß, weitere Schreiben in dieser Angelegenheit von Ihnen unbeantwortet zu lassen.

Die Preßkommission setzt bei Ihnen trotz aller Kontroversen, die wir hatten, soviel demokratisches Gefühl voraus, daß Sie nicht anders als andere Beschwerdeführer gegen die Redaktion des „Hamburger Echo“ behandelt werden wollen, daß nämlich eine Beschwerde, mit der sich die Preßkommission beschäftigte, als für sie erledigt zu gelten hat, gleichviel, ob sich die Preßkommission auf den Standpunkt des Beschwerdeführers stellt oder nicht. Die Redaktion oder die Beschwerdeführer mußten, falls sie sich mit dem Entscheid nicht zufrieden geben wollten, bis zur nächsten Landesversammlung der Partei warten, in der der Bericht der Preßkommission erfolgt; sollte selbst über die Preßkommission hinaus die ganze Partei dem politischen Bankrott verfallen.

Ob ich auf den übrigen Inhalt Ihres Schreibens eingehen darf, ist mir nach dem letzten Beschluß der Preßkommission zweifelhaft, wo ich Ihnen nur noch diese Antwort geben sollte, deshalb bitte ich, folgendes nicht als Meinung der Preßkommission aufzufassen.

Es freut mich, daß Sie jetzt erklären, dieser Krieg sei ein imperialistischer Angriffskrieg Deutschlands. Hierüber ist ja des langen und breiten in den Referentenitzungen geredet worden, und da ist mir nicht in Erinnerung, daß irgend ein Redner bestritten haben sollte, daß der internationale Imperialismus die Ursache des Krieges, wohl aber, daß es gerade nur der deutsche Imperialismus sei. Das ist die Marotte von Ihnen. Diesen Gedankengängen zu folgen, mangelt es mir an der nötigen Gelehrsamkeit.

Daß Sie ferner der Preßkommission insinueren, sie stelle sich auf Ihren Standpunkt, und daß Sie weiterhin nicht zweifeln, daß sich die Preßkommission auch einmal eines Tages Ihre Auffassung zu eigen machen werde, um sie gegen Sie als die ihrige zu verfechten, hat mir gezeigt, daß Ignaz Loyola doch noch immer Schule zu machen vermag.

Der historische Materialismus, wie ich ihn verstehe, hätte Sie doch mindestens zu anderen Resultaten führen müssen als in Ihren vielen Schriftstücken, falls Sie ihn überhaupt auf die gegenwärtige Zeitlage angewendet hätten.

Mit Parteigruß!

H. Thomas, Altona, Winklersplatz 8.

XIV.

Die Politik der Hilflosigkeit.

Wiewohl das Wirken der Organisationen selbst beschränkt blieb und die oberste Repräsentation der Mitgliedschaft, die Delegierten der Landesorganisation, nicht ein einziges Mal berufen wurden, wiewohl die Redaktion es in der Hand hatte, die Spalten des Blattes gegen jede von der ihrigen abweichende Meinung hermetisch abzuschließen, eine Möglichkeit, von der sie mit äußerster Konsequenz Gebrauch machte, brach der auf Beschimpfung und Vergewaltigung gestützte Feldzug der Redaktion völlig zusammen. Der Versuch, die Vertrauensleute zu einem Tadelsvotum gegen uns zu bewegen, scheiterte; die Mitgliederversammlungen in Hamburg, Altona und Ottensen stellten sich, wo immer eine Diskussion ausgetragen wurde, auf unseren Standpunkt. Wenn heute noch die Stimmung der überwiegenden Majorität der Hamburger Parteigenossen nicht mit genügender Klarheit zum Ausdruck kommt, so liegt dies lediglich an dem Belagerungszustand, der im Namen des „Burgfriedens“ und der „nationalen Einheit“ die Sozialdemokratie für die Dauer des Krieges entmündigt hat.

Angeichts dieser Situation wußte die Redaktion keinen anderen Ausweg als die Taktik der einseitigsten Berichterstattung unter Verschweigung aller wichtigen Vorgänge im Parteileben, die vor den Lesern hätten erkennen lassen können, wie weit sich das „Echo“ von den Auffassungen der Partei entfernt hat. Hand in Hand mit dieser Totschweigung ging die Unterdrückung aller politischen Meldungen, durch die die proletarischen Leser des „Echo“ den von der Redaktion gewünschten Patriotismus hätten verlieren können, und die Verdrehung von Äußerungen der ausländischen Parteipresse, die für die Auffassung der Redaktion des „Echo“ vernichtend waren. Wir geben

nur einige wenige Beispiele dieser Taktik: Das Manifest der Internationale, gegen das das „Echo“ mit größter Schärfe zu Felde zog, wurde zwar von anderen Parteiblättern, nicht aber vom „Echo“ veröffentlicht. Eine Erklärung des Genossen Mehring gegen die Kritik an der Internationale, die sich offen gegen das „Echo“ richtete, wurde vom „Vorwärts“ und zahlreichen Blättern im Lande gebracht, vom „Echo“ jedoch den Hamburger Parteigenossen vorenthalten.

Im „Hamburger Korrespondent“ erschien ein Artikel gegen die Genossen S. Müller, Mitglied des deutschen Parteivorstandes, R. Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring, die im Titel als „ein widerliches Kleeblatt“ bezeichnet wurden, weil sie sich „nicht gescheut“ hatten, „nach England Grüße zu schicken“, ein Artikel, dessen ganzer Inhalt auf den Ton der Ueberschrift gestimmt war. In dem Artikel hieß es:

„Der Harmloseste der Vier ist S. Müller, der sich darauf beschränkt, die Hoffnung auszusprechen, daß die Internationale nach dem Kriege wieder auferstehen möge. Dann aber Liebknecht, der Gebrandmarkte! Er nennt die britischen Sozialisten seine Brüder, beschimpft mit der britischen auch die deutsche Regierung, beschimpft die für ihr Vaterland kämpfenden Sozialdemokraten Deutschlands, sagt ihnen nach, daß bei ihnen Widerstand gegen den Krieg beginne und huldigt den Sozialisten Englands und Serbiens. Da ist Rosa Luxemburg sogar noch verhältnismäßig gehalten; aber sie hat die Stirn zu schreiben, bei den Arbeiterklassen nehme die jingo-intoxication ab; es beginne bei ihnen das Erröten über das, was jetzt vorgeht. Franz Mehring schließlich beschränkt sich auf Vorwürfe gegen die Führer und prophezeit gewaltsame Rückkehr zu den Prinzipien des Internationalismus.“

Nach den zahlreichen Beweisen, die in der Kriegszeit die Sozialdemokratie für ihre Hingabe an das Vaterland geboten hat, wollen wir auch nicht mit dem Schatten einer Andeutung die Partei für das schamlose Verhalten des widerlichen Kleeblatts verantwortlich machen. Es wäre aber doch wohl geboten, nach der erforderlichen Maßregelung dieser Undeutschen die ganze Partei darauf hinzuweisen, daß Korrespondenz mit den Feinden Deutschlands sich nicht schickt, daß darin eine schwere Versündigung am Vaterland liegt, ganz zu geschweigen von dem empörenden Inhalt, mit dem die Genannten sich und den Namen ihrer Partei besudelt haben.“

Parteiblätter im Lande protestierten gegen diese Niedertracht, das „Echo“, das als zuständiges örtliches Parteiblatt zunächst und zuerst zur Zurückweisung dieser infamen Beschimpfung von Parteigenossen berufen war, unterschlug diesen flagranten Bruch des „Burgfriedens“ im Namen der Erhaltung des „Burgfriedens“ seinen Lesern.

Am Donnerstag, den 4. November, hielt der Stellvertretende Kommandierende General des 9. Armeekorps, von Roehl, bei einer Abnahme erobelter Geschütze vor dem Hamburger Rathaus eine Rede, aus der die Eroberungsziele der in Deutschland mehr als je herrschenden Militärkamarilla deutlich hervorleuchteten:

„Solche eroberten Kanonen stehen heute vor uns, unter dem Denkmal unseres unvergeßlichen großen Kaisers Wilhelm I., unter dessen Augen wir ganz im Sinne seines Enkels Kaiser Wilhelm II., ein Gelübde ablegen wollen: Wir wollen unser scharfes und gerechtes Schwert nicht eher in die Scheide stecken, bis nicht der letzte unserer Feinde anerkannt hat, daß nur ein Volk ein Recht darauf hat, eine überragende Rolle in der politischen Welt zu spielen, nur allein das deutsche Volk.“

Die bürgerliche Presse brachte diese Rede, das „Echo“ verschwieg sie. Die Leser hätten sich über Charakter und Ziele des Krieges ihre eigenen Gedanken machen können. Während die herrschenden Klassen es ablehnen, irgend eine Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiterschaft zuzusagen,

während der Lebensmittelwucher seine Blüten treibt und zum Kriege sich für die breiten Massen des Volkes bereits die Hungersnot gefellt hat, sieht das „Echo“ die Demokratie auf dem Marsche, und wehe denen, die daran nicht glauben wollen!

„Es kann jetzt nicht anders sein. Lauter wirbeln die Trommeln, heller schmettern die Hörner, und es ist, als hörte man die Herzen dazu schlagen. Alles durch das Volk, alles für das Volk! Wehe denen, die dieses Volk um den Glauben an seine Zukunft betrügen wollten!“

Wenn ein Parteiblatt sich in dieser Weise immer weiter von alledem entfernt, was es vor dem Kriege seinen Lesern gesagt, was seinen Lesern als die Grundlage ihrer Weltanschauung in Fleisch und Blut übergegangen war, so ist es nicht verwunderlich, wenn so ziemlich alle Mitarbeiter der Linken auf jede weitere Tätigkeit für das Blatt verzichteten. Die Redaktion war deshalb jedoch nicht verlegen. Dort, wo früher sozialdemokratische Artikel zu finden waren, tauchte Herr Otto von Gottberg auf, einer der widerlichsten Patrone aus den Reihen der bürgerlichen Pressekulis. Dieser Gottberg, der im Krupp-Prozess als bezahlter Agent der Kanonenfirma vor aller Welt von der gesamten Parteipresse bloßgestellt war, damals einer der Hauptmacher im „Berliner Lokalanzeiger“ des Herrn Scherl, verbricht im „Hamburger Echo“, im zweitgrößten Blatt der deutschen Sozialdemokratie, die wütesten chauvinistische Heze, selbst gegen die Belgier, die in einem deutschen Parteiblatt wahrlich eine andere Behandlung finden sollten als zynische Beschimpfungen. So heißt es in einem Artikel, den dieser Gottberg an der Spitze der ersten Beilage der Nr. 32 des „Echo“ erscheinen ließ, u. a.:

„... Die eiserne Zeit heischt Herzen von Eisen, die ohne Erbarmen den Gegner vernichten. Was schert uns sein weinerlich Gewinsel von dem durch jeden Schlag unserer Waffen unfehlbar getroffenen britischen Baby. Was scheren uns belgische Flüchtlinge, denen U 21 das Fleisch einer Mahlzeit verkalzte. Belgische Flüchtlinge sollten als „Konterbande“ gelten, weil England sie gewaltjam in den Dienst der ihm verbündeten Heere preßt, wie es früher durch Raub die Matrosen für seine Schiffe zusammenstahl.“

Die Parteigenossen, die zurzeit bei der Marine ihre schwere gesellschaftliche Pflicht erfüllen, werden für diese Charakteristik ihrer Tätigkeit nicht sehr dankbar sein.

Der „New Yorker Volkszeitung“, die während des ganzen Weltkrieges eine konsequente proletarische Politik getrieben hat, wird folgender Unsinn unterschoben:

„Und nun steht dasselbe Blatt wie vor einem unlösbaren Rätsel und kommt zu den unsinnigsten Schlüssen. Grund: Durch die ausschließlich englischen Nachrichten hat sich der Glaube festgesetzt, das Deutsche Reich habe in einem plötzlichen Anfall von Tollwut die Nachbarstaaten mitten im Frieden überfallen und würde Europa mit Feuer und Schwert verheeren, wenn nicht glücklicherweise das glorreiche England Gut und Blut einsetze, um die Zivilisation zu retten! Wie das Lied erst in der englisch-amerikanischen Presse, deren Macher von europäischen Verhältnissen wenig wissen, klingen mag?“ (Nr. 197.)

In Wahrheit hat die „Volkszeitung“ nur die für ein Parteiblatt des Auslandes selbstverständliche Auffassung vertreten, daß nicht England und Frankreich, sondern Deutschland und Oesterreich planmäßig und bewußt eine Situation geschaffen haben, aus der nach Oesterreichs Angriff auf Serbien der Weltkrieg entspringen mußte — eine Auffassung, die die Redaktion des „Echo“ bekanntlich bis zum Tage der Verhängung des Kriegszustandes teilte. — In einem anderen Artikel des „Echo“ finden sich Beschimpfungen und Schmähungen gegen einen Genossen, der uns nicht bekannt ist, der an die

„New Yorker Volkszeitung“ einen politischen Artikel sandte, gegen den sich sachlich mancherlei einwenden lassen mag, der sich in seinen Formen jedoch in jeder Weise an die Grenzen hält, die den Parteigenossen, die für ausländische Parteiorgane schreiben, durch die jetzige Situation gezogen sind. Die Redaktion des „Echo“ bemerkt dazu:

„Durch diese Auslassungen wird in ganz ähnlicher Weise, wie wir das hier am Orte selbst erlebt haben, der deutschen Sozialdemokratie unterstellt, sie habe durch ihre Haltung den Charakter einer Arbeiterpartei aufgegeben und ihre Grundsätze verleugnet. Wenn unsere in Amerika lebenden Genossen, verführt durch englische Lügenberichte, dazu kämen, solchen Unsinn zu glauben, könnte man es noch begreiflich finden, wenn auch Männer, wie unser alter Schüler, die deutschen Arbeiter, ihre Presse und ihre alterproben parlamentarischen Vertreter besser kennen sollten. Hier handelt es sich jedoch um einen Verleumdungsfeldzug, der von Deutschland, und in diesem besonderen Falle von Hamburg aus in Szene gesetzt worden ist. Man könnte darüber mit dem Schweigen der Verachtung hinweggehen, wenn in der „New Yorker Volkszeitung“ nicht selbst verlangt würde, man solle von ihren „in durchaus freundlicher Absicht geschriebenen Artikeln Kenntnis nehmen“. Das haben wir getan und können dem Parteiorgan jenseits des großen Wassers darauf nur die Antwort geben, daß es von seinem Hamburger Berichterstatter schändlich belogen worden ist. Er gehört zu jener Sorte Menschen, denen ehrliche Sozialdemokraten stets aus dem Wege gegangen sind.“

Die Redaktion verdächtigt in ihrem Artikel in versteckter, jede Berichtigung ausschließender Weise uns oder unsere näheren Freunde der Verfälschung des „Volkszeitung“-Artikels, so daß wir nicht fehl gehen, wenn wir die Schmähungen auf unsere Personen beziehen, obwohl der Redaktion aus unserem Briefwechsel mit der Preßkommission zweifellos bekannt ist, daß keiner von uns seit Kriegsausbruch auch nur eine Zeile für ein ausländisches Blatt geschrieben hat.

Am Mittwoch, den 13. Januar, erschien im „Echo“ ein Artikel „Der Arbeiter und sein Vaterland“. Nach einem Bericht der „Hamburger Nachrichten“ hatte Fritz Kummer in der „Metallarbeiterzeitung“ zwei Artikel veröffentlicht, deren Schlusssätze lauteten:

„Wenn wir jetzt auf dem ganzen Erdenrund herzlich wenige treue Freunde finden, wenn ehrliche Zuneigung zu unserem Lande in verteuft dünnen Halmen gewachsen ist, wenn Genossen von Ländern mit sechs Zehntel Analphabeten glauben, berechtigt zu sein, uns die kulturelle oder sozialistische Würde absprechen zu dürfen, so ist das nicht einzig und allein der Unmöglichkeit unserer herrschenden Klasse, moralische Eroberungen zu machen, zuzuschreiben, auch wir, die organisierte Arbeiterschaft, tragen schuld daran. In der Tat!

Unsere Kritik an den Zuständen unseres Landes war und ist notwendig, und sie wird selbstverständlich auch ferner unbedingt notwendig sein; allein sie war zu viel auf Verneinung gestimmt. Dabei kamen aber das tatsächlich Gute, das Besserwerdende, unsere Errungenschaften, viel zu kurz. Unsere ägende Kritik aber lieferte dem Auslande, besonders den uns jetzt Kultur, sozialistische Würde und was sonst noch abschprechenden ausländischen Genossen den Stoff zu dem Bilde, das sie uns nun als das Deutschlands, nein, als unser eigenes vorhalten. Von dem, was diesem Bilde anziehende Formen, lichtere Töne geben können, erhielten sie zu wenig, nein, gar nichts von uns: Schade! Denn kaum in einem anderen Lande der Welt ist in den letzten paar Jahrzehnten der wirtschaftliche, soziale und geistige Fortschritt des arbeitenden Volkes so groß gewesen.

Dies und noch viel Ähnliches zu sagen, hätten wir über unserer Kritik nicht unterlassen dürfen; und wir hätten es der Welt mit aller Deutlichkeit

verkünden müssen. Das ist nicht geschehen. So wurde der bezahlten Hez-
presse die Verleumdungsarbeit erleichtert. So mußte die schlechte Meinung
der Welt von den Zuständen unseres Landes erhalten, verschlimmert werden.
So konnte sich in den Köpfen ausländischer Genossen der scheußliche Wahn
fortsetzen, der Sieg des Zarismus und seiner Verbündeten über Deutschland
sei nicht nur ein Segen für sie, sondern vor allem auch für uns.“

Das „Echo“ unterstrich diese Auffassung, die die bisherige Politik der
Sozialdemokratie im vollsten Umfange Lügen straft. Der Artikel enthält
mehr Wahrheit, „als was an Weisheit von einem Bäderduhnd internationaler
Theoretiker in letzter Zeit über die Haltung der deutschen Sozialdemo-
kratie verzapft worden ist“. Als der „Proletarier“, das Organ der deutschen
Fabrikarbeiter, diese merkwürdige Klassenkampftheorie vom sozialistischen
Standpunkt beleuchtete, brachte es das „Echo“, statt zu seinen Worten zu stehen,
fertig, den klaren Sinn jener Worte in sein Gegenteil umzudrehen.

Als im preussischen Abgeordnetenhaus die sozialdemokratische Fraktion
zum ersten Male seit Beginn des Krieges wieder öffentlich die prinzipiellen
Forderungen der Sozialdemokratie erhob, das gleiche Wahlrecht für Preußen,
die Demokratie für das Reich, forderte, schrieb das zweitgrößte Blatt der
deutschen Sozialdemokratie den folgenden Artikel:

Es war leider vorauszusehen, daß die Erklärung, die die sozialdemo-
kratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses am Dienstag bei der
Etatsberatung abzugeben für gut und politisch nützlich befunden hatte, das
Gegenteil ihrer Absicht erreichen würde. Statt die Regierung für die
Beschleunigung der Wahlreform zu gewinnen, hat sie es ihr sehr leicht
gemacht, jetzt ganz darüber zu schweigen; statt im Abgeordnetenhaus selbst
eine Mehrheit gegen die absoluten Feinde jeder Wahlreform vorzubereiten,
hat sie alle anderen Parteien unter der Führung des Herrn von Heydebrand
zusammengeschmiedet gegen die sozialdemokratische Fraktion, und statt eine
Erklärung des Hauses für den Frieden zu schaffen, hat sie es dahin gebracht,
eine große Kundgebung gegen den Frieden zu provozieren. Man kann
nicht gut eine verfehltere Fraktions„politik“ treiben, als es hier geschah,
und man kann ihrer Fortsetzung nur vorbeugen, wenn man dies offen
auspricht und die preussischen Parteiorganisationen und ihre Leitungen
ermahnt, sich die Politik ihrer Abgeordneten unter die Lupe zu nehmen.
Glücklicherweise sind auch die preussischen sozialdemokratischen Abgeordneten
keine Halbgötter, so sehr einer das von sich glauben mag, sondern sie sind
Beauftragte der Partei und ihrer Wähler, und wenn die Fraktionspolitik
in Preußen so weiter geht, dann hilft kein Mundspitzen mehr, dann muß
gepfiffen werden!

Der grundsätzliche Fehler dieser Fraktionspolitik lag darin, daß sie
jedes Maß vermissen ließ für die Zeit und die Umstände, in denen wir
jetzt leben. Die Fraktion mußte wissen, daß es jetzt ausschließlich um
Krieg und Sieg geht, daß alles andere, an sich auch noch so wichtige,
dahinter zurücktreten muß. Will die Fraktion etwa jemand glauben machen,
daß, wenn die Russen in Berlin regieren oder die Engländer uns aus-
gehungert haben würden — das allgemeine, gleiche, geheime und direkte
Wahlrecht in Preußen überhaupt auch nur noch zu diskutieren wäre?
Wir wollen doch wohl alle in der Geschichte vorwärts und nicht über
Rußland, Indien und Japan rückwärts. Im einzelnen: glaubt die Fraktion
im Ernst, daß jetzt, wo Millionen Preußen in den Schützengräben liegen,
der Rest hier große Politik machen und durchführen kann und will? Wer
soll entscheiden, und wo soll bei uns zuletzt abgestimmt werden: unter den
Tausenden Parteigenossen im Felde oder in den Konventikeln von Steglitz
und Lichterfelde?

Alle politischen Forderungen für Preußen in der Erklärung (besser
würde man sagen: Resolution . . .) sind an sich berechtigt. Das weiß
jeder. Aber die Fraktion mußte auch wissen, daß man auf einem glühenden

Vulkan nicht das ABC vorträgt und lehrt, so richtig und notwendig das ABC ist; erst muß man über den Vulkan hinweg sein. Die Form aber, in der der Frieden verlangt wurde, war nicht mal an sich richtig. Mit weinerlichen Wünschen und süßen Hoffungsseufzern wird der Friede nicht herbeigeholt. Das sollten wir doch wirklich nachgerade alle begriffen haben. Wenn der Krieg da ist, kommt der Friede nur durch Sieg oder Niederlage, offen oder weniger offen. Auch in der Fraktion wünscht sicherlich niemand eine Niederlage Deutschlands. Wozu also diese verschwommene, ursprünglich bürgerlich-friedensapostolische Heulmeierei nach Frieden, sozusagen nach Frieden um jeden Preis? So gab man Herrn von Heydebrand und Herrn von Zedlitz, dem einen sofort an Ort und Stelle und dem anderen in der Presse, nur Gelegenheit, sich als die alleinigen Retter des Vaterlandes aufzuspielen. Das hätte man billiger haben können und ohne der Reichspolitik der Gesamtpartei Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Im übrigen liegt es uns fern, für diese ganz verfehlte Erklärung die gesamte Fraktion verantwortlich zu machen. Wir wissen, daß einige ihrer Mitglieder sich in der Presse durchaus in unserem Sinne ausgelassen haben, und es ist auch kein Geheimnis, daß die „Majorität“ für diese „Resolution“ an einem (!) Faden hing. Gerade um deswegen aber hat man das Recht, sie desto deutlicher abzulehnen. Was hiermit von uns geschehen sein soll!

Dieser Kritik stimmten u. a. rückhaltlos zu: die „Tägliche Rundschau“, die „Deutsche Tageszeitung“, die „Post“, die „Kreuzzeitung“, die „Königliche Zeitung“ — die bürgerliche Presse, wie die „Königliche Zeitung“, zum Teil weniger scharf als das „Hamburger Echo“. Den größten Beifall fand das „Hamburger Echo“ beim „Hamburger Fremdenblatt“:

„Muß man da noch erwähnen, daß eine unbedeutende Clique von Hysterikern dem Göhen der Konsequenz meinte opfern zu müssen auch bei dieser ganz verfehlten Gelegenheit? Die kleine sozialdemokratische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, deren sich ja im Reich die Mehrzahl aller Sozialdemokraten längst zu schämen gewöhnt hat, konnte nicht verzichten auf eine „Erklärung“: Aber schließlich kann einem das nicht wundernehmen bei Leuten, bei denen das Bewußtsein der Existenzberechtigung sich schon längst nur noch am Dasein erhalten hat kraft innerer Aufblähung, durch Wortschwall und exaltierte Manieren.“

Dieser „entschieden liberalen“ Glossierung der Erklärung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion setzte die bürgerliche „Welt am Montag“ folgendes Urteil entgegen:

„Es soll niemand verwehrt sein, die u. E. sachlich unanfechtbare und für eine sonst zum Schweigen verurteilte Partei einfach gebotene Erklärung zu kritisieren. Aber die Form, in der hier Kritik durch persönliche Beschimpfung von Ehrenmännern ersetzt wird, muß es der Sozialdemokratie fast unmöglich machen, ihrerseits den Burgfrieden zu achten.“

Das „Hamburger Fremdenblatt“, schrieb dazu der „Vorwärts“, kann sich dieser Kritik eines bürgerlich-demokratischen Blattes gegenüber allerdings auf einen Schwertgenossen berufen, den — Freiherrn Octavio v. Zedlitz! Dieser widmet nämlich der im „Hamburger Echo“ erschienenen Kritik der sozialdemokratischen Fraktionserklärung einen längeren Artikel, in dem er aus diesem Artikel eines Sozialdemokraten eine „Fülle bitterer Wahrheiten“ mit dem Ausdruck begeisterter Zustimmung wiedergibt.

Es protestierten gegen die Kritik des „Hamburger Echo“ außer dem „Vorwärts“ unter anderem die Parteiblätter von Elberfeld, Düsseldorf, Duisburg, Dortmund, Bremen, Leipzig, Magdeburg, Stettin. Das Stettiner Blatt meinte, die Erklärung der preußischen Landtagsfraktion enthalte „so platte Selbstverständlichkeiten, die übrigens schon in der ersten Erklärung vom 22. Oktober v. J. anzutreffen sind, daß kein Sozialdemokrat

und Arbeiterführer auch nur ein Wort darüber verlieren sollte. . . . Wenn nun trotzdem noch sich Parteigenossen dagegen auflehnen, so gibt es unserer Meinung nach hierfür keine andere Erklärung als die, daß die Partei aus der sozialistischen Grundsätzlichkeit mehr und mehr in das Fahrwasser einer Grundsatzlosigkeit geführt werden soll. Die, die das wollen, werden doch hoffentlich von dem Gros der Parteigenossen nicht erwarten, daß es das alles so ruhig hinnehmen soll.“

Genosse Eduard Bernstein rückte in einem Artikel in der „Bremer Bürgerzeitung“ von der neuesten Theorie des „Echo“ weit ab. Es sei „nicht anzunehmen, daß der „Echo“-Mann . . . mit dieser Aufforderung ein starkes Echo bei den Parteigenossen in Preußen finden wird.“ — Die „Bergische Arbeiterstimme“ in Solingen aber bemerkte unter dem Titel „Schnurrige Schulmeistererei“ lakonisch: „Anscheinend handelt es sich um ein Manuskript, das für die . . . „Hamburger Nachrichten“ bestimmt war und versehentlich in das „Hamburger Echo“ geraten ist.“

Von dieser ganzen Polemik hat das „Hamburger Echo“ seinen Lesern nichts mitgeteilt. Diese würden sonst sogleich bemerkt haben, daß das „Echo“ in der inneren Politik noch weniger wie in der äußeren die Auffassung der „Gesamtpartei“ repräsentiert, eine Rolle, auf die es sich fortgesetzt beruft. Es repräsentiert eben nichts als die individuelle Meinung seiner Redakteure und findet sich darin mit den Kreisen, die sich ganz offen bemühen, aus der Sozialdemokratie eine nationale Reformpartei zu machen.

So hat die Redaktion, die davon ausging, jede Kritik an ihrer Auffassung für einen Disziplinbruch zu erklären, es dahin gebracht, daß sie selbst fortgesetzt alles das herunterreißt, was sie vor dem Kriege gelehrt und geglaubt hat. Diejenigen Theoretiker der Partei, die ihr vordem Lehrer und Führer waren, Kautsky und Mehring, werden jetzt von ihr beschimpft und verhöhnt, weil sie es ablehnen, die bisher verkochten Grundsätze mit Füßen zu treten.

Die Parteiblätter, die früher mit dem „Echo“ Schulter an Schulter standen, werden jetzt vom „Echo“ angerempelt oder sehen sich verpflichtet, vom „Echo“ abzurücken. Vereint mit dem „Echo“ aber kämpfen gegen die „kleine Gruppe“ der „Quertreiber“ Männer wie Heineß Kolb, Keil, Fendrich, Octavio von Zedlitz und die ganze deutsche Scharfmacherpresse.

Von der größten Bedeutung für die Arbeiterschaft ist die Bekanntgabe des Friedensprogramms der Regierung. Die Erklärung, die der Abgeordnete Spahn nach der Erklärung des Genossen Haase im Reichstag am 10. März abgab, die Forderung, daß der Krieg Resultate zeitigen müsse, die der deutschen Arbeit und dem deutschen Unternehmungsgeist mehr als bisher die gedeihliche Entwicklung sicherten, hat in verblümmter Form, aber doch deutlich genug ausgesprochen, daß Regierung und bürgerliche Parteien mit dem Kriege Ziele der Eroberung verbinden, Ziele, deren Verwirklichung den europäischen Militarismus in noch höherem Grade stärken müßten, als es 1870/71 die Losreißung Elsaß-Lothringens von Frankreich getan hat.

Das Friedensprogramm der Regierung würde Klarheit darüber schaffen müssen, ob die Regierung die Verfassung einer Revision zu unterziehen, ob die Regierung die politischen Rechte des Volkes zu erweitern, die Hemmungen des Koalitionsrechts zu beseitigen, die Arbeiterschutzgesetzgebung zu erweitern gedenkt. Am 18. Februar erkannte das „Echo“ die Dringlichkeit an, daß die Deffentlichkeit in die Erörterung der Kriegsziele eintrete. Gegenüber dem Abg. Stressemann, der eine Annexionspolitik empfahl und der den Staatsmännern, die gegenteiliger Meinung sein sollten, mit der Empörung des deutschen Volkes drohte, bemerkte das Blatt:

„Die Hauptsache beim Friedensschluß ist, daß ein Friede zustande kommt, der nicht in sich selbst die Keime neuen Völkerkrieges trägt. Darüber sich eingehend auszusprechen, sollte endlich auch dem deutschen Volke und seinen Wortführern gestattet werden.“ (Nr. 41.)

Die Bekanntgabe eines Friedensprogramms ist nur dann unbequem, wenn man eine Politik der Eroberungen treiben will, deren Umfang natürlich vom Ausgang des Krieges abhängt, und wenn dem Volke sein mit Blut erkauftes Recht vorenthalten werden soll. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wies denn auch die Forderung, die Erörterung der Kriegsziele freizugeben, energisch zurück. Wie bei allen Regierungspartolen während der Kriegsdauer, fiel auch diesmal das „Echo“ prompt um. Sechs Tage nachdem es sich für die Erörterung der Kriegsziele ausgesprochen, schrieb es:

„Wir sind ganz der Meinung des Kanzlerblattes, daß es zurzeit durchaus unangebracht ist, über die Bedingungen des künftigen Friedens zu diskutieren. Nicht nur würden wir dadurch in die wenig schöne Lage der Leute kommen, die das Fell verteilen, ehe der Bär erlegt ist, wir würden uns auch neue Schwierigkeiten schaffen. Denn natürlich würden jene Phantasten, die uns schon lange vor dem Krieg in den Augen der ganzen Welt durch ihre närrischen, im Ausland aber leider ernst genommenen Wäne schädigten, das große Wort führen. Die Regierungserklärung vom 4. August genügt in betreff des Kriegszieles vernünftigen Leuten durchaus.“ (Nr. 46.)

„Nicht hot und nicht hü“ würden wir sagen, wenn wir die Liebesswürdigkeiten wiederholen wollten, die das „Echo“ dem Genossen Kautsky an den Kopf geworfen hat.

Indem die Hamburger Instanzen diese völlige Schwentung der Redaktion des „Echo“ deckten, machten sie den politischen Bankrott der „Echo“-Redaktion zu dem ihrigen. Indem sie die Schwentung vornahmen in einer Zeit, in der die Mitgliedschaft in ihrer Bewegung gehemmt war, zwangen sie die Mitgliedschaft, Front zu machen gegen die Schwentung.

Es ist nur die Konsequenz dieser Politik der Kreuz- und Quersprünge, wenn unter Mitwirkung der Redaktion die Hamburger Bürgerschaftsfraktion vorbehaltlos dem Staatsbudget zugestimmt hat, mit der fadenscheinigen Begründung, daß die politische Lage dies gebiete und eine Reihe von Anregungen der Fraktion — worunter sich übrigens die staatliche Arbeitslosenunterstützung nicht befindet — Berücksichtigung gefunden hätten. Die Bewilligung des Budgets ist ein schwerer Disziplinbruch, ist eine Verletzung wichtiger gültiger, wiederholt gefaßter Parteitagebeschlüsse; ihre armselige Begründung ist eine Verhöhnung der zum Schweigen verurteilten Mitgliedschaft. Der klare Sinn der Zustimmung zum Budget ist: durch die Praxis, durch die Machtvollkommenheit der Bureaukratie unter dem Schutze von Kriegszustand und Burgfrieden das gültige Recht der Partei außer Kraft zu setzen.

Wie in Hamburg eine einheitliche Parteilinie führt von der „Echo“-Redaktion, der Pressekommission und den Vorständen zu Dr. August Müller und dem Literatenkreis der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, so führt in Reich die gleiche Parteilinie von den Hamburger Instanzen zu Wolfgang Heine und dem süddeutschen Revisionismus. Wenn die Hamburger Mitgliedschaft von jeher zu den radikalen Kerntuppen der Sozialdemokratie gehört hat, so sind die Hamburger Instanzen heute bis zu einem solchen Grade dem plattesten Reformismus verfallen, daß Genosse Eduard Bernstein, einst das Haupt des wissenschaftlichen Revisionismus, gegen sie die Linie der selbständigen Klassenpartei und der selbständigen Klassenpolitik vertreten muß.

Weit entfernt davon, die Auffassung der Gesamtpartei zu repräsentieren, ist das „Echo“ heute — und mit ihm die Hamburger Instanzen — der Brennpunkt der Sammlungsbewegung jenes kleinen Flügels in der Arbeiterbewegung geworden, der unter Preisgabe der sozialdemokratischen Agitationsmethoden und Kampfmittel zu jedem Kompromiß mit bürgerlichen Kreisen entschlossen ist, sofern diese nur das imperialistische deutsche Kaiserium mit einem pseudodemokratischen und sozialpolitischen Schnörkel zu verschönern gewillt sind. Dieser kleine Flügel begnügt sich aber nicht damit, der Partei die Taktik des nationalen Reformismus aufzuzwingen. Er geht bereits dazu über, den Versuch zu machen, die Partei in zwei Lager zu spalten, indem er offen die Forderung des Hinauswurfs der Linken erhebt, eine Forderung, die freilich eine natürliche Konsequenz dieser Politik der Hilflosigkeit ist, die die Instanzen einer seit jeher als radikal bekannten Mitgliedschaft bis zur Budgetbewilligung geführt hat. Wie das „Echo“ diese Spaltungspolitik betreibt, geht aus dem Leitartikel hervor, den es sich von seinem getreuen Schildknappen Konrad Haenisch schreiben ließ:

„Nein — die Arbeiterbewegung wird ihren Weg gehen, trotz des Freiherrn von Zedlitz und der preußischen Minister auf der einen und trotz der Richtung Liebknecht auf der anderen Seite! Was ich bei meiner Wendung im „Vorwärts“ im Auge hatte, war nicht die Unwahrscheinlichkeit einer Verständigung innerhalb der Arbeiterbewegung, sondern nur die schwindende Wahrscheinlichkeit einer Verständigung zwischen der Arbeiterbewegung und der Gruppe Liebknecht. Einer Gruppe, die im wesentlichen aus Theoretikern und Literaten besteht, die gewiß alle ihre großen Verdienste um die Partei haben, denen aber in dieser Zeit jede lebendige Fühlung mit der Arbeiterbewegung selbst immer mehr verloren gegangen ist. Diese Theoretiker und Literaten könnten — das mögen sich alle die, die es angeht, hinter die Ohren schreiben — nur dann einen zeitweiligen Anhang in weiten Arbeiterkreisen gewinnen, wenn in Preußen nach Zedlitzschen Rezepten weiterregiert würde! Geschieht das nicht, kommen die preußischen Machthaber, wie ich trotz alledem und alledem immer noch hoffe, endlich zur Einsicht in die Forderungen des Tages und in die Gebote der Stunde, dann ist auch das Häuflein derer um Liebknecht zur Dymmacht verdammt.“

„Kommen diese Genossen im weiteren Verlaufe des Krieges doch noch zu der Einsicht, daß die Wege, auf denen sie heute gehen, Irrwege sind, die die Arbeiterbewegung ins Verderben führen: um so besser! Niemandem wäre das lieber und erwünschter als mir, der ich unter dieser Gruppe so manchen alten und erprobten Freund habe. Stellt sich die Einsicht aber nicht ein — nun, so ist es besser, daß diese Genossen sich in aller Freundschaft von uns trennen, nachdem der erste Friedensparteitag sein Urteil (und dieses Urteil kann nicht zweifelhaft sein!) gesprochen haben wird. Diese Trennung würde dann notwendig werden gerade im Interesse der Einheitlichkeit und Schlagkraft der Partei, für die nach diesem Kriege innere Kämpfe in der Art der Jahre 1890, 1891 und 1903 bis 1906 nicht mehr und nicht weniger als Selbstmord bedeuten würden. Ueber schieblich-friedliche Trennung einiger weniger von der Partei, als jahrelanger fruchtloser Haber, der die ganze Bewegung lähmen und Deutschland um alle innerpolitischen Früchte dieses furchtbaren Krieges bringen würde. Daran, dies ganz offen und rüchhaltlos auszusprechen, darf keine persönliche Freundschaft uns hindern.“ (Nr. 63.)

Das ist zu den vielfachen versteckten Drohungen die erste offene Drohung in Hamburg mit dem Hinauswurf der Linken — das ist das offene Spielen mit dem Gedanken der Spaltung der Partei. Demgegenüber vertreten die Wortführer des Radikalismus das Prinzip der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung auf den Grundlinien, die sich in ihrer nun mehr als fünfzigjährigen Geschichte bewährt haben.

Die Opposition gegen die Hamburger Parteinstanzen ist nicht ein Werk der Organisationszerstörung, sondern die Voraussetzung dafür, daß die Genossen in den Schützengräben die Hamburgische Sozialdemokratie wieder finden werden als das, was sie war: die prinzipienklare kampffähige und kampfwillige politische Organisation des Hamburgischen Proletariats.

XV.

Was tut not?

Organisationsformen unterliegen wie alle anderen menschlichen Einrichtungen dem Wechsel. Entstanden aus den Bedürfnissen bestimmter geschichtlicher Zeitepochen, müssen sie mit der Veränderung der Gesamtsituation auch ihren Charakter ändern. Die proletarischen Organisationen entwickelten sich in der langen Periode der Festigung der kapitalistischen Nationalstaaten unter der Voraussetzung, daß an große politische Erschütterungen in absehbarer Zeit nicht zu denken sei, daß das Schwergewicht der Kämpfe noch auf lange hinaus im parlamentarischen Kompromiß mit den alten eingeseffenen Machtfaktoren liege. In dieser Zeit hat die proletarische Organisation, wie sie war, der Arbeiterschaft die Vorteile an Reformen und Verbesserungen aller Art eingetragen, die sich unter den gegebenen Verhältnissen erreichen ließen.

Der Weltkrieg verrückte mit einem Schlage die Situation. Er zeigte an, daß die kapitalistische Wirtschaft aus der Periode der steten Aufwärtsentwicklung in die Ära einer stürmischen, explosiv sich durchsetzenden Erweiterung ihres Wirkungsbereiches eingetreten ist. Damit steht das Proletariat vor der Aufgabe, seine Klassenorganisation den revolutionären Bedürfnissen der Zukunft anzupassen.

Die ungeheuerlichen Ereignisse des vorigen Sommers trafen die proletarischen Organisationen unvorbereitet. Als wenn es sich um die monatliche Kontrolle der verkauften Beitragsmarken gehandelt hätte, blieb der örtlichen Bureaokratie allein die Stellungnahme zu den weltpolitischen Ereignissen überlassen. Wie wenig sie sich darin zurecht fand, zeigen klar die Hamburger Ereignisse, wobei der Bureaokratie als einzige Entschuldigung dienen mag, daß sie zwar zur Erledigung laufender Tagesaufgaben, nicht aber zur Stellungnahme gegenüber katastrophalen Weltereignissen auf ihre Posten gestellt worden war. Eben deshalb aber wäre es ihre erste Pflicht gewesen, sogleich die Organisationen selbst zu befragen, welche Stellung in der gegebenen Situation einzunehmen sei. War sie nicht in der Lage, proletarische Klassenpolitik zu treiben, so hatte sie ihre politischen Funktionen an die Organisationen zurückzuerstatten, von denen sie sie unter anderen Umständen erhalten hatte. Da sie diesen einzig richtigen Weg nicht beschritt, vielmehr in vollkommener Hilfslosigkeit eine Politik der Augenbläuseinfälle trieb, die sich von den alten sozialistischen Grundsätzen immer weiter entfernte, war sowohl der Bankrott dieser Politik, wie auch ihr Zusammenprall mit

den Organisationen selbst unvermeidlich. Ähnliches für die Zukunft unmöglich zu machen, ist das dringendste proletarische Interesse der Gegenwart.

Uns scheint das Wesen der jetzigen Opposition zu sein: Zeitgemäße Veränderungen in der Organisationsform des deutschen Proletariats hervorbringen, das entsprechend der früheren deutschen Gesamtsituation, die das Proletariat jahrzehntelang zu einer überwiegend reformistischen Aktion zwang, auf der Grundlage der Führerbewegung in der Organisation, Kurparlamentarismus in der Aktion orientiert war. Die historischen Wendungen, die wir jetzt erleben, zwingen das Proletariat zu Massenaktionen, die ihrerseits eine in der Organisation freie, selbstbewußte und den Gang der Operation selbst bestimmende Masse voraussetzen.

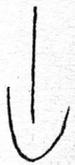
Damit die Mitgliedschaft wiederum Herrin wird in ihrer eigenen Organisation, damit sie die Gewißheit hat, daß ihr Wille — und nicht der Augenblicksfall einer Führergruppe — die politische Haltung der Partei bestimmt, damit nicht wieder eine Situation entsteht derart, daß Parteitagebeschlüsse, denen die Mitgliedschaft noch heute zustimmt, und deren Existenz sie begrüßt, unter die Füße getrampelt werden, erscheint es uns nötig, daß für die Zukunft verhindert wird, daß der organisierte Wille der Bürokratie den unorganisierten Willen der Mitgliedschaft vergewaltigt. Schon die bürgerliche Demokratie verheißt einem jedem die Gleichheit der Rechte, verweigert einzelnen ein Monopol an Macht. Soll die proletarische Demokratie, die mit ihrer Organisation den Sozialismus zu verwirklichen hat, in ihrer eigenen Organisation die Mitgliedschaft behandeln lassen, wie in keinem Staate eine Regierung freie Staatsbürger behandeln dürfte? Soll die Mitgliedschaft das Objekt der Exekutivgewalt der von ihr selbst bestellten Bürokratie sein, oder vielmehr die Bürokratie der Verwaltungsaufsicht der Mitgliedschaft? Selbst die bürgerliche Demokratie verlangt, daß die gewählten politischen Ausschüsse der absoluten Verfügungsgewalt ihrer politischen Auftraggeber unterstehen, daß sie jederzeit zur Verantwortung gezogen werden können und jederzeit, wo sie sich dem Willen ihrer Auftraggeber widersetzen, beseitigt werden können. Soll die proletarische Demokratie es zulassen, daß ihre Verwaltungsorgane sich in der Organisation Rechte anmaßen, die das Proletariat bei jeder Bürokratie im Staate nicht stark genug bekämpfen würde? Sollen die Proletarier, die mit ihrer Organisation sich die Rechte freier Menschen im Staat erringen wollen, in ihren eigenen Organisationen rechtlos sein?

Die folgenden Vorschläge, die der Mitgliedschaft die Rechte einräumen, die ihr zukommen, überschreiten in keinem Punkte auch nur die von der bürgerlichen Demokratie gezogenen Grenzen. Sie sind die absolute Voraussetzung dafür, daß das Proletariat sich seiner Organisationen in der Weise bedienen kann, wie es die durch den ersten imperialistischen Weltkrieg geschaffene Situation verlangt. Sie machen die Massen zu den Trägern der Organisation, wie sie in der Zukunft die Träger der Aktion sein werden.

Diese praktischen Vorschläge sind:

Landesorganisation.

In allen politischen Fragen von Groß-Hamburg ist die Landesorganisation als die Repräsentation der Mitgliedschaft die oberste Instanz. Sie tritt jeden Monat mindestens einmal zusammen, nimmt den Bericht der Vorstände entgegen und erteilt ihre Weisungen. Sie ist bei jedem wichtigen politischen Ereignis sofort zusammen zu berufen; Beschlüsse und Aktionen der Vorstände, die nicht die Billigung der Landesorganisation gefunden haben, sind nichtig.



Die Landesorganisation wählt einen politischen Ausschuß, der gleichberechtigt neben dem Vorstand steht, zur politischen Ueberwachung der Presse.

Beschwerden gegen die politische Haltung der Presse sind in der Sitzung der Landesorganisation vorzubringen. Der Beschwerdeführer hat das Recht mündlichen Vortrags in der Landesorganisation. Diese kann Beschwerden dem Ausschuß, der an die Landesorganisation zu berichten hat, überweisen.

Der Preßkommission bleibt die Ueberwachung des geschäftlichen Ressorts vorbehalten.

Alle politischen Redakteure und alle politischen Beamten haben sich alljährlich in der Landesorganisation zur Wahl zu stellen.

Parteiredner.

Die Vertrauensleute der einzelnen Wahlkreise schlagen die Redner der Landesorganisation vor. Ein von den Vertrauensleuten seines Kreises als Referent vorgeschlagener Genosse kann nicht aus formalen, sondern nur aus motivierten politischen Gründen zurückgewiesen werden.

Die bestehende Referentenkommission als Sonderorganisation der Führer wird aufgelöst. Die Referenten haben in allen Vertrauensmänneritzungen ihrer Kreise die Rechte der Vertrauensleute.

Bildungswesen.

Die Mitglieder der Zentralkommission, soweit sie die Partei vertreten, werden von der Landesorganisation gewählt. In der Bildungsarbeit an parteipolitisch wichtiger Stelle darf nur beschäftigt werden, wer in seiner Parteitätigkeit der offenen Kontrolle der Gesamtorganisation untersteht.

Das Bildungswesen soll nicht vorwiegend als pädagogisches Institut, sondern als Mittel im proletarischen Emanzipationskampf organisiert sein.

Abgeordnete.

Die Reichstagsabgeordneten haben vor allen wichtigen Abstimmungen Anweisungen der Vertrauensleute ihrer Wahlkreise entgegenzunehmen, wie sie sich innerhalb der Fraktion zu verhalten haben. Die Bürgerschaftsfraktion hat vor allen wichtigen Abstimmungen die Landesorganisation zusammenzuberufen und ihre Anweisungen entgegenzunehmen.

Die Fraktionen haben über ihre Tätigkeit fortlaufend an die Mitgliedschaften der Wahlkreise Bericht zu erstatten und ihre parlamentarische Tätigkeit zur freien Diskussion zu stellen.

Unter der Bezeichnung „Groß-Hamburg“ verstehen wir die Stadt Hamburg und das ihr wirtschaftlich zugehörnde Städtegebiet ohne Unterschied der partikularistischen politischen Trennung. Wie auf gewerkschaftlichem Gebiet für diesen Städtekomplex eine geschlossene einheitliche Organisation

für alle gemeinsamen Angelegenheiten bereits geschaffen ist, so muß diese einheitliche Organisation auch auf politischem Gebiet geschaffen werden. Inzwischen ergibt sich für die der Landesorganisation nicht angeschlossenen Nachbarkreise die entsprechende Anwendung unserer Reorganisationsvorschläge.

Wie diese die Aufgabe haben, der Mitgliedschaft dauernd das Selbstbestimmungsrecht in der Organisation zu geben, so wird ihre Diskussion in der Landesorganisation die Debatte auf die Frage zuspitzen, um die es sich im Wesen handelt: auf die Frage der zeitgemäßen Änderungen in der Organisation.



Inhalt.

1. Die Internationale und der Krieg	5.
2. Die Organisationen nach Kriegsausbruch	7
3. Die Regierungsparole und das „Hamburger Echo“	9
4. Eine notwendige Erklärung	16
5. Irrungen und Wirrungen	19
6. Die Militarisierung der Jugend	25
7. Die Demokratie der Bezirke	32
8. Die Sammlung der Führer	34
9. Vor den Vertrauensleuten	37
10. Die Flucht in die Deffentlichkeit	40
11. Zuckerbrot und Peitsche	48
12. Der neue Geist und die alte Polizei	50
13. Der Bankrott der Preßkommission	52
14. Die Politik der Hilflosigkeit	65
15. Was tut not?	74

